...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft.*

(Mario Tronti)

an nicht sieht
t, wie sie käm
impft. ...man
kann nicht ve
tehen, was d
Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die A
ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse is
an nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn ma
t, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht,
impft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie käm
kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man ka
tehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verste
Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die A
ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse is
an nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn ma
t, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht,
impft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie käm
kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man ka
tehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verste
Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die A
ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse is
an nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn ma
t, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht,
impft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie käm
kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man ka
tehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verste
Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die A
ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse is
an nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn ma
t, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht,
impft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie käm
kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man ka
tehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verste

zeitschrift für linke theorie & debatte
nummer 07 2003 preis euro 4.80



*Das Zitat wurde einer autorisierten Übersetzung aus dem Jahre 1977 entnommen. Die nicht geschlechtsneutrale Form widerspricht der prinzipiellen Denk- und Schreibweise der grundrisse - Redaktion.

Inhaltsverzeichnis

Die offenen Redaktionstreffen der **grundrisse** finden jeden 2. und 4. Montag im Monat statt. Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen. Unser „Sommerquartier" (Mai bis Oktober) ist der Gasthof „Sittl", Ecke Lerchenfeldergürtel/Neulerchenfelderstraße, 1160 Wien. Bei Schönwetter findet ihr uns im Gastgarten, bei Schlechtwetter im „Pelikanstüberl". Weitere Infos unter: **www.grundrisse.net**

Ein Abo kostet für 4 Nummern Euro 18,-. Bestellungen bitte entweder an **grundrisse@gmx.net** oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A - 1180 Wien
Bankverbindung:
Österreich: (K. Reitter), BAWAG Konto Nr. 03010 324 172, Bankleitzahl 14000.

Seit 1. 7. 03 kann aus allen Ländern mit EU Währung spesenfrei auf unser Konto überwiesen werden. Anzugeben sind: Betrag in Euro, BIC = BAWAATWW, IBAN = AT641400003010324172, Empfänger = K. Reitter und der Zahlungszweck, z.B. Abo ab Nr. ... für (Name und Adresse)

Impressum: Medieninhaberin: Partei "grundrisse" Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion "grundrisse" (Wolfgang Bacher, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Marcus Gassner, Franz Naetar, Karl Reitter),
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Clemens Berger, Linda Bilda, Eveline Wollner,
Graphikkonzept: Harald Mahrer
Erscheinungsort: Wien; Herstellerin: Telekopie, Westbahnstraße 18, 1070 Wien
Offenlegung: Die Partei „grundrisse" ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift grundrisse.
Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.

Editorial

Sommerloch? Nicht mit uns! Während sich andere Menschen bei 35 Grad im Schatten von den „Mühen der Ebenen" erholen, schwitzt und ächzt die **grundrisse** - Redaktion unter der Last ihrer Hyperaktivität. Neben der Teilnahme am 1. Austrian-Social-Forum Ende Mai (ausführlicher Bericht im Anschluß an dieses Editorial) und der Vorbereitung unseres Sommerseminars in Ungarn musste noch „nebenbei" diese Nummer der grundrisse produziert werden. Außerdem waren da noch die Vorarbeiten für unseren herbstlichen Veranstaltungsreigen ... Aber nun mal der Reihe nach:

„Politik ohne innere Veränderung der an ihr Beteiligten ist Manipulation von Eliten" titelte die Nummer 3 der **grundrisse** mit Rudi Dutschke. Das statische Beharren auf „ewigen Wahrheiten", seien es bürgerliche oder „orthodox-marxistische", muss wohl als ein zentrales Hindernis emanzipatorischer Theorie und Praxis angesehen werden. Davon sind wir selbstverständlich nicht ausgenommen. So gelingt es uns zwar ab und an, Frauen für die Mitarbeit bei den **grundrissen** zu gewinnen, die Redaktion ist aber auch nach mehr als eineinhalb Jahren **grundrisse**-Produktion eine rein männliche. Dies soll nicht als Selbstbemitleidung verstanden werden, sind doch die Gründe dafür am wenigsten außerhalb der Redaktion zu finden. In Zukunft wird es uns wohl noch weniger als in der Vergangenheit erspart bleiben, sich sowohl theoretisch als auch praktisch mit der Asymmetrie der Geschlechterverhältnisse auseinanderzusetzen.

Es gibt aber auch positives zu berichten. Linda Bilda, Graphikerin und Cartoonistin, hat die illustrative Ebene der **grundrisse** neu gestaltet; diesmal in Form eigener Werke, zukünftig auch unter Hinzuziehung anderer Künstlerinnen und Künstler. Dies soll auch als inhaltliche Aufwertung der bisher eher eklektisch-ornamentalen Fotoleisten verstanden werden. Die zweite Neuerung stellt auf ihre Art auch eine Kontinuität dar, da bereits zum dritten Mal (neben Stefan Gandlers Auseinandersetzung mit Echeverria´s Gebrauchswertbegriff und der Beschäftigung mit den Thesen John Holloways) Thematiken der mexikanischen Linken in den **grundrissen** Platz finden: Clemens Berger stellt in diesem Heft die Fabeln Subcomandante Marcos´ über den rebellischen Käfer Don Durito vor, die wir uns freuen, erstmals in deutscher Sprache übersetzt, euch in Fortsetzungen zu präsentieren. Ebenfalls in lockeren Fortsetzungen werden Ausschnitte aus einem größeren Projekt von Robert Foltin veröffentlicht werden, der sich die Aufgabe gestellt hat, die sozialen Bewegungen in Österreich nach 1945 nachzuzeichnen. Der Artikel: „Die fordistische Ordnung", stellt einen ersten Teil dar.

Im Gegensatz zu den vorigen Nummern, wo dies aus akutem Platzmangel nicht möglich war, ist es uns diesmal gelungen, mehr und längere Buchbesprechungen zu bringen. Alles in allem sind es diesmal **grundrisse** der Veränderungen geworden, ein wenig konkreter und „lebensweltlicher". Politik (und selbstverständlich auch Theorie) ohne innere Veränderung ...

Um Veränderung ging es auch beim Sommerseminar der **grundrisse** am ungarischen Plattensee. Begleitet von wunderbarem Wetter, erlesenen Weinen und feinsten Speisen diskutierte das - leider durch zahlreiche Ausfälle ziemlich kleine - Grüppchen das Thema „Klasse". Entgegen den zwar entgegengesetzten, so dennoch unrichtigen Positionen (DIE ArbeitERklasse ist nach wie vor DAS revolutionäre Subjekt „vs." die Arbeiterklasse gibt es nicht mehr) versuchten wir der Brauchbarkeit der Kategorie „Klasse" auf die Spur zu kommen. Natürlich können an dieser Stelle nicht annähernd alle Diskussionen und Positionen vorgestellt werden, einige Eckpunkte für eine (noch zu führende) erneuerte Klassentheorie sollen aber umrissen werden: So muß zum einen die Ära des fordistischen „Massenarbeiters" als bestimmendes Subjekt sozialer Kämpfe einerseits zwar als beendet angesehen werden, andererseits können aber die heterogenen Arbeits- und Kampfformen unter postfordistischen Verhältnissen nicht mehr auf einen einheitlichen Nenner gebracht werden (so sie das je konnten). Es stellt sich auch die Frage, ob „Klasse" überhaupt als empirisch-soziologische Kategorie aufgefaßt werden soll, oder vielmehr aus der Perspektive Holloways zugleich als Identität und Rebellion gegen diese Identität zu denken ist. Neben einer Analyse der Verschiedenheit dieser Formen ist aber auch noch ihre Durchquerung durch andere Formen gesellschaftlicher Herrschaft, allen voran Rassismus und Sexismus, in eine nicht-reduktive Klassentheorie einzubeziehen. Ob in diesem Prozeß der Begriff der „Klasse" bestehen kann, oder ob er

durch adäquatere Begrifflichkeiten wie etwa „Multitude“ oder „Subjektivitäten“ ersetzt werden muss, werden theoretische wie soziale Auseinandersetzungen zeigen. Die Thematik wird uns jedenfalls so schnell nicht wieder verlassen.

Abschließend sei an dieser Stelle nochmals auf unsere **herbstlichen Veranstaltungen** hingewiesen. Unter dem Titel: „Angelika Ebbinghaus, Marcel van der Linden und Karl Heinz Roth stellen die Zeitschrift Sozial.Geschichte vor“, findet die Präsentation am 10. September 2003 ab 19 Uhr im „Amerlinghaus“, Stiftgasse, 1070 Wien, statt. Wer sich ausführlicher über dieses Projekt informieren möchte, sei auf die Webseite www.stiftung-sozialgeschichte.de verwiesen. Einen Tag später, am 11.9. gibt es die Möglichkeit, das programmatische Selbstverständnis der HerausgeberInnen in kleinerem Kreise zu diskutieren.

Auch die Auseinandersetzung mit Rassismus/Antirassismus und Kapitalismuskritik soll - voraussichtlich im November - mit der Veranstaltung: „Welche Theorie brauch Antirassismus“ mit Manuela Bojadzijev, Jost Müller und Vassilis Tsianos fortgesetzt werden. Im diesem Rahmen soll einerseits das Buch von Alex Demirovic und Manuel Bojadzijev, „Konjunkturen des Rassismus“, vorgestellt werden. Diese Veranstaltung wird von **grundrisse**, BUM/Open up, Malmoe organisiert und von der Grünen Bildungswerkstatt Wien, AUGE und ÖH-Fakultätsvertetung GEWI unterstützt.

Die Veranstaltung mit John Holloway konnte bis dato leider noch nicht fixiert werden. Informationen dazu gibt’s auf unserer Webseite und durch unsere Mailing-Liste.

Nähere Informationen zu den **grundrissen** und ihren Veranstaltungen, sowie die Möglichkeit, sich in die **grundrisse**-Mailingliste einzutragen gibt´s unter www.grundrisse.net (Im übrigen hat sich auch unsere Webseite über den Sommer verändert - und nicht zum Schlechteren.)

So, viel Spaß beim Lesen und auf Wiedersehen bei den **grundrisse** - Veranstaltungen,

die grundrisse - Redaktion

PS: Abonnieren tut uns und euch gut!

Das Salz, das Holz und die Stimmen: Nachlese zum ersten österreichischen Sozialforum

Knirschende alte Holzböden, in manchen Bereichen noch funkelndes erstarrtes Salz und schwere dunkle Vorhänge, die die ehemaligen Lagerstätten der Saline Hallein in verschiedene Bereiche trennten. Und überall die Stimmen der TeilnehmerInnen der diversen Workshops und Veranstaltungen, laute und leise, fragend und behauptend, belehrend und nachdenklich. Und manchmal erscheint eine Gestalt aus dem Nebenabteil und fragt etwas bittend und ärgerlich zugleich in die andere Gruppe hinein: „Könnts net a bisserl leiser sein?“

Der Ort des ersten österreichischen Sozialforums hatte etwas Symbolisches. Die Saline Hallein, einst eine wesentliche Salzabbaustädte in Österreich mit Tradition und langer Geschichte, wird heute als fordistische Industrieruine kulturell genutzt, mit Unterstützung der örtlichen ÖVP, versteht sich. Der Bürgermeister ließ es sich auch nicht

nehmen, zwischen den Agitationsständen linksradikaler Gruppierungen, denen sich die ÖVP-Größen im fernen Wien wohl nur mit Begleitschutz nähern würden, einem schnell aufgebauten Kebab-Stand, dem no-border-Bus der VolxtheaterKarawane und dem Büchertisch der **grundrisse**-Redaktion dem ASF vollen Erfolg zu wünschen. Whatever that means.

Wo noch vor ein paar Jahrzehnten sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter das Salz produzierten und Hallein, inmitten des erzkonservativen Salzburgs, zu einen roten Flecken machten, traf sich die österreichische Linke, deren Gesinnung und Habitus, Verhalten und Auffassungen wenig mit jener Arbeiterklasse gemein hat, die einst in der Saline Hallein arbeitete. Dieser sinnlich leicht erfaßbare Kontrast ließ keinen Zweifel aufkommen, vieles hatte sich geändert, war und ist im Fluß. Nur das „Was“ „Wie“ und „Wer“ läßt sich keinesfalls leicht erkennen.

Politische Bewegungen in Wellen, in einem Aufbrechen, Höhepunkten und einem Verebben zu denken, ist wohl Konsens. Bei der genaueren Definition scheiden sich zumeist die Geister. Ich meine jedenfalls, daß das österreichische Sozialforum als Teil jener neuen Strömung begriffen werden muß, die Mangels einer präziseren Analyse zumeist mit Namen von Städten charakterisiert wird: Seattle, Porto Alegre, Genua, Florenz oder mit dem Verlegenheitsvokabel Antiglobalisierungsbewegung bedacht wird. Die Linke ist derzeit wieder im Aufwind. Nach zwei eher bitteren Jahrzehnten, den 80er und den 90er Jahren, tritt sie wieder genuin als antikapitalistische Linke mit wachsendem Selbstbewußtsein auf. In den 80er Jahren dominierte hierzulande die grün-alternative Gesinnung, die letztlich in der Partei der „Grünen“ erstarrte, in den 8oer und 90er Jahren war der hegemoniale Anspruch der poststrukturalistischen Subversion mit massiven antilinken Untertönen im intellektuell-universitären Bereich unübersehbar. Diese Periodisierung ist zweifellos äußerst grob und unterschlägt alle Zwischen- und Untertöne, das gestehe ich sofort zu. Aber als Notbehelf ist sie brauchbar, um den Umbruch zu verdeutlichen, der Ende der 90er Jahre einsetzt und letztlich auch das österreichische Sozialforum ermöglichte: die Linke formiert sich neu, zweifellos, aber formiert sie sich auch als neue Linke?

Das Adjektiv „neu“ ist immer mit Vorsicht zu gebrauchen. Gegen die These des „Neuen“ spricht einiges: Von den etwa 1500 teilnehmenden Personen - mehr als die PessimistInnen befürchteten, weniger als die OptimistInnen erhofften - waren viele FunktionärInnen von Organisationen, die teilweise seit Jahrzehnten bestehen und auch viele der Inhalte, Positionen und Meinungen, die in den über 150 Veranstaltungen geäußert wurden, können schwerlich mehrheitlich als besonders neu oder originell bezeichnet werden. Aber trotzdem meine ich, daß sich in dem Phänomen der Sozialforen zwei Momente zeigen, die erst in den letzten Jahren hegemonial wurden.

Erstens: Ein ganz starker Zug zu einer sehr selbstkritischen Betrachtung ist unverkennbar. Immer wieder wurde in den Diskussionen betont, daß Fragen offen, Lösungsmöglichkeiten nicht auf dem Reißbrett entworfen werden können und viele Begriffe ungeklärt sind. Wie Alternativen zum Kapitalismus möglich sind, wie sie aussehen könnten und wer sie wie durchsetzt, das wurde mehrheitlich als ungelöste Probleme empfunden. Daß diese Haltung etwas mit dem Scheitern kommunistischer und sozialdemokratischer Strategien, aber auch mit dem veränderten Charakter antiimperialistischer Bewegungen zu tun hat, liegt auf der Hand.

Zweitens: Was das österreichische Sozialforum letztlich zu einem äußerst positives Ereignis machte, war der veränderte Zugang der Subjekte zur Artikulation ihrer Wünsche, Meinungen, Ängste und Widerständigkeiten. Dieser Satz erfordert eine genauere Erläuterung.[1] Offensichtlich existiert ein Zusammenhang zwischen dem Ausklingen des Fordismus und der Krise des etablierten parlamentarischen politischem System. Die bürgerliche Soziologie hat dieses Phänomen breit beschrieben. Die „Parteibindung“ sinkt, die Mitgliederzahlen der Parteien und Gewerkschaften sinken, die Wahlbeteiligung droht zumindest zu sinken. Zweitweise wurde das Schlagwort der „Politikverdrossenheit“ von Hand zu Hand weitergereicht.

Andererseits hatten offenbar Strukturen, die sich (vorerst) explizit außerhalb und teilweise gegen diese traditionelle Art der Politik entwickelten, regen Zulauf. Die einzelnen Wellen könne hier nur angedeutet werden. Die grün-alternative Bewegung terminierte letztlich in einer ganz traditionellen und professionellen Parlamentspartei. ATTAC scheint eine Zwischenstellung einzunehmen. Manches läßt sie als bürokratische NGO erscheinen, andererseits hat sie auch einen offenen Bewegungscharakter. Die Sozialforen jedoch basieren explizit auf der Ablehnung der Repräsentation und der Fixierung auf bestimmten Lösungen und politischen Forderungen.

Daß die Kritik der Repräsentation selten explizit formuliert wird, tut nichts zur Sache. Als Erfahrung ist sie präsent. Wahrscheinlich ist es sinnvoll, analog zum Begriff der repressiven Toleranz den Begriff

der repressiven Demokratie zu bilden. Repressive Demokratie zeigt die Resultatlosigkeit und Bedeutungslosigkeit des politischen Engagements innerhalb korporatistischer, staatsintegrierter Strukturen an. Im traditionellen Partei- und Interessensvertretungsgefüge sind die Mitglieder schon lange zu Betreuungsfällen eines professionellen Apparats geworden, der von bezahlten und austauschbaren Profis am Laufen gehalten wird.[2] Die Erfahrung, daß die eigene authentische soziale Erfahrung umgebogen, instrumentalisiert, in Umfragetabellen totgegossen, beliebig interpretiert, verleugnet, in einer sinnverstellenden Sprache ausgedrückt, mißverstanden und notfalls ignoriert wird, diese Erfahrung ist es letztlich, die zu jenem Phänomen führen mußte, das sich unter anderem auch im österreichischen Sozialforum äußerte.

Ich vermute, daß so gut wie alle, die am österreichischen Sozialforum teilgenommen haben, bei der einen oder anderen Veranstaltung das Wort ergriffen haben und der Anteil jener, die einfach geschwiegen haben, ganz, ganz klein war. Ich behaupte zudem, daß dies ein ganz hervorragendes Kriterium für den Charakter einer Veranstaltung darstellt.[3] Nur wer spricht, kann gehört werden. Nur wer spricht, kann davon überzeugt werden, daß das eine oder andere Argument vielleicht doch nicht so toll ist. Und wer spricht und wer wirklich spricht, muß und will anderen zuhören. Die Stimmung und das Klima war so beschaffen, daß alle allen zugehört haben. Aber Stimmungen und ein Gesprächsklima entstehen nicht zufällig. Sie entsprangen dem tiefen Bedürfnis, selbst als sprechendes, sich artikulierendes Subjekt zu agieren und dies implizierte, die anderen als solche anzuerkennen. Diesem Sog konnte und wollte sich niemand entziehen.

Als Ort des Sprechens und Zuhörens konnte das österreichische Sozialforum von niemanden instrumentalisiert werden. Die große Anzahl der Veranstaltungen verhinderte auch, daß das Forum als Bühne für Promis und Selbstdarsteller fungieren konnte. Der einzige, ganz vage und nur angedeutete Versuch, das Sozialforum als Sprungbrett für ein repräsentatives Projekt zu benutzen, wurde mit der Debatte um die Perspektive der europäischen Linken angedeutet, die in einer gemeinsamen Kandidatur linker Gruppen und Parteien zu den Europawahlen ihren Ausdruck finden sollte. Aber schon während der Diskussion wurde klar, mit dem Sozialforum hat das Kandidaturprojekt so gut wie nichts zu tun und umgekehrt. Wie auch? Inhalte, Form und Bedingungen einer linken Liste für das Europaparlament können naturgemäß nur von den RepräsentantInnen der Organisationen ausgehandelt werden.[4]

Wohlwollende Kritik wurde in die Richtung geübt, das Sozialforum hätte zu wenig nach außen gewirkt. Es war nicht zufällig, daß die beiden Versuche, in die Öffentlichkeit hinein zu wirken, wenig Interesse und Begeisterung hervorrief. Die kurzfristige Blockade der Autobahn wurde als Pflichtübung abgespult und die Schlußerklärung des Sozialforums kaum wahrgenommen. Wie soll auch ein äußerst heterogenes Forum, in dem das Bewußtsein weit verbreitet ist, über offene Fragen und ungelöste Probleme zu kommunizieren, großartige Botschaften öffentlich kundtun?

Die wichtigste „Botschaft“ war das Sozialforum selbst, sein Zustandekommen war das entscheidende Ereignis. Als singuläres Ereignis läßt sich das Sozialforum auch nicht auf Dauer stellen. Es war ein Ausdruck des Bedürfnisses, miteinander zu kommunizieren, ohne sich gegenseitig zu belehren oder zu missionieren. Ob das bereits geplante österreichische Sozialforum nächstes Jahr ebenfalls so positiv abläuft, ist zu hoffen - die **grundrisse**-Redaktion wird ihren Beitrag dazu leisten.

Karl Reitter

Anmerkungen:

1 Auch hinsichtlich der geäußerten Kritik. Die Kritik am Sozialforum läßt ich in zwei Dimensionen gliedern. Die einen sind empört darüber, daß irgendwer irgendwas gesagt hat, was in den Augen der KritikerInnen einen Skandal darstellt. Abgesehen von der Tatsache, daß oftmals die Auffassungen dieser strengen externen Beobachter ebenfalls mehr als diskussionswürdig sind (also eigentlich Skandal gegen Skandal steht), kann schicht und einfach nicht verhindert werden, daß bei einem freien Zugang die eine oder andere krude Idee verlautbart wurde, was die erbsenzählenden Glashausbewohner naturgemäß äußerst empört. Was wäre die Alternative gewesen? In Konsequenz, das Sozialforum einfach nicht durchzuführen. Die andere Form Kritik läuft schlicht darauf hinaus, daß die überwiegend Mehrzahl der TeilnehmerInnen just nicht jene Position teil, die mensch für die einzig angemessene und richtige hält.

2 Wahlkampfmanager, Umfrageexperten und politische Berater besitzen unverhältnismäßig mehr Einfluß auf die Gestaltung aktueller Politik von Parteien als die eigentlichen Mitglieder.

3 Der Charakter so mancher KritikerInnen zeigt sich auch daran, daß sie ein solches Kriterium nicht einmal vom Hörensagen kennen, geschweige denn anerkennen.

4 Nicht zufällig fand daher auch das nächste Treffen bezüglich Europaparlamentskandidatur vom 9. bis 10. Juni in Athen statt, jenseits der Vernetzungsstruktur der Sozialforen.

Robert Foltin
Soziale Bewegungen in Österreich: Die fordistische Ordnung

(Dieser Text ist Teil eines umfangreichen Projekts zur Geschichte der sozialen Bewegungen in Österreich. Wir werden in den nächsten Ausgaben der **grundrisse** *laufend einzelne Anschnitte daraus veröffentlichen.)*

Die nach dem Sieg der Bolschewiki in der russischen Oktoberrevolution 1917 ausgelöste revolutionäre Welle führte nicht zur Weltrevolution, sondern zur Einkreisung der jungen Sowjetunion und zum Bürgerkrieg. Der Pragmatismus von Lenin führte über den Kriegskommunismus zur Planwirtschaft (vor 1917 hat es keine Diskussion über eine „sozialistische Wirtschaft" gegeben), inspiriert übrigens von der Kriegsökonomie des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg (vgl. Hobsbawm 377). Nach einer zwischenzeitlichen Öffnung in der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) wurde die Planwirtschaft das Modell für den Sozialismus schlechthin. Auch der westliche Kapitalismus führte teilweise geplante Strukturen ein. Durch den Erfolg, aus einer weitgehend agrarischen Gesellschaft einen Industriestaat zu machen, wurde die Sowjetunion zum Modell für eine Reihe von Revolutionen im Trikont (Asien, Afrika, Lateinamerika). So ähnelt sie einem „Entwicklungsregime" (einer Diktatur zur Durchsetzung der Industrialisierung) eher als einem Sozialismus oder Kommunismus.

Gegen die revolutionäre Welle konnte sich in Europa der Nationalismus durchsetzen, weil die sozialen Bewegungen, auch die systemfeindlichen, mit nationalistischen Elementen durchsetzt waren. Das betrifft das taktische Verhalten der SozialistInnen und SozialdemokratInnen ebenso (bis zur Einteilung in fortschrittliche und geschichtslose Völker) wie die meist rassistische Politik der Gewerkschaften: eine Hauptforderung war immer Verhinderung von Zuwanderung, um die eigene Verhandlungsmacht aufrecht zu erhalten. In Europa kommt es in der Phase zwischen 1914 und 1950 zur Durchsetzung der (bis auf Ausnahmen wie die Schweiz) einsprachigen Nationalstaaten. Einzig die Sowjetunion konnte einen multinationalen Staat auf einem großem Territorium aufrecht erhalten, was mit der prinzipiell internationalistischen Sichtweise der Bolschewiki zu tun hatte. Die Verbindung der sozialen Bewegungen mit dem Nationalismus hat sich nicht nur insofern katastrophal ausgewirkt, als sich ein großer Teil der Bevölkerungen (auch der sozialistisch organisierten ArbeiterInnen) auf der Seite des jeweils eigenen Imperialismus in den Ersten Weltkrieg hetzen ließen, sondern auch danach: überall in Europa setzten sich (tendenziell) monoethnische Staaten durch - teilweise verbunden mit einem „Bevölkerungsaustausch" (z.B. zwischen Griechenland und der Türkei in den 1920ern), was heute „ethnische Säuberung" genannt würde. Als faschistische Antwort auf die ArbeiterInnenbewegung wurden die (auch proletarischen) Massen in „Völker" vereinheitlicht.

Die „reformistische" Antwort auf die revolutionäre Welle 1917 bis 1920 und die Weltwirtschaftskrise ab 1929 war zuerst in den USA der New Deal: Der Staat übernimmt eine entscheidende Rolle in



der Regulierung der Ökonomie. ArbeiterInnen werden nicht nur als Arbeitskraft vernutzt, sondern auch als KonsumentInnen anerkannt, die Löhne sind so hoch, daß sich große Teile der Bevölkerung Autos oder andere Konsumgüter leisten können. In der Zeit des Wirtschaftswunders steigen die Einkommen mehr als die Inflationsrate, bleiben aber unter den Produktivitätssteigerungen durch technologische Weiterentwicklung und Umstrukturierung der Arbeit. Die soziale Absicherung außerhalb der Produktionssphäre, durch Krankengeld, Pensionen etc., bedeutet aber neben den Vorteilen für die Menschen auch die Kontrolle des Staates über alle Lebensäußerungen. Dieses System muß auf dem Nationalstaat aufbauen, denn die zur Verfügung gestellten Mittel für die Reproduktion - die (Wieder-) Herstellung von Leben - sollen in das eigene, relativ abgeschlossene Wirtschaftssystem fließen.

In Deutschland und ab 1938 in der „Ostmark“ hat der Nationalsozialismus erste Ansätze zu einer sozialstaatlichen Entwicklung gesetzt. Die Verherrlichung der Arbeit und des Staates im NS-Regime führte bereits in Friedenszeiten zu einer Anerkennung der Nachfrageorientierung der ArbeiterInnen. Großprojekte (häufig militärisch) wurden durch Schulden des Staates - in Erwartung späterer Kriegsgewinne - durchgeführt und beendeten die Arbeitslosigkeit, erste soziale Privilegien für die deutsche Bevölkerung wurden eingeführt (oder angedacht): Autobahnen, der Volkswagen für jede Familie, Urlaub und Reisen durch „Kraft durch Freude“. Die meisten Ansätze dafür wurden durch den Krieg abgebrochen, vieles von der Massenmobilität im eigenen Kraftfahrzeug bis zum Urlaub erst im „goldenen Zeitalter“ (Hobsbawm) verwirklicht.

Eine spezielle Situation hat der Nationalsozialismus in Österreich geschaffen. Durch die Vertreibung und Vernichtung der größten jüdischen Gemeinde im deutschsprachigen Raum wurde in Wien praktisch das Wohnungsproblem für die deutschösterreichischen ArbeiterInnen gelöst[1]. Auch ein großer Teil der Industrie, wie z.B. die Hermann-Göring-Werke, die spätere VOEST in Linz, wurde während des Krieges zu einem großem Teil von ZwangsarbeiterInnen errichtet. Auch wenn Teile dieser Industrien durch Kriegseinwirkungen zerstört oder beschädigt wurden, bildeten sie die Grundstruktur für das Wirtschaftswunder ab den 1950ern (vgl. Jacob 2000, S. 22ff). Der Wiederaufbau basierte nicht nur auf der Arbeit der „österreichischen“ Bevölkerung, sondern auch auf der Vernichtung durch Arbeit unter dem Nationalsozialismus[2]. Durch den Mythos, daß Österreich das erste „Opfer“ des Nationalsozialismus gewesen sei und die Verstaatlichung der arisierten und der neu errichteten Industrien konnten Demontagen durch die Alliierten teilweise verhindert werden. Dieses Profitieren der österreichischen Bevölkerung erklärt, warum in der Öffentlichkeit so hartnäckig über die eigene Vergangenheit geschwiegen wurde. Im Familienkreis und am Stammtisch wurde darüber gesprochen, daß „der Hitler ja die Arbeitslosigkeit beendet und die Autobahnen gebaut hätte“.

Nach dem Krieg war der Marshall-Plan und damit die Förderung des fordistischen[3] Wirtschaftssystems in Westeuropa auch eine Antwort auf die „kommunistische Bedrohung“. Der Machtbereich der Sowjetunion hatte sich über große Teile von Ost- und Mitteleuropa ausgedehnt. In Italien und Frankreich drohten demokratische Wahlsiege durch große kommunistische Parteien, wie es überhaupt durch die prekäre soziale Lage zu Unruhen und Streiks kam. In Europa konsolidiert sich die Aufteilung zwischen West und Ost, entlang den Abmachungen zwischen Stalin, Churchill und Roosevelt und weitgehend unabhängig von kommunistischen und/oder revolutionären Bewegungen. Ausgehend von den USA dominierte eine Politik der Eindämmung des „Kommunismus“, die Luftbrücke nach Berlin gegen die sowjetische Blockade wurde durchgeführt, von 1950 bis 1953 dauerte der Koreakrieg und immer wieder wurden Diktaturen und reaktionäre Regimes gegen den (vermeintlichen) Vormarsch des Kommunismus unterstützt. Der „reale Sozialismus“ hatte weitgehend vom Weltmarkt abgeschlossene Wirtschaftsräume geschaffen, und es zeigte sich eine ähnliche Tendenz in einem Teil der neuen Staaten, die von den alten Kolonialreichen in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Der Kapitalismus stieß an seine Grenzen, ihm blieb nur noch die Entwicklung nach innen.

Diese Begrenzung wurde so gemeinsam mit der kommunistischen Bedrohung der Motor des Wirt-

schaftswunders. Um die Bevölkerungen, besonders die ArbeiterInnen zufrieden zu stellen, wurden sie nicht nur als auszubeutende Arbeitskraft gesehen, sondern sie bildeten auch neue Märkte nach innen. Die Entwicklung der Konsumgüterindustrie erlaubte Wachstumsraten der Wirtschaft, wie sie nie in der kurzen Geschichte des Kapitalismus vorgekommen sind. Gegen Ende der 1950er wurde das für große Teile der Bevölkerung in Westeuropa spürbar, die Bedrohung durch „Arbeitslosigkeit" wich einem Arbeitskräftemangel.

Die Geschlechterordnung

Wie der Nationalismus erreicht auch die geschlechtliche Arbeits- und Rollenverteilung, das „Familienmodell"[4] einen Höhepunkt im Fordismus. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ist die Geburtenrate stetig zurückgegangen, in den 1940ern schnellte sie steil in die Höhe (das bedeutete eine Umkehrung eines zweihundertjährigen Trends, Tyler May 1999, S. 383). Verbunden war das mit einer Phase, in der Popularkultur und politischer Diskurs um Familienwerte kreisten (Tyler May 1999, 584), es führte zum so genannten Baby-Boom und einer Tendenz zur frühen Heirat. In den USA begann diese Phase direkt bei Kriegsende und dauerte ungefähr bis 1965. Auch in Österreich hat es eine ähnliche Entwicklung gegeben, war die Fruchtbarkeitsrate (eine rechnerische Größe, die angibt, wieviele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt), 1934 bei 1,6 (Hausa 1980, S. 103), 1937 bei 1,55, stieg sie 1951 das erstemal über zwei (2,02), stieg von da an immer an (1954: 2,15, 1957: 2,57, 1960: 2,69), erreichte den Höhepunkt 1963 mit 2,82 und sank dann kontinuierlich ab (1966: 2,66, 1969: 2,49 - Zahlen nach Faßmann 1995, S. 401).

In der revolutionären Phase vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1920er und 1930er Jahre hat es Versuche gegeben, aus der herrschenden Geschlechterordnung auszubrechen: die erste Frauenbewegung (bürgerlich und proletarisch-sozialistisch), die erste Homosexuellenbewegung (Magnus Hirschfeld), Diskurse über Sexualität von der Psychoanalyse und Wissenschaft bis hin zu Frauenzeitschriften. Durch die Kriegszeiten sind viele Frauen auch in männliche Berufe gekommen, aber nach dem Ende des Krieges, als viele Männer aus der Gefangenschaft zurückkommen, setzt sich die Familienideologie als dominierend durch.

Im bäuerlichen Patriarchat und in den kleinbürgerlichen Familienbetrieben hat es keine Trennung zwischen Haushalt und Betrieb gegeben. Männer und Frauen führten (teilweise) verschiedene Arbeiten am gleichen Ort aus. (Prost 1999„ S. 23ff) Die Machtverteilung war patriarchal, Männer hatten die Entscheidungsgewalt über Frauen und Kinder, die Arbeit erschien aber für beide Geschlechter gleich schwer[5]. Privatheit gab es nicht, sie war ein Privileg der Reichen, des Bürgertums. In den Städten fand die Vermischung zwischen öffentlichem und privatem Leben an der Schwelle zwischen Haus und Straße statt, die Wohnungen waren zu klein und zu überfüllt, um dort zu leben (Prost 1999, S. 18). Auch im frühen Kapitalismus, in den „alten Fabriken" gibt es keine Privatheit: ArbeiterInnen hatten keine eigene Wohnung, sie wohnten (oder besser schliefen) zu einem großem Teil in Nebengebäuden oder in angrenzenden Internaten (vgl. Prost 1999, S. 33ff). Diese Lebenssituationen führten nicht gerade zu einer bürgerlich-gesitteten Lebensweise. Sowohl die Frauenbewegung wie die ArbeiterInnenbewegung verwendeten als AufklärerInnen den „sittlichen Verfall" als Argumente für ihre Forderungen nach Gleichheit und Gerechtigkeit.

Wurden in der ersten Phase des Kapitalismus Männer, Frauen und Kinder aus den nicht kapitalistischen Sektoren angesaugt (weil die bäuerliche Überlebensstrukturen zerstört wurden oder weil die Menschen aus der Enge des Patriarchats flüchten wollten) und wieder auf die Straße gesetzt, wenn sie nicht mehr gebraucht wurden, so kommt es durch Revolten und Kämpfe und die sich später herauskristallisierende ArbeiterInnenbewegung zu ersten Elementen der Reproduktion. Die ersten Sozialversicherungen wurden organisiert, Frauen- und Kinderarbeit eingeschränkt.

Der revolutionäre Aufbruch in der Geschlechterfrage Anfang des 20. Jahrhunderts geht dann zu wenig weit, außer in Randbereichen setzt sich die Moral der herrschenden Strukturen durch. Die Anerkennung der ArbeiterInnen als Subjekte nach Revolution, Krise und Kriegen führte nicht nur zu hohen Löhnen und Sozialleistungen zur Sicherung der Reproduktion außerhalb des Arbeitsplatzes, sondern die Institution Familie bekommt ab diesem Zeitpunkt die entscheidende Funktion zur Herstellung, Wiederherstellung, aber auch zur Organisation des Lebens außerhalb der Fabrik. Bezeichnenderweise wurden gerade in der „fortschrittlichen" Phase des New Deal in den USA die Frauen durch staatliche Maßnahmen von ihren Arbeitsplätzen verdrängt (in die sie übrigens kurz darauf wegen des Zweiten Weltkrieges wieder einrücken mussten, Tyler May 1999, S. 575ff).

Mit dem Familienmodell wurde das erste Mal die ganze Gesellschaft der Organisation des Kapitalismus unterworfen. Früher war das „Leben" außerhalb der Gewinnung von Wert durch Arbeit einfach

„unkontrolliert" vorhanden, andere Produktionsweisen wurden über den Handel in den Kapitalismus eingebunden, das Leben außerhalb der Verwertung wurde entweder verdrängt oder in den Kapitalismus eingesaugt (als „Proletarisierung"). Jetzt wird die Familie von kapitalistischen Institutionen propagiert, ExpertInnen versuchen sie zu formen und zu beeinflussen. Wurde vorher aus dem Meer von Leben und Überleben geschöpft, so ist jetzt die Reproduktion Teil der Ordnung des Kapitalismus. Die hohen Löhne, die aus dem Widerstand und den Kämpfen der ArbeiterInnen und der kommunistischen Bedrohung entstanden sind, werden jetzt als Familienlöhne definiert, der Mann bekommt die „Ernährerfunktion". Ein „verkehrter" Diskurs setzt sich durch, nicht die Frau im Haushalt ist die Ernährerin, sondern der Mann, der den abstrakten Wert, das Geld zur Verfügung stellt. Die Frau verschwindet im Haushalt, sie wird nur über den Mann definiert. Die eintönige Arbeit, z.B. am Fließband, wird bei entsprechend hohen Löhnen akzeptiert, weil die Freizeit zugenommen hat und die Familie zu einer Insel der Entspannung und Erholung wurde (Tyler May 1999, S. 562). Die Frau wird für das „angenehme Klima" in der Familie verantwortlich. Hausa (1980, S. 110) zitiert eine Fessel-Studie von 1972, wo die Frauen als ihre Aufgaben neben dem Haushalt und der Erziehung der Kinder die Aufrechterhaltung des Zusammengehörigkeitsgefühls und der Familienatmosphäre sehen.

Das Familienmodell konnte allerdings nur so stabil sein, weil es auch „von unten" und nicht nur von Männern gewünscht wurde. Der Wunsch nach Selbstbestimmung und Sexualität förderte den Wunsch nach Privatheit. Da durch die geschlechtliche Arbeitsteilung, die ja schon vorher bestand, die Hausarbeit von Frauen gemacht wurde, und so entweder zu Doppelbelastung oder zur Verwahrlosung der ArbeiterInnen und Kinder führte, entstanden natürlich Wünsche nach Entlastung von einer Seite her. Die „Linke" stand der Konstituierung und Ideologisierung der Familie nicht entgegen. Die geordneten Verhältnisse der bürgerlichen Familie wurden ein Idealbild der aus dem Schmutz, dem Nicht-Privaten, dem „Unsittlichen" kommenden Proletarierfrauen[6].

War die romantische Liebe ein Diskurs im BürgerInnentum (die Ehe der Unterklassen war meist zufällig und zweckbestimmt[7]), wurde (nach Tyler May 1999, S. 567 in den USA um 1890) der Wunsch immer größer, Ehe und Liebe zu verbinden. Durch das Entstehen der Massenkultur, beginnend mit Liebesromanen, fortgesetzt durch Filme setzte sich dieser Wunsch nach der romantischen Liebe bei größeren Teilen der Bevölkerung durch.

In den 1950er erreichte die Familie als Modell für die Reproduktion der Arbeitskraft (durch Kindererziehung und Ernährung des Mannes) und als Insel der Erholung sowohl in den USA wie in Westeuropa seinen Höhepunkt. In den USA wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die Kindheit idealisiert, aber auch der Vater bekam eine neue Rolle, er wurde erst als Vater zum richtigen Mann (nicht wie in der bürgerlichen „viktorianischen" Familie des 19. Jahrhunderts, wo der Vater nur machtausübender Patriarch war, Tyler May 1999, S. 586ff). In Österreich wurde die autoritär-patriarchale Struktur, gefördert durch die katholische Kirche, aber auch durch den Nationalsozialismus aus der bäuerlichen und kleinbürgerlichen Großfamilienstruktur auf die Kleinfamilie übertragen. Das durchzieht dann alle Schichten der Gesellschaft, BürgerInnen, KleinbürgerInnen, ArbeiterInnen, Angestellte, auch die BäuerInnen.

Modellhaft ausgedrückt bedeutet diese grundsätzliche Struktur, daß die Männer in ihrer Jugend in den Arbeitsprozess eintreten und dann (meist in der gleichen Firma) bis zur Pension arbeiten. Frauen arbeiten in ihrer Jugend bis zur Heirat oder zumindest bis das erste Kind da ist und scheiden dann aus dem Erwerbsleben aus (vgl. Cyba 1995, S. 439). An den Arbeitsplätzen gibt es weitgehend geschlechtliche Segregation, bestimmte Branchen wie z.B. die Textilindustrie sind typisch weiblich, ebenso ein großer Teil des Dienstleistungssektors (Gesundheitswesen, Körperpflege, Lebensmittel). Führungspositionen sind meist mit Männern besetzt. Die geschlechtliche Segregation setzt sich auch in anderen Institutionen der „Disziplinargesellschaft" fort, im Gefängnis, in der Schule beginnt die Koedukation in der Oberstufe erst Anfang der 1970er Jahren. Auch Jugendgruppen sind in ihrer Freizeitgestaltung teilweise geschlechtlich getrennt.

Die Freizeit wird als Erholung von der Arbeit definiert und scheint mit der Arbeitszeitverkürzung und der Verlängerung der Urlaubszeit immer mehr zuzunehmen. 1950 arbeiteten unselbstständig er-








werbstätige Männer durchschnittlich 50 Stunden pro Woche, 1959 wurde der 45-Stunden-Tag eingeführt, der aber konjunkturbedingt noch keine Auswirkung auf die Steigerung der Freizeit hatte, weil er durch Überstunden kompensiert wurde. Erst 1969 wurde per Kollektivvertrag der Übergang zur 40-Stunden-Woche und damit die 5-Tage-Woche bis 1975 eingeführt. Nach Fischer-Kowalski (1980, S. 201) hat die durchschnittliche Freizeit im Bevölkerungsdurchschnitt 1965 im Vergleich zu 1935 abgenommen: 1935: zwischen 4,9 und 6,8 von 24 Stunden, 1965 zwischen 2,3 und 6,2 Stunden. Das liegt an einer leichten Zunahme der Arbeitszeit und Arbeitsnebenzeiten (1935: 3,5 bis 4,2 Stunden, 1965: 4,1 bis 5,0 Stunden - das hat mit den Überstunden in der Hochkonjunktur, aber auch mit einer Steigerung der Fahrtwege als Arbeitsnebenzeit zu tun), besonders aber an einer starken Zunahme der aufgewendeten Zeit für den Haushalt (1935: 1,5 bis 2,9 Stunden, 1965: 3,5 bis 4,9). Durch die Rollenverteilung und die Bindung ans Haus fällt der Haushalt vollkommen den Frauen zu, die Freizeit zu einem maßgeblichen Teil den Männern (Fischer-Kowalski 1980, S. 206). Die Benutzung von Haushaltsgeräten hat die Frauen somit nicht entlastet. Abgenommen hat bis Mitte der 1960er nur die Zeit für die Zubereitung der Mahlzeiten und die Instandhaltung der Kleidung, zugenommen haben die Einkaufszeiten und auch die Wartung der größeren Anzahl von Haushaltsgeräten (Fischer-Kowalski 1980, S. 198). Wahrscheinlich haben sich aber auch die Ansprüche an Sauberkeit, Anpassung an Moden und ähnliches geändert.

Der Freizeitbereich ist teilweise segregiert, es gibt die männlich dominierten Vereine, während die Freizeit der Frauen meist „mit der Familie“ verbracht wird. Insbesonders für junge Burschen und Mädchen gibt es gemischte Bereiche, bedeutend sind in diesem Zusammenhang Jugendorganisationen, die Heimabende und gemeinsame Veranstaltungen wie Ausflüge oder kulturelle Ereignisse organisierten. Im Laufe der Zeit kommt es zu einer größeren Individualisierung, öffentliche Orte, Cafés und Tanzlokale, teilweise aber auch das Schwimmbad oder sonstige Freizeiteinrichtungen werden die bedeutenderen Treffpunkte, die beinahe als „Heiratsmarkt“ bezeichnet werden könnten. Um die heterosexuelle Anziehung zu fördern, wurde dort die Maskerade der Geschlechtlichkeit am stärksten forciert.

Obwohl die (Kern)-Familie, wie oben beschrieben, erst seit kurzem existierte, erschien sie als völlig „natürlich“. Allerdings, kaum, daß sie entstanden ist, wird sie durch die kapitalistische Entwicklung in Frage gestellt. Die Suche nach neuen Märkten und die Anerkennung der Frau als Konsumentin (wenn auch für „frauenspezifische“ Artikel wie Haushaltsgeräte, Kleidung und Kosmetik) schafft auch neue Bedürfnisse, die dann auch mit eine Grundlage für den folgenden Aufbruch der Frauen sind, für den Aufbruch des Feminismus der zweiten Frauenbewegung.

Von 1968 ist oft von einer antiautoritären Revolte gegen die Familie die Rede, weil die Ansprüche und die Wirklichkeit auseinanderfallen. Meist war der Kampf gegen die Familie nur Pose, während die Hauptfeinde der Antiautoritären die Institutionen der Disziplinargesellschaft (Heime, Psychiatrie etc) waren. Gerade in Österreich hatte der Kampf gegen die Disziplinierung in den Mittelschulen, gegen autoritäre LehrerInnen, zu einem gar nicht so kleinem Teil noch alte Nazis, eine größere Bedeutung als der „Kampf in der Familie“. Es waren zu einem Teil die Kinder aus liberalen Familien, die sich wegen der teilweisen Unterstützung der Eltern gegen verkrustete und veraltete Institutionen wehren konnten. Wenn sich ein Widerspruch ausgewirkt hat, dann der zwischen der strengen Sexualmoral in den Familien und dem „Sex“ als zu konsumierenden Produkt - von Filmen bis zu Büchern und Zeitschriften. Die Zersetzung der Familie erfolgte weniger durch den Kampf in der alten Familie als durch den Versuch der nachfolgenden Generationen, andere Lebensprojekte auszuprobieren.

Die Verstaatlichung der ArbeiterInnenklasse

Die Anerkennung der organisierten ArbeiterInnenbewegung (in Österreich die SPÖ und der ÖGB) ist entscheidend für die Konstitution des Nachkriegskapitalismus in den Industriestaaten. In der Zwischenkriegszeit hat ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen den beiden „Lagern“, dem sozialistischen und dem katholischen bestanden, was in der Zerschlagung der (noch teilweise) legalen Sozialdemokratie im Februar 1934 seinen Höhepunkt erreichte. Die politische „Gesinnung“ oder „Weltanschauung“, wie es damals hieß, war in den sozialen und regionalen Strukturen verankert. So hat es in Wien typische Bürgerbezirke und typische






Bezirke der ArbeiterInnen gegeben. Politische Traditionen wurden über die Generationen weitergegeben. Die Errichtung von Gemeindebauten in der Zwischenkriegszeit verstärkte diese Strukturen noch, soziale Zusammenhänge außerhalb der Arbeitszeit waren mindestens genauso wichtig wie der Zusammenhang der ArbeiterInnen in den Fabriken.

Der Nationalsozialismus hatte als Ziel, diese sozialen Strukturen zu zerschlagen und die Menschen - unter Verwendung der Kommunikationsformen der ArbeiterInnenbewegung wie Aufmärsche und Fahnen - in eine nationale Einheit zu formen. Die Individuen sollten allein dem (deutschen) Staat untergeordnet werden. Einerseits wurden Familien gefördert, anderseits funktionierte die Jugendorganisation, die Hitlerjugend als Instrument zur Konstitution des „Volkes“. Die Situation der Nachkriegszeit zeigte aber, daß ihnen das nicht gelungen war. Nach dem Sieg der Alliierten bestanden die gleichen sozialen Zusammenhänge, die gleichen „Lager“, nur die vertriebenen und vernichteten JüdInnen als Kern eines bürgerlichen Liberalismus waren nicht mehr da und werden auch nicht mehr kommen. Auch die massiven demographischen Umwälzungen in den ersten Nachkriegsjahren durch Flüchtlinge änderten nichts an dieser Situation, hunderttausende von Displaced Persons wurden in Barackenlagern und Stadtrandsiedlungen gettoisiert[8].

Während die sozialen Trennungen aus der Zwischenkriegszeit aufrecht blieben, suchten die Eliten der beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ, bis 1947 auch die KPÖ, die Zusammenarbeit. Die Angst vor revolutionären Umwälzungen wie nach dem Ersten Weltkrieg waren groß wie auch unbegründet, u.a. weil die antagonistischen Auseinandersetzungen von der pragmatischen Politik der KPÖ und der internationalen Politik Stalins gezähmt wurden. Die Angst vor dem Kommunismus und die Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise 1929 führten zur großen Koalition, die bis 1966 andauerte, aber auch zu den Elementen einer „Planwirtschaft“ - das bedeutete in der damaligen Diskussion nicht das Modell des „realen Sozialismus“, sondern nur die Verstaatlichung zentraler Sektoren der Wirtschaft, wie sie die SPÖ vertrat (Deutsch 1979, S. 56ff) oder eine „gelenkte Wirtschaft“ von Seiten der ÖVP (Deutsch 1979, S. 68ff). Die Verstaatlichung großer Teile des Bergbaus, der Maschinen- und Metallindustrie, des Fahrzeugbaus, der Elektroindustrie und der chemischen Industrie am 19. Juli 1946 wurde aber auch zur Verhinderung - insbesonders sowjetischer - Demontageabsichten durchgeführt. Ein großer Teil dieser Grundstoffindustrie wurde unter den Nazis von ZwangsarbeiterInnen errichtet und bildete damit die Grundlage für den nachfolgenden Boom als Zulieferer für die in Westeuropa entstehende Konsumgüterindustrie.

Der ÖGB wurde 1945 als Einheitsgewerkschaft (sozialistisch, christlich und kommunistisch) von oben gegründet, konnte sich aber sehr schnell gegenüber den ArbeiterInnen etablieren. Die sozialen Unruhen in den ersten Jahren des Krieges waren von der schlechten Versorgung und der Mangelwirtschaft geprägt. „Hungerstreiks“ für eine angemessene Versorgung erreichten um 1947 einen Höhepunkt, immer wieder hat es Tumulte auf den Märkten und Forderungen nach Preiskontrollausschüssen gegeben. Ab 1947 stimmte der ÖGB den (ab dann jährlichen) Lohn-Preis-Abkommen zu: die Gewerkschaften verpflichteten sich zu einer moderaten Lohnpolitik, die Wirtschaftskammer zu einer Beschränkung der Preiserhöhungen. Da sich die UnternehmerInnen nicht disziplinieren ließen, kommt es immer wieder zu Unmut in der Bevölkerung. So gibt es sowohl 1948 wie 1949 Streiks und Krawalle.

1950 kam es, ausgehend von Oberösterreich, zu spontanen Streiks und Demonstrationen gegen das vierte Lohn-Preis-Abkommen. In der VOEST (im damaligen amerikanischen Sektor) waren für die entqualifizierten Arbeiten besonders viele DPs und Flüchtlinge beschäftigt, die noch nicht gewerkschaftlich diszipliniert waren. Dort und in der SPÖ-Hochburg Steyr begann 26. September 1950 die mehrtägige Streikbewegung. Bei Demonstrationen in Wien wurden mehrere Polizeikordons durchbrochen. Obwohl diese Bewegung immer als kommunistischer Putschversuch denunziert wurde, kamen die Streiks auch der sowjetischen Verwaltung nicht gelegen, weil jeder Streiktag sehr viel Geld koste, wie der KP-Leitung vermittelt wurde (vgl. Spira 1979, S. 16). Schon am zweiten Tag, gerade als die spontane Bewegung ihren Höhepunkt erreichte, beschloß eine KPÖ-dominierte Versammlung eine gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz für den Samstag, den 30. September und die Aussetzung des Streiks. Dadurch wurde die spontane Bewegung abgewürgt. Die Arbeit wurde besonders in den KP-dominierten Betrieben im sowjetischen Sektor wieder aufgenommen, während in Oberösterreich weiter gestreikt wurde. Die Betriebsrätekonferenz am 30. beschloß ein Ultimatum zur Zurücknahme des Lohn-Preisabkommens bis 3. Oktober, sonst würde weitergestreikt. Am 4. Oktober befolgten fast nur noch die KommunistInnen die Streik- und Demonstrationsaufrufe, in Oberösterreich wurde die Arbeitsaufnahme durch die Gendarmerie mit aufgesteckten Bajonetten erzwungen. In Wien und Niederösterreich machten die Schlägertrupps („Fünfzig-Schilling-Manderl“) des Führers der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft

Franz Olah Jagd auf KommunistInnen und zerschlugen Blockaden der ArbeiterInnen. Es zeigte sich, daß keine Bewegung außerhalb des Rahmens des Kalten Krieges möglich war.

Durch die Niederschlagung des 1950er-Streiks hat sich der ÖGB als Vertretung der ArbeiterInnen etabliert, was nicht bedeutet, daß damit schon die „Sozialpartnerschaft" begonnen hätte. Auch nach dem letzten Lohn-Preis-Abkommen 1951 vertrat der ÖGB eine „vorsichtige Lohnpolitik" zur Stabilisierung der Währung und der österreichischen Zahlungsbilanz. Ab 1953 war Österreich das erste Mal gezwungen, ohne Auslandshilfe auszukommen (Klenner 1979, S. 1996). Nach dem Ende der Boom-Phase zur Zeit des Koreakrieges 1950 bis 1953 war der wirtschaftliche Einbruch in Österreich nicht so groß, weil die Bundesrepublik Deutschland als Konjunkturlokomotive zu laufen begann. Trotzdem erreichte die Arbeitslosigkeit im Winter 1954 das größte Ausmaß in der zweiten Republik. Der Raab-Kamitz-Kurs von 1953 bis 1957 der Bundesregierung[9], der als Ziel einen ausgeglichenen Staatshaushalt hatte, wurde vom ÖGB nicht bekämpft - der ÖGB erwies sich als staatstragend, das nationale Interesse war ihm immer wichtiger als die „Einzelinteressen" der ArbeiterInnen[10]. Trotz der gewerkschaftlichen Forderungen nach der Fortsetzung der Zusammenarbeit wie zur Zeit der Lohn-Preis-Abkommen (das 1951 eingeführte Wirtschaftsdirektorium wurde 1954 wieder abgeschafft), wurde die Paritätischen Kommission erst am 27. März 1957 konstituiert. Dieses Organ musste zu konsensualen Ergebnissen kommen und hatte hauptsächlich über Lohn- und Preiserhöhungen zu beraten (Klenner 1979, S. 2017), die dann erst von den entsprechenden Organen beschlossen werden sollten. Wobei der ÖGB mit einer „latenten Unruhe" 1956 gegen den Preisauftrieb drohen kann (Klenner 1979, S. 2007: „Eine weniger verantwortungsbewußte Führung hätte die latente Unzufriedenheit zu übermäßigen Lohnforderungen genutzt und dadurch die Wirtschaft schwer gefährdet." - tatsächlich weist die Streikstatistik des ÖGB 1956 als Spitzenjahr zwischen 1950 und dem Beginn der 1960er aus. Am 1. Februar 1959 tritt die 45-Stunden-Woche in Kraft, der ÖGB sieht sich in Zusammenhang mit der Paritätischen Kommission als Motor der Produktivitätsentwicklung (Klenner 1979, S. 2026: die Wirtschaft soll die Arbeitszeitverkürzung nicht auf die Preise aufschlagen, sondern eine Kompensation „durch entsprechnede Produktivitätssteigerungen, betriebliche Rationalisierungen und Umstellungsmaßnahmen" zu erreichen[11]).

Ab 1959 geriet die Paritätische Kommission in eine Krise, die Gewerkschaft wollte an mehr planenden Maßnahmen der Wirtschaft beteiligt sein. Der ÖGB kritisierte den Preisauftrieb durch die Konjunktur zu Beginn der 1960er, die Nachfrage stieg stärker als die Güterproduktion (Klenner 1979, S. 2035). Am 28. Dezember unterzeichneten der damalige Chef des ÖGB, Franz Olah und der Alt-Bundeskanzler und Präsident der Bundeswirtschaftskammer Julius Raab von der ÖVP ein Abkommen, das dann als Raab-Olah-Abkommen bekannt werden sollte. Es war vor allem als Belebung der Paritätischen Kommission gedacht, sollte diese durch Konstituierung eines Unterausschusses entlasten und legte Bedingungen für die Anwerbung von „Fremdarbeitern" fest (Klenner 1979, S 2126ff). Bis auf die Anwerbung von AusländerInnen funktionierte die Sozialpartnerschaft noch nicht, sowohl Olah wie auch Raab waren in ihren eigenen Parteien umstritten, in der Öffentlichkeit wurde darüber diskutiert, daß die beiden eine „Nebenregierung" bilden wollten (Klenner 1979, S. 2039). Olah war im Herbst 1961 als Nationalratsabgeordneter zurückgetreten, nachdem SPÖ und ÖVP das Budget für 1962 beschlossen haben, ohne ÖGB-Forderungen (Olah: „..sozial gerechtfertigte Wünsche der Arbeiter, Angestellten und Beamten..") zu berücksichtigen (Klenner 1979, S. 2254ff). Klenner (1979, S. 2256) sieht das in Zusammenhang mit Bemühungen um das Zustandekommen einer kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ, dessen Proponent Olah war, meint aber auch, daß die Verhandlungen mit Raab ohne Rücksprache im ÖGB passiert seien.

Obwohl am 4. April der Nationalrat die Maßnahmen des Raab-Olah-Abkommens bestätigt, bedeutet das nicht, daß es keine Unruhe in den Betrieben gegeben hätte. Es hat immer wieder Schwierigkeiten gegeben, „....den Gewerkschaftsmitgliedern die Ergebnisse von Abschlüssen klarzumachen und ihre Zustimmung zu erreichen." (Klenner 1979, S. 2061). So kommt es im Frühjahr 1962 zum größten Streik der Zweiten Republik, 200.000 Metall- und BergarbeiterInnen streikten vom 9.Mai bis zum 13. Mai, um arbeitsrechtliche Verbesserungen des Kollektivvertrages zu erreichen. Ein Streik der Exekutive verursacht am 2. August 1962 ein Verkehrschaos, ein größerer Streik konnte mehrmals „nur mit Mühe" (Olah) verhindert werden (Eppel, Lotter 1980, S. 314). Am 8.Oktober 1963 wurde der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen gebildet, der die wirtschaftliche Entwicklung weiter beeinflussen sollte. Die Grundlagen für die funktionierende Sozialpartnerschaft wurden gelegt, aber noch keineswegs verwirklicht. Der ÖGB legte 1964 zwar eine halbjährliche Lohnpause ein, „um die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu gefährden", aber 1965 kommt es durch einen Warnstreik bei Post und Eisenbahn zur dritthöchsten Anzahl an Streikstunden. Ab 1966 ist es

mit größeren Streiks in der Zweiten Republik vorbei, die organisierte ArbeiterInnenklasse kann ab da als in die Wirtschaft integriert, als verstaatlicht gelten[12].

Es besteht der Mythos, daß der ÖGB hauptsächlich Streiks verhindert hätte. Das stimmt zumindest für die Zeit vor 1966 nur teilweise. Eher ist es so, daß die gewerkschaftlichen Funktionäre Unruhe unter den Mitgliedern ausnützten, um in die entscheidende Funktion zur Lenkung der Wirtschaft zu kommen, im Sinne des Nationalstaats genauso wie im Sinne der „ArbeitnehmerInnen". Karlhofer (1983, S. 34) stellt richtig fest, daß der ÖGB Streiks dann inszenierte (oder auch unterstützte), wenn es den UnternehmerInnen schadete, aber es wurde immer das Gesamtinteresse im Auge behalten. Karlhofer sieht die sozialpartnerschaftlichen Steuerungsinstanzen als Ursache für eine Minimierung der Streikquote: „So fallen etwa die beiden Jahre 1957 (Schaffung der Paritätischen Kommission) und 1963 (Installierung des Wirtschafts- und Sozialbeirats), verglichen mit dem Vorjahr, als besonders streikarme Jahre auf. Die Streikstatistik der Zweiten Republik ist daher in einem hohem Ausmaß als Indikator für die Wirksamkeit sozialpartnerschaftlicher Konfliktsteuerung anzusehen." (1983, S. 36[13]) Diese Beobachtung stimmt nur teilweise, die Streikbeteiligung in diesen streikarmen Jahren sind um oder nur wenig unter dem Durchschnitt der meisten Jahren. Es scheint eher so zu sein, dass Abkommen immer nach besonders unruhigen Jahren abgeschlossen wurden, der ÖGB also den Druck der Streiks für seine gewünschte Teilhabe an der Wirtschaftslenkung ausnützen konnte:

Streikstunden (Klenner 1979, S. 2737)[14]:

1951	677.452	
1952	602.758	
1953	304.817	Höhepunkt der Arbeitslosigkeit
1954	410.508	
1955	464.167	
1956	1,227.292	
1957	364.841	ParitätischeKommission
1958	349.811	
1959	404.290	
1960	550.582	
1961	911.025	Raab-Olah-Abkommen
1962	5,181.762	
1963	272.134	Beirat für Wirtschaftsfragen
1964	283.588	
1965	3,387.787	
1966	570.846	
1967	131.285	
1968	53.365	
1969	148.139	

In dem Punkt hat Karlhofer recht, daß nicht mehr explizit ökonomische Faktoren für die Streiktätigkeit maßgeblich sind. Sind die Gewerkschaften (und linke Parteien) in früheren Phasen nur als GegnerInnen gesehen worden, die durch ökonomischen Druck etwas erreichen konnten, so sind die ArbeiterInnen über die Bürokratien zum Transmissionsriemen im staatlichen Gesamtinteresse geworden. Sie sind notwendig, um das Gesamtinteresse auch gegen kapitalistische Einzelinteressen durchzusetzen. Ihre typische Machtausübung ist die geordnete Massenmobilisierung. Dauerten in der Zwischenkriegszeit Streiks relativ lange bei relativ geringer Beteiligung, so sind Streiks in der Zweiten Republik kurz, aber mit großer Beteiligung (Karlhofer 1983, S. 32). Wurden früher meist einzelne Unternehmen bestreikt, so sind es jetzt Streiks um Verträge in einer gesamten Branche. Sie sind auch viel häufiger erfolgreich, enden meist in formalen Abschlüssen oder Kompromissen. Die jetzt diskutierten Zahlen betreffen natürlich nur die gewerkschaftlich anerkannten Streiks, nach Angaben von Karlhofer hat es immer das gleiche Ausmaß an „wilden" Streiks gegeben, sie finden also auch in der Zeit nach 1966 statt, wo die Zahl gewerkschaftlicher Streiks rapide abnimmt. „Wilde" Streiks entstehen aus lokalen Ungerechtigkeiten und sagen nichts aus über die Integration der ArbeiterInnenklasse in den kapitalistischen Staat[15]. Mit der Integration von linken Parteien und Gewerkschaften in den fordistischen Staat und die Anerkennung als „Motor" der Produktivität, der mit ausgehandelten Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen funktioniert, ohne von Streiks und Demonstrationen gestört zu werden, haben sie ihre größte Macht erreicht. Durch die weiter steigenden Einkommen ist die Unruhe in den Betrieben gering, SPÖ und ÖGB führten 1969 ein Volksbegehren für die Einführung der 40-Stunden-Woche durch, nach langen Verhandlungen wurde das Gesetz zur schrittweisen Einführung am 11. Dezember 1969 noch unter der ÖVP-Regierung verabschiedet, wenige Monate vor den Nationalratswahlen, die Bruno Kreisky für die SPÖ knapp gewann und die ÖVP für sechzehn Jahre in die Opposition verbannte.

In den 1960ern verändert die zunehmende Privatisierung des Lebens und Individualisierung die Strukturen der Bevölkerung. Die Identifikation mit einer „ArbeiterInnenklasse", die sozialen Zusammenhänge, in die die Menschen in ihren Wohnvierteln eingebunden waren, wurde immer schwächer. Mann oder Frau wird Parteimitglied, weil eine Wohnung gebraucht wird oder sonstige Leistungen. Das gleiche gilt für die Gewerkschaften, die auch immer mehr Serviceorganisation wird. Selbst Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen werden teilweise individuell gesucht. Die

Vollbeschäftigung gewährleistet, daß sicher wieder ein Job gefunden wird, was auch Druck auf die Unternehmen ausübt. Die „Lohndrift" in Richtung höherer Löhne wird wichtiger als Kollektivverträge, 1970 erreicht die Bruttolohndrift mit 4,2% den höchsten Wert (Klenner 1979, S. 2725)[16]. In Österreich scheiterten die Versuche der studentischen Linken kläglich, Kämpfe gemeinsam mit ArbeiterInnen zu führen. Anfang 1966 sollte das Raxwerk in Wiener Neustadt reprivatisiert werden, die ArbeiterInnen wehrten sich mit einem Streik, der VSStÖ hielt ein Seminar mit dem Betriebsratsobmann ab, trotzdem setzte sich der ÖGB mit der Aushandlung von Abfertigungen und nicht mit der „Sicherung der Arbeitsplätze" durch (Keller 1983, S. 34). Im Mai 1968 demonstrierten Studierende und SchülerInnen gemeinsam mit ArbeiterInnen gegen Entlassungen in der Wiener Lokomotivfabrik, die Betriebsräte sprachen sogar in einem besetzten Hörsaal vor den dort Versammelten. „Die Solidaritätsaktion mit den Arbeitern war erfolglos, die Belegschaft der Lokomotivfabrik lehnte es in einer Urabstimmung ab, gegen die Entlassungspläne zu streiken. Warum sollten die Arbeiter auch streiken, wenn sie jederzeit eine neue Stellung bekommen konnten?" (Keller 1983, S. 77)

Revolutionen im Kapitalismus

Ab 1950 beginnt weltweit eine Phase der gesellschaftlichen Entwicklung, die Hobsbawm (1994) als soziale (S. 287ff) und als kulturelle Revolution (320ff) bezeichnet. Schnelle Umwälzungen haben sich bisher auf die Bevölkerungen des industrialisierten Teils der Welt und einer kleinen Elite im Trikont bezogen, seit den 1950er handelt es sich um die „dramatischste, schnellste und universelle soziale Transformation in der menschlichen Geschichte" (Hobsbawm 1994, S. 288). Er bezieht sich nur am Rande auf die „Studentenbewegung" 1968, sieht sie als (kleinen) Teil davon. Diese Dynamik ist als Antwort auf vorherige Revolten und Bewegungen zu sehen, die Brüche hervorruft und dadurch neue Revolten erzeugt.

Mit Massenproduktion und Massenkonsum beschleunigt sich die technologische Entwicklung schon während und zwischen den Kriegsjahren, aber dann fortgesetzt im Wirtschaftswunder des goldenen Zeitalters. Das bedeutet eine massive Änderung des Alltagslebens, besonders in dem Bereich, der als „privat" bezeichnet wird, die Haushaltsführung im Familienmodell betrifft. 1935 wurde Nylon erfunden, aber erst nach dem Krieg hat die kommerzielle Massenproduktion z.B. von Nylonstrümpfen begonnen, in den 1950ern tauchten der Kühlschrank auf, die Waschmaschine, der Fernseher und das Auto wurden in der zweiten Hälfte des 20 Jahrhunderts zu Massenartikeln (Hobsbawm 1994, S.264). 1951 besitzen in Österreich 2,3% der Haushalte einen PKW, 1955 sind es 6,4%, 1965 33% und 1971 52,3% (Waschmaschinen: 1951: 0.14%, 1955: 1,7%, 1965: 20,6%, 1971: 36,9%, Kühlschränke: 1951: 0,96%, 1955: 3,4%, 1965: 40,5%, 1971: 66,8%, Zahlen nach Karazman-Morawetz 1995, S. 413). Maßgebliche Veränderungen des Lebens haben im 20.Jahrhunderts durch die Einführung von Radio und Fernsehen stattgefunden. Zuerst hat es das Radiogerät als Mittelpunkt des Haushalts gegeben (der „Volksempfänger" der Nazis, in den 1960er nimmt der Fernseher die Rolle des zentralen Geräts in der Familie ein. Durch den Transistorradio wurden die Geräte kleiner und billiger und konnten auch von den einzelnen Familienmitgliedern besessen werden, es kommt zu einer Individualisierung innerhalb der Familie (Prost 1999 S. 140ff). Jugendliche konnten ab 1967 Ö3 (vorher „Radio Luxemburg") hören. Im November 1955 hat in Österreich der Fernsehbetrieb begonnen (Bernold 1995, S. 226). Damals gab

es in ganz Österreich ein paar hundert Fernsehgeräte, 1965 hatten 29,6% der Haushalte einen Fernseher, 1971 61,6% (Karazman-Morawetz 1995, S.413).

Neben den Veränderungen des Alltags hatten die „technologischen Erdbeben“ weitere Konsequenzen, die für die weitere gesellschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung waren (Hobsbawm 1994, S. 265ff): die komplexere Technologie erforderte einen größeren Aufwand an Forschung und Entwicklung, was die Bildungsexpansion auslöste oder zumindest Diskussionen darüber. Weiters konnten die neuen Technologien viel Arbeit einsparen. (z.B. durch die Automatisierung der Fließbänder). Die Ausdehnung von Produktion und Dienstleistung durch die steigenden und sich verändernden Wünsche der KonsumentInnen bedeutete trotz der „Einsparungen“ durch neue Technologien einen massiven Anstieg der Zahl der erforderlichen Arbeitskräfte (zumindest bis zur Ölkrise 1973). Die gewaltigen Produktivitätssteigerungen erlaubten die starke Erhöhung von Löhnen und Sozialleistungen und damit wieder eine Steigerung des Konsums.

Um 1950 hat eine sich beschleunigende Entwicklung begonnen, die darauf hinausläuft, daß das erstemal seit der neolithischen Revolution (das Seßhaftwerden und das Entstehen der Landwirtschaft) die Mehrheit der menschlichen Bevölkerung nicht mehr BäuerInnen sind. Das betrifft nicht nur die Industriestaaten, sondern gerade auch den Trikont: am Ende des Zweiten Weltkriegs waren in Lateinamerika überall (mit der Ausnahme von Venezuela) mehr als die Hälfte der Bevölkerung BäuerInnen, jetzt sind sie bis auf Haiti und kleine mittelamerikanische Staaten nur noch Minderheiten, in den Staaten des westlichen Islams ist die bäuerliche Bevölkerung von zwischen zwei Drittel bis drei Viertel auf ein Viertel zurückgegangen. (Hobsbawm 1994, S. 290ff, Zahlen jeweils zwischen 1950 und Anfang der 1980er). Hobsbawn (S. 291) sieht nur drei Ausnahmen, das subsaharische Afrika, Indien und China. Seit den 1980ern erreicht aber auch in den meisten südasiatischen Staaten (Indonesien, Philippinen, Pakistan, Bangladesh, Sri Lanka) die Abnahme des Agrarsektors „revolutionäre“ Ausmaße. Auch an den Rändern Chinas (Taiwan, Südkorea) wurde die Landwirtschaft zu einem demographischen Randphänomen (Hobsbawm 1994, S. 291). Und in den letzten fünfzehn Jahren findet auch in China eine massive industrielle Entwicklung und eine Abwanderung in die Städte statt. Die sich ab den 1970ern und 1980ern beschleunigende Entwicklung ist mit einem rasanten Anwachsen der Städte verbunden, Mitte der 1980er lebt die Hälfte der Weltbevölkerung in den Städten. In Österreich hat die rasante Veränderung der Landwirtschaft durch Rationalisierung in den 1950ern und 1960ern stattgefunden, verlangsamt in den folgenden Jahrzehnten. 1951 waren noch 30,3% der Beschäftigten in der Landwirtschaft beschäftigt, 1993 nur noch 5,2%. Diese Umbrüche, die in einigen Staaten zu reaktionären Revolten der BäuerInnen geführt (z.B. in Frankreich in den 1950ern), führten auch in Österreich immer wieder zu Demonstrationen, die sich besonders gegen die „eigene“ Partei die ÖVP richteten. Diese sah sich gezwungen, einen Spagat zwischen der bäuerlichen Basis und kapitalistischer Modernisierung durchzuführen.

Eine weitere Entwicklung ist die gewaltige Mobilisierung der Menschen, nicht nur in die Städte, sondern während des goldenen Zeitalters in Europa durch die Arbeitsmigration in die entwikkelteren Regionen. In den ehemaligen Kolonialreichen Frankreich und Großbritannien beginnt die Zuwanderung aus Kolonien schon früher, in Westdeutschland Ende der 1950er. Österreich ist als Land mit niedrigen Löhnen später dran, 1963 gibt es erst 21.300 ausländische Arbeitskräfte, am Höhepunkt 1973 226.801 (Faßmann 1995, S. 403). Durch die Segregation von der österreichischen Wohn- und Arbeitsbevölkerung kommt es in der ersten Phase zu keinen sozialen Bewegungen, die sich aufeinander beziehen. Als unterstes Segment und noch nicht diszipliniert durch die Einbindung in die hiesigen Gewerkschaften, sowie auch durch ihre Herkunft aus ländlichen Kulturen mit einer anderen Zeitstruktur waren MigrantInnen oft die Hauptakteure mancher Auseinandersetzungen, z.B. der wilden Streiks in Westdeutschland 1973. Trotz Wirtschaftskrise und rassistischem Diskurs ist die Zuwanderung und die Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte nie abgerissen. Es entwickelte sich eine Eigendynamik, die von den Staaten und vom Kapital trotz brutalster Maßnahmen nie völlig kontrolliert werden konnte.

Die Ausdehnung des Kapitalismus bedeutete auch eine rapid steigende Zunahme der Beschäftigung von Frauen. Schmidt (1984, S. 81) bringt einige Zahlen für die OECD-Staaten: in den USA steigt die Beschäftigung der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 von 1950 37,2% bis 1980 auf 59,1% (um 21,9%), in Kanada um 24,2% von 26,2% auf 50,4%, in Schweden gar um 38,7% von 35,1% auf 73,8%. Verhältnismäßig schlecht steigt dabei die Bundesrepublik aus, es gibt nur eine Steigerung von 44,3% auf 49,2%. Die Zahlen für Österreich bei Schmidt (1984) zeigen nämlich gar keine Änderung, sie sind sowohl 1950 wie 1980 51,1%. Es dürfte sogar so gewesen sein, daß zum Höhepunkt des Familienmodells in Österreich in den 1960ern die Beschäftigung von Frauen abgenommen hat, nach einer Grafik von Cyba (1995, S. 439) ist die Er-

werbsbeteiligung der Frauen 1971 unter 50%, einen deutlichen Anstieg gibt es erst in den 1980ern[17]. Das könnte mit ein Grund für das etwas verspätete Auftreten der Frauenbewegung in Österreich (und auch der BRD) sein.

Eine weitere dramatische Veränderung in den letzten Jahrzehnten ist die Zunahme der Bildung, nur noch die zurückgebliebensten Staaten wie Afghanistan haben eine große Rate des Analphabetismus (Hobsbawm 1994, S 295). Auch die Universitätsbildung nimmt zu, in den ambitioniertesten Staaten steigt die Studierendenrate aus dem Promillebereich auf bis zu 2,5% der Gesamtbevölkerung. Selbst im Trikont gibt es ambitionierte Staaten wie Ecuador mit 3,2% Studierendenrate oder die Philippinen mit 2,7% (Hobsbawm 1994, S. 295). In Österreich beginnt die Umwälzung zu Beginn der 1960er unter Bundeskanzler Gorbach, wo in der Regierungserklärung von einer Mobilisierung des geistigen Kapitals gesprochen wird, der wirtschaftliche und soziale Aufstieg sei im Zeitalter von Forschung und Entwicklung von der Bildung der jungen ÖsterreicherInnen abhängig. Bildung wird nicht mehr als Teil der Kultur von Eliten gesehen, sondern als notwendiger wirtschaftlicher Aspekt (Lassnig 1995, S. 461ff). Schon in dieser Phase wird mit dem Ausbau der Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS, „jedem Bezirk eine höhere Schule" - Lassnig 1995, S. 462) begonnen. Die Zahl der AHS-SchülerInnen hat von 1953 bis 1963 nur wenig zugenommen (von 67.191 auf 80.678), ist dann aber sprunghaft angestiegen, bis 1973 hat sich die Anzahl beinahe verdoppelt: 160.500 (Lassnig 1995, S. 482). Die Expansion der höheren Bildung erfolgte für die PolitikerInnen etwas überraschend, sie glaubten, die Bildung durch zusätzliche Maßnahmen fördern zu müssen und waren überrascht, daß die Bevölkerung ein so großes Interesse an der Aneignung von Wissen hat (Lassnig 1995, S. 463[18]). Auf den Universitäten stieg die Zahl der Studierenden nach einem ersten Schub Anfang der 1960er (von 1955: 13.888 auf 1963: 36.387) erst in den 1970ern in einem größerem Ausmaß, nach der Abschaffung der Studiengebühren durch die Regierung Kreisky 1972 (1963 gibt es 36.387 HörerInnen, 1973: 58.613, aber 1983 bereits 124.111 - Lassnig 1995, S. 482). Der Übergang von einer Eliten- zur Massenuniversität kann als ein Auslöser der „Studentenbewegung" gesehen werden. Kleemann (1971, S. 88ff) sieht die US-StudentInnen-Revolte u.a. als Reaktion auf die steigende Anonymität, die damals entstehenden Free Universities als der Versuch, das persönliche „sokratische" LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnis wieder herzustellen[19].

Die Verschiebung in Richtung Massenkonsum bedeutet auch Veränderungen in der Art der Produktion. Um die Produkte zu verkaufen, müssen die KonsumentInnen darauf aufmerksam gemacht werden. In der ersten Phase, wo es noch um die Einführung z.B. neuer Haushaltsgeräte geht, wird Werbung noch als Produktinformation bezeichnet, immer mehr aber verschiebt sich die Struktur in die Richtung, daß Bedürfnisse geschaffen werden, die Werbung erhält immer mehr die Rolle der Imageproduktion[20]. Da diese Entwicklung parallel mit Rationalisierung der Produktion, der Einsparung von Arbeitskräften und einer teilweisen Verlagerung in den Trikont geht, kommt es zu einer Verschiebung der kapitalistischen Arbeit in Europa. Hat es früher beinahe nur „persönliche Dienstleistungen (z.B. Friseusen, Krankenschwestern) gegeben, so kommt es jetzt zu einer Vermehrung unternehmensbezogener Dienstleistungen (z.B. Werbung). Da die geschlechtliche Arbeitsteilung erhalten bleibt, nimmt die Beschäftigung durch die Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze für Frauen im schlecht bezahlten Dienstleistungsbereich weiter zu.

Die steigende Bedeutung der Werbung, und dadurch das Eindringen des Kapitalismus in immer größere Bereiche des Alltags und des Lebens, führt das zu einem Element der Revolte der zweiten Hälfte der 1960er. Da die werbenden Firmen auf der einen Seite möglichst viel verkaufen wollen, aber vieles nur verkauft werden kann, weil es etwas besonderes ist, wird das von vielen Menschen als Entfremdung empfunden. Aus diesem Grund entsteht der Wunsch auf das vermeintlich „Authentische" als Grundlage der Konsumkritik. Gerade durch „Bedürfnislosigkeit" und „Konsumverweigerung" als Protest gegen die Überflußgesellschaft" (Luger, 1995, S. 506) wiederholten z.B. die Hippies auf „natürliche" und „ursprünglichere" Weise die Buntheit der Werbung.

Nachdem die Privatheit der Familie gerade entstanden ist, wird



sie bereits wieder verändert. Immer mehr Elemente werden ins Private verlagert (vom Kino zum Fernseher, aus dem öffentlichen Verkehrsmittel in den Innenraum des Autos, das Zelt als Kopie des eigenes Hauses im Urlaub am Campingplatz - vgl. Prost 1999, S. 76), besonders aber verschwinden die Übergangsbereiche zwischen privat und öffentlich. Das drückt sich in den Wohnhausanlagen der 1950er und 1960ern aus: während früher Innenhöfe eine Art dörflicher Struktur kopierten (z.B. in den Wohnbauten des Roten Wien der Zwischenkriegszeit), so sind die Grünflächen der Nachkriegsneubauten nur noch Durchgangsflächen[21]. Alles ist auf den Konsum des Individuums und der individuellen Familie zugeschnitten. Der Verlust des Übergangsbereiches zwischen privat und öffentlich, der soziale Strukturen ermöglichte, war dann häufig die Motivation für Jugend- und Kulturzentren zu kämpfen - für einen öffentlichen Bereich als Ersatz für die sozialen Kontakte im Bezirk, auf der Straße, in den früher noch ortsgebundenen Jugendorganisationen.

Um KonsumentInnen (besonders Frauen) zu erreichen, muß der geschützte Bereich des Privatlebens durch Kommunikation immer wieder aufgebrochen werden. Über die Medien scheint die Richtung nur einseitig zu sein, die Vereinzelung insbesonders der Hausfrauen (aber auch der Kinder) scheint ein unabwendbares Schicksal. Aber gerade diese Verbindung mit einer (vielleicht imaginierten) Außenwelt ist auch ein maßgeblicher Anstoß für die Infragestellung. Es entsteht Kommunikation über das „Private", was mit ein Anlaß für die Forderung wird, die Unterdrückung in der Familie nicht privat sein zu lassen, sondern das Private öffentlich zu machen.

Ein Element des Konsums ist die „mobile Privatisierung" (Luger, Rest 1995) als eines der bedeutendsten Kennzeichen des Westens. Was mit der Sommerfrische der Privilegierten im 19. Jahrhundert beginnt, wird im 20. Jahrhundert zum Allgemeinzustand. Insbesonders seit der Massenmobilisierung durch den Autoverkehr ist der Urlaub nicht nur mit Erholung, sondern auch mit Reisen verbunden. In den 1950ern und beginnenden 1960ern genügt noch der Ausflug an die obere Adria, in der Folge verlangt der Wunsch nach Neuem und Besonderem nach immer neuen Destinationen. Auch hier erzeugt die Suche nach dem „Authentischen" ein Element der Revolte. Für viele Jugendliche in den 1960ern ist eine Reise nach Indien, Nepal oder Afghanistan ein Ausbruch aus der fordistischen Ordnung des normalen Urlaubs (vgl. Reitter 2002, S. 14ff). Die steigende Reisetätigkeit der Jugendlichen, z.B. durch Autostopp, schaffte aber auch Kontakte zu den Szenen in anderen Städten, Musik und Klamotten wurden eingekauft, Drogen kennengelernt, aber auch Politkontakte wurden geknüpft.

Am bedeutendsten für die Entstehung von „Jugend"revolten und damit auch 1968 ist die „Entdeckung" von Jugendlichen als soziale Subjekte (Hobsbawm 1994, S.324), sie werden mit steigendem Familieneinkommen auch als KonsumentInnen interessant. Im Zentrum der Konsumgesellschaft steht die Idee, daß die Menschen arbeiten, um zu leben, besser gesagt, um zu konsumieren. Das bedeutet, die entfremdeten Arbeitsbedingungen (z.B. am Fließband) zu akzeptieren, um genug Geld zum Leben zu haben (Karazman-Morawetz 1995, S. 418ff). Die Halbstarken der 1950er waren eigentlich die Vertreter, teilweise Vorläufer der fordistischen ArbeiterInnen, sie haben nur das Konzept des Konsums zu früh zu wörtlich genommen. Die noch im Wiederaufbau steckenden Erwachsenen störten sich besonders an „unvernünftigen Vergnügen" und „sinnlosem Herumfahren" mit dem Moped (Karazman-Morawetz 1995, S. 420). Für die weitere Entwicklung konnten die kapitalistischen Produktinnovationen an den verschiedenen Wellen der Jugendrebellion anknüpfen. So passiert es das erste Mal in der Geschichte, daß sich in Mode und Kultur die Älteren teilweise nach den Jugendlichen richten Diese gesteigerte „Wertschätzung" ist grundsätzlich ein Ansporn für Jugendliche, sich wichtig zu nehmen und darum revolutionäre oder gesellschaftsverändernde Aktionen zu setzen.

Mit dem Kult um die Jugend ist auch der Kult um den Sex verbunden. Der Blick auf den weiblichen Körper wird ins Zentrum gestellt. Nach Prost (1999, S. 98) ist es die Wirtschaft, die HerstellerInnen von Haarwaschmitteln, Deodorants, Damenwäsche und Unterbekleidung, die eine Explosion der (Bild)-Reklame bewirkten und in Folge die Körperbilder prägten. Bereits in den 1950ern hat ein Diskurs um die Sexualität in der Ehe oder als Vorbereitung für die Ehe begonnen (Prost 1999, S. 90). Mit dem Rock´n Roll wurde die Sexualität und Unsittlichkeit der Unterklassen mit der romantischen Liebe, aber auch dagegen, populär gemacht - auch wenn es bei körperlichen Andeutungen blieb. In der „Sexwelle" sind dann die jugendlich-weiblichen Körperbilder (von einem unsichtbaren Mann gesehen) und die Akzeptanz und Befreiung der Körper und der Sexualität zusammengefallen. Diese Sichtweise auf die Sexualität war dann einer der wichtigsten Anstöße für die Jugendrevolten, die mit 1968 verbunden werden. Immer wieder war die geschlechtliche Trennung z.B. in Studierendenheimen Auslöser von Demonstrationen und Aktivitäten. Die Beziehung zwischen Macht und Blick auf der einen Seite und Körperlichkeit und Weiblichkeit auf

der anderen Seite, war dann ein Motiv für die FeministInnen, gegen die männlichen „Revolutionäre" von 1968 zu aufzubegehren. Auch das Umweltbewußtsein entsteht aus der Umwälzung der Lebensrealitäten. War die Orientierung nach dem Krieg und noch bis in die 1960er auf Wohlstand gerichtet (genug Geld für ein annehmbares Leben verdienen), so geht es mit der materiellen Absicherung immer mehr auch um Lebensqualität (Karazman-Morawetz 1995, S. 420). So ist es nicht zufällig, daß die ersten BürgerInneninitiativen als Vorläufer der Ökologiebewegung dort entstehen, wo die materielle Absicherung früher vorhanden war, in den „bürgerlichen" Bezirken. Dort wird aber auch die Grundlage für die auch linke Ökologiebewegung gelegt.

e-mail: r.foltin@aon.at

Literatur:

Bernold, Monika (1995): Austrovision und Telefamilie. Von den Anfängen einer „historischen Sendung". In: Sieder et. al. (ed): Österreich 1945-1995, S. 223-235.
Cyba, Eva (1995): Modernisierung im Patriarchat? Zur Situation der Frauen in Arbeit, Bildung und privater Sphäre 1945 bis 1995. In: Sieder et. al. (ed): Österreich 1945-1995, S. 435-457.
Deutsch, Renate (1979): Chance auf Veränderung. Geschichte der Verstaatlichung in Österreich II. Wien: In Sachen Heft 7.
Ebner, Paulus, Vocelka, Karl (1998): Die zahme Revolution. ´68 und was davon blieb. Wien: Ueberreuter.
Eppel, Peter, Lotter, Heinrich (ed) (1981): Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte. 1955-1980. Wien: Jugend und Volk.
Faßmann, Heinz (1995): Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in der Zweiten Republik. In: Sieder et. Al. (ed): Österreich 1945-1995, S. 395-408.
Fischer-Kowalski, Bucek (1980) (ed): Lebensverhältnisse in Österreich. Klassen und Schichten im Sozialstaat. Frankfurt, New York: Campus.
Gremliza, Hermann L. (ed) (2000): Braunbuch Österreich. Ein Nazi kommt selten allein. Hamburg: Konkret Texte 26.
Hausa, Horst (1980): Familiäre Reproduktion. In: Fischer-Kowalski, Bucek (ed): Lebensverhältnisse in Österreich, S. 99-115.
Hobsbawm, Eric (1994): Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914-1991. London: Abacus.
Jacob, Günter (2000): Das Geheimnis des Bärentals. Die Industrialisierung der „Ostmark", die Erben des Wirtschafts wunders und die Rätsel der Erinnerung. In: Gremliza (ed): Braunbuch Österreich, S. 12-48.
Karazman-Morawetz, Inge (1995): Arbeit, Konsum, Freizeit. Veränderungen im Verhältnis von Arbeit und Reproduktion. In: Sieder et. al. (ed): Österreich 1945-1995, S. 409-425.
Karlhofer, Ferdinand (1983): „Wilde" Streiks in Österreich. Entstehungs- und Verlaufsbedingungen industrieller Konflikte in den siebziger Jahren. Wien: Böhlau.
Keller, Fritz (1983): Wien, Mai 68 - Eine heiße Viertelstunde. Wien: Junius.
Kickbusch, Ilona, Riedmüller, Barbara (1984) (ed): Die armen Frauen. Frauen und Sozialpolitik. Frankfurt a. Main: Suhrkamp.
Klenner, Fritz (1979): Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme. Bd 3.: von 1953 bis 1978. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.
Kocensky, Josef (ed) (1970): Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte. 1945-1955. Wien: Jugend und Volk.Luger, Kurt (1995): Die konsumierte Rebellion. Geschichte der Jugendkultur von 1945 bis 1995. In: Sieder et. al. (ed): Österreich 1945-1995, S. 497-510.
Luger, Kurt, Rest, Franz (1995): Mobile Privatisierung. Kultur und Tourismus in der zweiten Republik. In: Sieder et. al. (ed): Österreich 1945-1995, S. 655-670.
Prost, Antoine (1999): Grenzen und Zonen des Privaten. In: Prost, Vincent (ed): Geschichte des privaten Lebens. 5. Band, S. 15-151.
Prost, Antoine, Vincent, Gérard (ed) (1999) : Geschichte des privaten Lebens. 5. Band: Vom Ersten Weltkrieg zur Gegenwart. Augsburg: Bechtermünz Verlag.
Reitter, Karl (2002): Die 68er Bewegung - Versuch einer Darstellung. Teil 1. In: grundrisse 03, S. 6-20.
Schmidt, Manfred G. (1984): Zur sozialen, wirtschaftlichen und politischen Benachteiligung der Frauen im internationalen Vergleich. In: Kickbusch, Riedmüller (ed): Die armen Frauen, S. 73-102.
Sieder, Reinhard, Steinert, Heinz, Tálos, Emmerich (ed) (1995): Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
Spira, Leopold (1979): Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus. Wien: Jugend und Volk.
Tyler May, Elaine (1999): Mythen und Realitäten der amerikanischen Familie. In: Prost, Vincent (ed): Geschichte des privaten Lebens. 5. Band, S. 556-602.

Anmerkungen:

1 Im März 1938 lebten 183.000 JüdInnen in Österreich (176.000 in Wien), 65.000 wurden ermordet, durch Vertreibung und Ermordung wurden 70.000 Wohnungen frei (zum Vergleich, im Roten Wien der 1920er und 1930er Jahre wurden 32.000 gemeinnützige Wohnungen gebaut). Nach dem Krieg wurden keine Mietwohnungen zurückgegeben (Jacob 2000, S 21ff)

2 Für Linz spielte die Nähe zum Konzentrationslager Mauthausen eine wichtige Rolle, dort waren bis 1945 335.000 Menschen inhaftiert, von denen etwa 120.000 überlebten. Allein in den „Reichswerken Hermann Göring", der späteren VOEST, kamen 7.000 Menschen zu Tode (Jacob 2000, S. 25).

3 Ab jetzt werde ich den Begriff „Fordismus" verwenden, um das Regime des modernen Wohlfahrtsstaats zu bezeichnen (in Abgrenzung zum „Postfordismus"), das auf der Trinität von Fordismus, Taylorismus und Keynesianismus besteht.

4 Die Familie ist das Modell der heterosexuellen Matrix (Judith Butler), alle späteren Formen des Zusammenlebens sind bereits ein Aufbrechen, wenn auch oft nur in Randbereichen. Sie ist die Institution, in der die Unterscheidung zwischen öffentlich und privat, zwischen Hausarbeit und „Arbeit" am stärksten mit der Zweigeschlechtlichkeit zusammenfällt. Das bedeutet nicht, daß sie tatsächlich funktioniert hat. Obwohl es (auch von Frauen) gewünscht wurde, war die Zufriedenheit mit der Lebenssituation keinesfalls gegeben. Tyler May (1999, S. 589ff) zitiert eine Frau aus einer Langzeitstudie, die wegen der damals „extrem hohen persönlichen, emotionalen und finanziellen Kosten einer Scheidung" über 30 Jahre an einer unglücklichen Ehe festhielt (sie ließ sich erst in den siebziger Jahren scheiden). Auch Homosexualität hat es gegeben, mußte aber im Verborgenen, in der Subkultur gelebt werden, viele Homosexuelle heirateten damals.

5 Prost (1999, S. 41ff) meint, der Aufbruch der Frauen gegen die patriarchale Ordnung habe mit der sukzessiven Trennung von Arbeit und Haushalt zu tun. Bei der Arbeit am gleichen Ort hätte es eine Wertschätzung der Arbeit des/der Anderen gegeben, erst danach wurde die Hausarbeit massiv abgewertet.

6 Ohne dabei die Möglichkeit zu haben, durch Dienstboten ein angenehmes Leben als Herrscherin des Hauses zu führen. Die freie Zeit der Bürgerfrauen könnte mit dazu beigetragen haben, die Hausarbeit in der Folge unterzubewerten.

7 1880 waren in Österreich nur 53,1% der erwachsenen Frauen nicht ledig (verheiratet oder verwitwet), im Vergleich dazu waren es 1971 78,1% (Hausa 1980, S. 101).

8 Der national-rassistische Konsens bestand bereits damals, wie Äußerungen des ÖGB und der SPÖ zeigen sollen: „(Der ÖGB fordert die) eheste Evakuierung der DP und Feststellung, daß Österreich nicht verpflichtet ist, für die Versorgung der DP aufzukommen." Aus einem Memorandum des ÖGB an den Alliierten Rat (Kocensky 1970, S. 173). Innenminister Oskar Helmer (SPÖ): „Die österreichische Regierung wünscht ernstlich, alle DPs und die Flüchtlinge aus Österreich wegzuschaffen;.." (Kocensky 1970, S. 292)

9 Nach den Wahlen 1953 war die ÖVP gestärkt und führte unter Bundeskanzler Julius Raab und Finanzminister Reinhard Kamitz (ein ehemaliger SS-Mann) eine Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung des Staatshaushaltes durch.

10 „...besonnene Gewerkschaftspolitik führten zu einer in der Ersten Republik fehlenden Staatsnähe der Arbeiter und Angestellten. Das kann die Zweite Republik als wertvolles Aktivum buchen" - schreibt der offizielle Gewerkschaftshistoriker Fritz Klenner (1979, S. 1910). Die GewerkschaftlerInnen sind endgültig nicht mehr Staatsfeinde, sondern sehen sich als konstituierendes Element des kapitalistischen Nationalstaates.

11 Sollen die ÖGB-GewerkschaftlerInnen als Krypto-OperaistInnen gesehen werden? Der „Operaismus" vertritt die These, daß sich der Kapitalismus immer nur auf Grund von Kämpfen und Forderungen der ArbeiterInnenklasse weiterentwickelt. In der Phase der Hochblüte des Fordismus sieht sich der ÖGB als Modernisierer tatsächlich in dieser Funktion. Die Zunahme der Produktivität wird mit Lohnsteigerungen (und Arbeitszeitverkürzungen) verbunden, die damals kontinuierlich stattgefunden haben. Die Verschärfung der Arbeitsbedingungen durch Umstrukturierungen („Arbeitshetze", stärkere Kontrolle) wurde für höhere Löhne und mehr Freizeit auch von den ArbeiterInnen in Kauf genommen.

12 „Verstaatlichung" hat natürlich Anklänge an den „realen Sozialismus", der nur staatlich organisierte Gewerkschaften erlaubte. Der Unterschied ist, daß diese Art der Verstaatlichung nicht an eine Partei gebunden war, sie funktionierte völlig unabhängig von den entsprechenden Regierungen. So kommt es während der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 zu weniger Streiks als vorher, obwohl der ÖGB von der SPÖ dominiert wird.

13 Karlhofer (1983) erklärt damit, daß die Streiktätigkeit nicht mehr von Konjunktur und Arbeitslosigkeit abhängig ist wie in der Ersten Republik). Streiks haben damals bei guter Wirtschaftslage und geringer Arbeitslosigkeit stattgefunden.

14 Die verringerte Streiktätigkeit 1953 zeigt noch die Abhängigkeit von Arbeitslosigkeit und Konjunktur. Für das Raab-Olah-Abkommen ist kein Zusammenhang mit der Streiktätigkeit zu erkennen, was vermutlich damit zu tun hat, daß es nicht anerkannt wurde.

15 In Italien, Frankreich, aber auch anderen Staaten ist es um 1968, angestachelt durch das antiautoritäre Moment, zu Kämpfen und Streiks auch in den Betrieben gekommen. Aber selbst dort beendeten Kompromisse die Auseinandersetzungen (am 27. Mai 1968 in Frankreich, am 21. Dezember 1969 in Italien), die ArbeiterInnenklasse endete wieder unter der Kontrolle von linken Parteien und Gewerkschaften als Motor der kapitalistischen Entwicklung. Die (meist studentischen) Revolutionäre beklagten, daß sich die ArbeiterInnen durch Lohnerhöhungen abspeisen ließen.

16 D.h. die Effektivlöhne sind um 4,2% höher gestiegen als die Tariflöhne. Die Lohndrift ist noch bis 1974 relativ hoch (1971: 2,8%, 1972: 2,8%, 1973: 2,2%, 1974: 2,6%), erst nach der ersten Ölkrise sinkt sie auf negative Werte (1975: -0,3%, 1976: -0,4%).

17 Andere Daten zur Frauenbeschäftigung beziehen sich als allgemeine Erwerbsquoten auf die ganze Bevölkerung, wo die Zahl z.B. durch die Einführung des neunten Schuljahres 1962 verzerrt ist - so hat auch die Erwerbsquote der Männer abgenommen.

18 Später gibt es eine ähnliche Überraschung über die große Zahl der Studierenden in den geisteswissenschaftlichen Fächern, wo doch die Jobchancen in anderen Bereichen größer wären. Es gibt immer ein „autonomes" Wollen der Multitude, wie wir schon bei der Unmöglichkeit der Kontrolle der Migration gesehen haben.

19 Es gibt eine Studierendenbewegung Anfang der 1960er, die aber keinen Einfluß auf die Entwicklungen 1968 hat, die Auseinandersetzungen werden in dieser Zeit von konservativen und rechten Studierenden getragen.

20 Ich kann mich noch erinnern, daß „Werbung" gegenüber KritikerInnen noch als notwendige Produktinformation verteidigt wurde. Dieses Argument würde heute niemand mehr ernst nehmen.

21 Die Architektur ist nicht „schuld" an der Auflösung der gemeinschaftlichen Strukturen, sondern sie ist eher realistischer Ausdruck der veränderten Struktur der Gesellschaft.



Gespräch mit Joachim Hirsch über Staat, Kapital, Kräfteverhältnisse, „Empire", Gramsci und Poulantzas.

(Das Gespräch wurde am 21.3.03 in Wien aufgezeichnet. Ausgangspunkt war das letzte Buch von Joachim Hirsch: „Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen", Hamburg 2002)

grundrisse: In manchen Passagen ihres Buches entsteht der Eindruck, daß das Verhältnis Staat (im engeren Sinne) und Hegemonie, das zwar als Kampffeld aufgefaßt wird, als unproblematisch und bruchlos erscheint. Damit gehen aber möglicherweise jene Einsichten verloren die aus der Analyse der Entgegensetzung Staat - Gesellschaft gewonnen werden können. In gewisser Weise ähnelt das bestimmten Interpretationen der gramscianischen Konzeption des Staates als Hegemonie gepanzert mit Zwang. Diese erscheint als konfliktförmig garantierte Artikulation verschiedener 'Funktionen' kapitalistischer Staatlichkeit und ihrer mehr oder weniger bruchlose Verknüpfung mit darüber hinausgehenden gesellschaftlichen Verhältnissen verstanden werden. Noch der kleinste Kaninchenzüchterverein wird als Teil der hegemonialen Strukturen zum Moment des bürgerlichen Staates. Da zur Hegemonie Klassenkompromisse und die Erzeugung des Konsenses der Subalternen gehören, letztere also nicht einfach Außen stehen, beginnen Linke Bewegungen/Organisationen auf einmal um Hegemonie zu kämpfen und hegemonial Projekte zu formulieren und nicht nach einem Bruch mit diesen zu suchen.

Um dieses angesprochene Problem ein wenig zu verdeutlichen, möchten wir auf zwei, damit zusammenhängende Einwände verweisen:

Erstens: Marx ist immer davon ausgegangen, daß die „emanzipatorischen Bewegungen" nur auf der Ebene der Gesellschaft entstehen und sich entwikkeln können. Selbstverständlich wird der Staat und sein Apparat auf diese Bewegungen, wie immer theoretisch sie auch gefaßt werden (Emanzipation, Klassenkampf, Befreiung usw.) darauf (zumeist uneinheitlich) reagieren. Aus dieser Verbindung und Verknüpfung kann aber nicht geschlossen werden, der Staat (im engeren Sinne) sei ein mögliches Feld emanzipatorischer Prozesse.

Zweitens: Auf Seite 125 schreiben sie: „Der These von der ‚Einbettung' ökonomischer Prozesse im Zuge der Globalisierung liegt eine falsche Entgegensetzung von ‚Staat' und ‚Markt' zugrunde, die unberücksichtigt läßt, dass Marktprozesse immer politisch begründet und gesteuert werden und der Staat nicht einfach eine außerökonomische Instanz, sondern selbst ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses ist." Unbestritten ist, daß der Staat die rechtlichen und praktisch-konkreten Rahmenbedingungen für die Kapitalakkumulation herstellt. Auch ist zu bedenken, daß etwa der österreichische Staat (und in anderen, vergleichbaren Ländern dürfte das nicht viel anders sein) rund ein Drittel des Bruttoinlandprodukts über das Budget umwälzt, als über gigantische Geldsummen verfügt, die er politisch einsetzt. Aber muß nicht die kapitalistische Produktionsweise aus sich heraus begriffen werden, wie hätte sonst Marx „Das Kapital" schreiben können, in dem er doch durchgehend von der Existenz und Wirkungsweise des Staates abstrahiert? Wir wollen allerdings nicht

verschwiegen, daß diese Frage auch innerhalb der Redaktion der „grundrisse“ durchaus offen ist. Doch auch um der Klärung willen soll hier eben jene Position nachgefragt werden, die davon ausgeht, daß - zumindest auf der logischen Analyseebene - die Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise ohne Bezug auf den Staat dargestellt und begriffen werden kann.

Joachim Hirsch: Bei der Frage der Entgegensetzung von Staat und Gesellschaft muß man davon ausgehen, dass es theoriegeschichtlich zwei ganz verschiedene Begriffe des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft gibt. Das eine ist die frühbürgerliche Entgegensetzung von Gesellschaft und Staat - Gesellschaft als Selbstorganisation der Bürger, als Ort von Demokratie - Staat als Gewaltapparat; und die zweite ist die von Gramsci mit seiner Konzeption des integralen Staates, die Staat und Gesellschaft zu einem Herrschaftszusammenhang zusammenschließt. Zwischen diesen Konzeptionen besteht ein zentraler Unterschied, weil bei Gramsci Gesellschaft nicht a priori ein Ort ist, an dem Demokratie herrscht oder entsteht, sondern Gesellschaft ist selber ein Herrschaftszusammenhang, der durch die bestehenden Verhältnisse geprägt ist und in einem bestimmten Verhältnis zum repressiven Staat steht. Das heißt, Gesellschaft ist für Gramsci der Ort, wo bürgerliche Hegemonie zunächst einmal entsteht und damit eine entscheidende Grundlage von Herrschaft darstellt. Ich selber orientiert mich stärker am Verhältnisses von Staat und Gesellschaft im Sinne von Gramsci. Das bedeutet nicht, dass Gesellschaft ein integraler und geschlossener Bestandteil des herrschenden Herrschaftsapparats ist - Gesellschaft ist sowohl ein Ausdruck von Herrschaft wie auch eine Ebene, in der Selbstorganisation und alternative Projekte sowie alternative Bewegungen entstehen können. Sie ist damit ein Kampffeld, aber eines, das nicht einfach offen ist, sondern durch die herrschenden Produktions- und Herrschaftsverhältnisse, d.h. durch Eigentumsverhältnisse, unterschiedliche Zugangschancen, soziale Ungleichheit. Gesellschaft ist natürlich immer formiert durch den stattlichen Herrschaftsapparat, über Finanzierung, Gebote, Verbote, Gesetze usw. geprägt ist.

Ich bevorzuge diesen komplexen Begriff von Gramsci, weil ich denke, dass der klassisch bürgerliche Begriff von Zivilgesellschaft das Problem mit sich bringt, Herrschaft nur im Staat verankert zu sehen. Das halte ich für eine Verkürzung.

Roland Atzmüller: Das würde aber heißen, dass Marx in den Frühschriften, in denen er von einer Entgegensetzung von Staat und Gesellschaft ausgeht, eher an einem bürgerlichen Staatsbegriff anknüpft, auch wenn er diesen kritisch wendet.

Joachim Hirsch: Ja, könnte man sagen. Ich glaube, das ist bei Marx nicht ganz so eindeutig, aber er orientiert sich stark an der Entgegensetzung von Staat und Gesellschaft - das was für seine Zeit in der Theorie beherrschend war, das färbt schon ab. Es gibt ja eine lange Diskussion über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft bei Marx, die im Grunde offen geblieben ist. Gleichzeitig muß man sehen, dass Gramsci in dieser Beziehung einfach einen Fortschritt gegenüber Marx darstellt, hinter den man nicht mehr zurückgehen sollte. Deswegen beziehe ich mich nicht direkt auf Marx, sondern eben eher auf Gramsci.

Karl Reitter: Mein Einwand ist schlicht folgender: Die grundlegende Frage ist doch, ob man nicht die bürgerliche Gesellschaft in gewissen Aspekten aus sich selbst heraus verstehen muß. Wie hätte sonst der Marx das „Kapital" schreiben können? Das „Kapital" untersucht die Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft in engem Sinne, als Sub-Institution des Gesamts der Sozialordnung und Marx arbeitet eine Eigenlogik des Kapitalverhältnisses heraus. Der Punkt ist: bei dieser Analyse abstrahiert er vom Staat. Damit ist nicht gesagt, dass die Gesellschaft der Ort der Demokratie sei, sondern nur, dass diese Eigengesetzlichkeit erkennbar und analysierbar ist. Dass man natürlich in der Realität in der empirischen Mannigfaltigkeit vom Staat nicht abstrahieren kann, ist schon richtig, aber notwendig ist sozusagen ein zwei-stufiges Begreifen. Daher nochmals mein Einwand: wenn man Staat und Gesellschaft zu sehr ineinanderschiebt und sie grundlegenden Unterschiede einebnet- wie kann man dann noch am „Kapital" anknüpfen.

Joachim Hirsch: Das ist natürlich eine ziemlich grundlegende Frage der Marx-Interpretation und betrifft den methodische Stellenwert des „Kapital". Wir haben da offenbar eine sehr unterschiedliche Position. Ich betrachte das „Kapital" als die „Anatomie" der bürgerlichen Gesellschaft, wie Marx selbst schreibt. Das heißt, er arbeitet im „Kapital" ganz abstrakt einige grundlegende Strukturelemente und Gesetzmäßigkeiten dieser Gesellschaft aus, aber er schreibt keine komplette Theorie dieser Gesellschaft. Das ist, glaube ich, die Differenz. Mein theoretischer Ausgangspunkt ist daher eher Gramsci oder Poulantzas. Man kann die bürgerliche Gesellschaft nicht verstehen ohne Staat, man kann das Kapital nicht verstehen ohne Staat, der Staat ist selbst ein Bestandteil des Kapitalverhältnisses. Das ist, wenn man so will, eine „nicht-marxistische" Position, und sie kommt bei Marx so nicht vor. Im „Kapital" erscheint der Staat an ganz interessanten Stellen, z.B. beim Geld. Da sagt Marx, er habe das Geld zunächst einmal theoretisch entwickelt. Aber er weist zugleich darauf hin, dass das Geld praktisch nur funktioniert, wenn der Staat existiert - d.h. der Staat ist selber ein Teil des realen Geldverhältnisses. Um es noch einmal zu betonen: der Staat ist selber ein Bestandteil des Kapitalverhältnisses, ohne ihn, als als reines, abstraktes, kann dieses nicht Bestand haben. Im „Kapital" tritt der Staat an einer Stelle ganz deutlich in Erscheinung, nämlich im 24. Kapitel, betitelt „ursprüngliche Akkumulation". Hier weist Marx nach, dass das Kapitalverhältnis immer auch ein „außerökonomisches" Gewaltverhältnis ist, das gewaltmäßig hergestellt wird und gewaltmäßig gesichert werden muß, während in den vorhergehenden Kapiteln von der politischen Gewalt eigentlich kaum die Rede ist. Marx spricht hier nur von der Gewalt des Kapitals und nicht von der politischen Gewalt. Ich denke, das ist seinem methodischen Vorgehen geschuldet, das man akzeptieren muss. Aber meine These ist eben; das „Kapital" ist keine umfassende Theorie der bürgerlichen Gesellschaft dasstellt.

Roland Atzmüller: Ich möchte nochmals nachfragen: in unseren Diskussionen zu dieser Thematik kamen wir unter anderem zum Ergebnis, dass es eine Lese- oder Interpretationsstreuung in der Gramsci-Rezeption geben kann, in der die Trennung des Staates von den ökonomischen Verhältnissen eigentlich aufgelöst wird, indem alles als Teil der hegemonialen Apparaturen wird. Damit geht ein kritischer Aspekt der ganzen Auseinandersetzung mit Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung verloren, das Problem der Trennung, der Besonderung des Staates verschwindet, und damit auch die Analyse von Klassenherrschaft.

Joachim Hirsch: Jetzt müssten wir auch auf die Lesarten von Gramsci in den Gramsci-Rezeptionen eingehen. Es gibt eine kulturalistische, eine bürgerliche Gramsci-Rezeption, die einen Grund auch in den Gramscischen Ansätzen selber hat. Meiner Meinung formuliert Gramsci auch keine Staatstheorie, er hat eine Hegemonietheorie; mit der spezifischen Form „Staat" beschäftigt er sich theoretisch nicht und das macht unterschiedliche Lesarten möglich. Ich sehe darin ein Problem, das bei einer kritischen Lektüre mitgedacht werden muss Was er als erweiterten Staat begreift, ist natürlich kein geschlossener Komplex, ich möchte aber zugeben, daß der Gegensatz von Staat und Gesellschaft in seiner Theorie etwas unterbelichtet bleibt.

grundrisse: Sie beziehen sich immer wieder auf den Begriff des Kräfteverhältnisses, in dem der Gegensatz der Klassen zum Ausdruck käme. Auch wenn sie den erweiterten Staatsbegriff nicht in ein Kräfteverhältnis auflösen, scheint und doch dem Begriff der Kraft eine spezifische Problematik innezuwohnen. Und zwar:

Sind Widerstand und Emanzipation nicht immer an Sinn und Bedeutung gebunden? Spielt die Dimension von Würde, sozialer Identität, Lebensentwürfen und Bedürfnissen nicht immer eine, wenn nicht die entscheidende Rolle beider Formierung und Entwicklung gesellschaftskritischen Bewegungen und oppositionellen Strömungen? Zugegeben, um den gesellschaftlichen, politischen Einfluß, die Auswirkungen erkennen, ja formulieren zu können, sind die Metaphern der Kraft unabdingbar, zumal, auch das sei zugestanden, sich es eben nicht nur um Metaphern handelt. Trotzdem existiert hier ein offensichtliches Übersetzungspro-



blem, ein Problem, das zu wenig, ja scheinbar überhaupt keine Beachtung findet. Zweitens: Auch wenn der Begriff der Kraft und der Kräfteverhältnisse als unabdingbar zu akzeptieren ist, gibt es noch das Problem des „Durchkommens“ von oppositionellen Bestrebungen. Während es vor allem in Fordismus Themen gab, die offenbar sehr leicht „durchkamen“, etwa Lohnforderungen, gab es andererseits Bedürfnisse, die systematisch verleugnet wurden und als solche in der offiziellen Welt der Institutionen, also auch innerhalb der Sozialdemokratien und der Gewerkschaften, gar nicht existierten. Sie berufen sich im hinteren Teil ihres Buches mehrmals auf Marcuses Buch, „Der eindimensionale Mensch“. Marcuse betont ja immer wieder die „Abriegelung“ innerhalb der „offiziellen“ Gesellschaft. Von den zwei unvermittelbaren Tendenzen die er am Beginn seines Werkes nennt, die „Abriegelung“, den „Ausschluß“ eben die Eindimensionalität stellt er eine zweite Tendenz, jene der Kräfte der Befreiung, entgegen. Die Kräfte der Befreiung, und das ist ja eine Pointe seines Denkens, existierten gewissermaßen nur unterirdisch, gehen in das Spiel der Kräfteverhältnisse gar nicht ein, da sie keine Form der Repräsentation finden können. An mehreren Stellen greifen sie diesen Gedanken auf. Etwa auf Seite 169 indem sie Narr/Schubert zitieren: „Ereignisse haben nicht stattgefunden, wenn nicht über sie berichtet wird.“ Auf Seite 201 verschärfen sie diesen Gedanken noch dadurch, daß sie eine abnehmende Kraft mit der Nähe zum Staat beschreiben: „Selbst Reformen, die mehr sein sollen als passive Anpassung an veränderte Verwertungsbedingungen des Kapitals, bedürften des Drucks eigenständiger und sich außerhalb der herrschenden Institutionen entfaltender Initiativen und Bewegungen, und je mehr sich diese -partei- und verbandsförmig - selbst ‚verstaatlichen’, desto mehr verlieren sie ihre Kraft.“ Besteht nicht das politische Kalkül des Postfordismus auch darin, die Verdichtung und Kondensation und Klassengegensätzen gar nicht mehr zuzulassen, was unter anderem in den - glücklicherweise gescheiterten - Versuchen abzulesen ist, Gewerkschaften und Arbeiterkammern in ihrer Funktion einfach zu unterlaufen.

Joachim Hirsch: Dass Widerstand und Emanzipation immer an Sinn und Bedeutung gebunden ist, ist selbstverständlich. Es gibt überhaupt kein menschliches Handeln, das nicht Sinn und Bedeutung zur Grundlage hat. Streiten können wir darüber, ob das immer auf solche Kürzel wie Würde und Identität zurückführbar ist. Den Bezug zu Würde und Identität halte ich ein bisschen für zu hoch gesteckt, manchmal geht es schlicht um materielle Interessen, das ist wohl Konsens. Konsens besteht auch darüber, dass der Begriff Kräfteverhältnis zumindest sehr vage ist, obwohl er sehr oft in der Literatur verwendet wird. Aber dies geschieht auf sehr unterschiedliche Weise. Die Vagheit des Begriffs kommt daher, dass er sich auf relativ komplexe Zusammenhänge bezieht. Was heißt denn eigentlich Kräfteverhältnis? Bei Poulantzas bezieht sich das es erst mal Klassenkräfte, bei Marx ist das ebenso. Das Kapital ist ein Verhältnis zwischen Klassen, also zwischen Proletariat und Bourgeoisie, und diese Klassen konstituieren sich auch in ihrem Konflikt. Die eigentliche und entscheidende Frage ist nun: was ist eigentlich „Kraft“ in diesem Verhältnis? Ich denke, das ist nicht generell bestimmbar, das hängt mit Organisation, Geschlossenheit, Ideologie, Führung zusammen, mit der Einheitlichkeit der Ziele, mit Hegemonie, also mit der Möglichkeit, die eigenen Ziele zu universalisieren, diese als allgemeingültig darzustellen. Auch in den Komplex der Sichtbarkeit, der Formen der Institutionalisierung, geht unendlich viel ein und der Kürzel Repräsentation verdeckt das eigentlich eher. In der Frage wird etwas ausgesprochen, das ich für problematisch halte, nämlich dass etwas keine Kraft sei, wenn es nicht sichtbar ist, wenn es also von der Öffentlichkeit dethematisiert wird, wenn es keine Repräsentation erlangen kann. Denken wir zum Beispiel an die jetzige Bewegung gegen den Krieg oder an die Ereignisse in Seattle und die Antiglobalisierungsproteste. Dabei gab es keine Repräsentation, es entwickelte sich aber ein Kräfteverhältnis, und sogar ein ziemlich massives, das dazu geführt hat, dass internationale Institutionen relativ stark ins Schleudern geraten sind. Man sollte also nicht an einem etablierten Begriff von Kräften festhalten und sagen: Kräfte sind das, was organisiert ist, Parteien, Gewerkschaften, Parlament, institutionalisierte Öffentlichkeit.

Es gibt durchaus Prozesse und Bewegungen, die unterhalb oder jenseits dieser Strukturen verlaufen und Wirksamkeit entfalten können. In der Tat be-

steht Herrschaft darin, das Entstehen alternativer Kräfte zu verhindern. Die herrschende politische Apparatur ist immer darauf angelegt, dass die parlamentarische Form der Repräsentation als die einzig zulässige erscheint. Aber das Entstehen alternativer Kräfte zu verhindern, gelingt nie vollständig. Kräfte sind nicht nur das, was repräsentiert wird, es sind vielfältige andere Formen von kulturellen Zusammenhängen, z.B. von intellektuellen Zirkeln, die Kräfteverhältnisse bestimmen können. Kräfte müssen nicht unbedingt die Form von politischer Repräsentation gewinnen.

Roland Atzmüller: Aber ist das Verständnis von Kräfteverhältnissen bei Poulantzas nicht noch fundamentaler konzipiert? Die Formulierung der Kräfte, die du jetzt verwendet hast, besitzt eine stark politizistische Schlagseite, das heißt, organisierte Kräfte werden vorausgesetzt. Der Clou bei Poulantzas besteht ja darin, die Widersprüchlichkeit des Klassenverhältnisses, das Kapitalverhältnisses an sich, als Kräfteverhältnis so aufzufassen, ist jenseits der Frage, ob Lohnabhängige sich schon organisieren oder nicht. Es ist ein Kräfteverhältnis einfach, weil es weil es widersprüchlich ist, weil es um die Realisierung von lebendiger Arbeit geht; und Poulantzas geht weiters davon aus, dass sich dieses Kräfteverhältnis im Staat ausdrückt und durch ihn verkörpert wird.

Joachim Hirsch: Das was als „politizistisch" bezeichnet wurde, wird dann relevant, wenn Kräfteverhältnisse verändert werden sollen. Zunächst existieren sie als Verhältnisse, aber Kampf bezieht sich ja auf ihre Verschiebung. Die Arbeiterklasse ist nicht allein deswegen eine Kraft, weil sie Arbeiterklasse ist, sondern weil sie sich organisiert, weil sie kämpft, weil sie ihre politischen Strukturen herausbildet, bestimmte Taktiken entwickelt. Dadurch wird sie zur verändernden Kraft. Daraus resultiert der „politische" Touch. Dabei fühle ich mich auch in Übereinstimmung mit Poulantzas. Aber wichtig ist natürlich, dass die Kräfte grundsätzlich da sind, sie wurzeln in der Struktur der Gesellschaft selber.

Roland Atzmüller: Beziehungsweise könnte man ergänzen, das die einzelnen Teile des widersprüchlichen Verhältnisses Lohnarbeit - Kapital im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang immer politisch konstituiert sind. Das muß nicht in Form einer radikalen Gewerkschaft geschehen, das kann auch ein Berufsverband sein, aber es in gewisser Weise bedeutete dies immer ein Formulieren von Interessen in der jeweiligen Arbeitsmarktsituation.

Joachim Hirsch: Ja, der Staat organisiert sie in irgendeiner Art und Weise, sei es in Form von Sozialstaat, von Korporatismus oder auch in Form von Faschismus und Diktatur. Es gibt verschiedene Formen, aber immer organisiert der Staat in spezifischer Weise Klassenkräfte.

Karl Reitter: Nochmals zur Repräsentation. Was ich aus der operaistischen Ecke gelernt habe, ist, dass man Widerstand nicht allein in der Form der Repräsentation denken kann, sondern auch das Unrepräsentierte, das Unrepräsentierbare beachten muß. Ist es bei Negri nicht schon fast ein Vorteil, wenn etwas nicht repräsentierbar ist? Das Problem wirft eine Menge Fragen auf: ist es eine Tugend, wenn etwas nicht repräsentierbar ist oder eine Schwäche, wenn Bewegungen sich nicht repräsentieren können? Weiters: Besteht nicht ein Kalkül der postfordistischen Verhältnisse darin, Repräsentationsformen zu unterlaufen? Wenn zum Beispiel Lohnabschlüsse nicht mehr durch die Gewerkschaft auf Kollektivvertragsbasis ausgehandelt, sondern direkt auf Betriebsebene abgeschlossen werden, wird die Gewerkschaft als repräsentative Organisation unterlaufen. Diese Entwicklung muß man nicht ausschließlich negativ einschätzen aber die Problematik ist unübersehbar.

Joachim Hirsch: Dem stimme ich zu. Man könnte es vielleicht anders formulieren: die unmittelbare Selbstbestimmung der Menschen ist nicht repräsentationsfähig - wird sie aber realisiert, ist sie eine Kraft. Es ist doch logisch: meine Selbstbestimmung kann ich nicht repräsentieren lassen - Repräsentation ist immer Delegation von Macht - die kann in bestimmten Situationen notwendig sein - Lohnarbeiter können nicht sich selbst organisieren, sonst wären sie keine Lohnarbeiter, sondern sie müssen diese Form der Repräsentation in Parteien und Gewerkschaften finden. Aber man muss aufpassen und darf Kräfteverhältnisse nicht auf Repräsentation reduzieren. Repräsentation spielt eine Rolle im Geflecht der Kräfteverhältnisse.

Die Auflösung bestimmter Repräsentationsmechanismen - das geht von der Zerschlagung der Gewerkschaften bis zur Entmachtung der Parlamente - ist natürlich sowohl Grundlage wie Resultat von veränderten Kräfteverhältnissen. Es kann aber auch passieren, dass aus einer solchen Entwicklung eine radikalere Form der politischen Interessenvertretung folgt, und damit die Kraft der Arbeiterklasse gestärkt wird. Wenn die selektiven Repräsentationsmechanismen, die im Staatsapparat präsent sind, unterlaufen werden, muss das nicht unbedingt heißen, dass die Kräfteverhältnisse zu Lasten der Unterdrückten verschoben werden. Sie können sich dann gegebenenfalls anders organisieren. Diese Entwicklung ist eine Frage der Politik und erfolgt nicht automatisch. Aber im Ausgangspunkt stimmen wir überein.

grundrisse: Sie stehen den Aussagen von Hardt und Negri in deren Arbeit „Empire“ sehr kritisch, ja ablehnend gegenüber. Einerseits scheiten es uns, als ob sie doch an einige Thesen orientieren, wird ihr Gegenkonzept nicht wirklich klar.

Folgende Punkte scheinen uns mit einigen Thesen des „Empire“ gut vereinbar. Sie sprechen vom Übergang von Militär- in Polizeiinterventionen. Polizeiaktion drückt ja nicht nur ein Kräfteverhältnis aus, sondern ist mit der These verbunden, das „Empire“ kenne kein „Außen“. Auf Seite 193 beziehen sie sich positiv auf Polanyi, der, wie sie resümierend schreiben, davon ausgeht, daß der Kapitalismus überhaupt nur existieren und sich entwickeln konnte, weil von Anfang an „soziale Gegenkräfte“ wirksam waren. Sicher, diese These ist nicht ident mit der operaistischen Auffassung, die ArbeiterInnenklasse/Multitude treibe das Kapital vor sich her, aber insofern ähnlich, als die Lebens- und Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus strukturell an „soziale Gegenkräfte“ gebunden ist. Und das ist doch etwas anders als zu sagen, die ArbeiterInnenklasse konnte partiell gewisse Interessen durchsetzen. Auf Seite 196 etwa wird die Bedeutung der immateriellen Arbeit anerkannt: „Die Auseinandersetzungen um die Produktion und Aneignung von Wissen sind damit nicht nur ein Funktionsbestandteil der postfordistischen Akkumulations- und Regulationsweise, sondern enthalten auch ein sprengendes Moment.“

Was nun ihre Kritik am „Empire“ betrifft: Sie gehen in Ihrer Charakterisierung des Staatensystems und der internationalen Regulation methodisch von den einzelnen Nationalstaaten aus. Der globale Kapitalismus sei „eine Verknüpfung voneinander abhängender einzelstaatlichen Akkumulationsregimes und Regulationsweisen“. In diesen Zusammenhang lehnen Sie auch die klassische Imperialismustheorie ab und beschreiben das Verhältnis Zentrum - Peripherie als veränderliches Netzwerk gegensätzlicher und verbundener staatlicher Einheiten. Hier scheint es also als ob Sie den Begriff des Imperialismus, wie er in der linken und kommunistischen Bewegung verwendet wurde und wird, ablehnen. (S 75-76). Andererseits kritisieren Sie Negri/Hardt mit den Worten: „Statt über ein aus diffusen politisch-ökonomischen Netzwerken bestehendes ‚Empire' zu spekulieren, sollte also besser von einer grundlegenden Neustrukturierung imperialistischer Herrschaftsverhältnisse geredet werden, in denen die konkurrierenden Staaten als Gewaltapparate eine entscheidende Rolle spielen.“ Dieser letzte Passage scheint doch im völligen Einklang mit klassischen Imperialismustheorien zu stehen. (S 148) Sehen sie wieder eine zunehmende Bedeutung der klassischen Imperialismuskonzepte? Ist es nicht zunehmend so, daß man die globalen Strukturen zum Ausgangspunkt der Analyse machen muß und daraus erst die Rolle der staatlichen und anderer „staatlicher“ Formen - sie nennen das „Internationalisierung der Staates“ - ableiten sollte? Verliert man nicht durch den Versuch wie in der fordistischen Periode vom Nationalstaat ausgehend die internationale Ordnung zu begreifen gerade das neue an der Situation aus den Augen? In vielen Details scheinen sie mit Einschätzungen, die in Negri/Hardt getroffen werden, übereinzustimmen andererseits polemisieren sie an einer Reihe von Stellen mit den Konzepten aus Empire, indem sie z.B. deren Relativierung der Bedeutung des Nationalstaates als Behauptung der simplen Verschmelzen von Staat und internationalen Kapital hinstellen. (S 122) Uns scheint doch der interessante Gedanke der Überlegungen im „Empire“ nicht in den deskriptiven Positionierung der Staaten und anderer Formen in der „Pyramide“ zu liegen: Wesentlich für die Konzeption des Empires ist, dass der klassische Imperialismus mit der rigiden Hierarchisierung der Beziehungen zwischen Kolonialmacht und Kolonie, die Eingrenzung der Welt (das Einfärben der Weltlandkarte) mit der Tendenz des Kapitals zur Überwindung aller Grenzen im Widerspruch steht. Dieser Widerspruch tritt auf, weil es nach der Eroberung der Erde kein Außen mehr gibt. Für Negri/Hardt ist die US Form

der Weltbeherrschung (die US Verfassung ist ja Vorbild) eben nicht Imperialismus sondern Empire, weil er die starren Verhältnisse des klassischen Imperialismus auflöst, die Landkarte nicht mehr „einfärbt“ sondern die ganze Welt tendenziell zum offenen Feld für das internationale Kapital macht. Diese Nichtrigidität konstatieren sie ja ebenfalls, wie oben beschrieben. Gerade weil uns eine Vielzahl von Beschreibungen, die sie machen, detaillierter und genauer erscheinen als die oft sehr metaphorischen und anfechtbaren Details der „Empire“, hätten wir uns eine das „Empire“ ernst nehmende Kritik von Ihnen gewünscht - ähnlich tiefgehend wie ihre Besprechung des letzen Buches von Holloway.

Joachim Hirsch: Ich fange damit an, warum ich das Hardt/Negri-Buch nicht kritisiere und das Holloway-Buch schon:. Das hat einen einfachen Grund: das Hardt/Negri-Buch ist inzwischen ausgiebig kritisiert worden, das muss man nicht ständig wiederholen. Das Buch von Holloway ist neu - übrigens bin ich mit ihm befreundet und wir haben eine lange Geschichte von theoretischen Differenzen. Mein Verhältnis zu Hardt/Negri ist relativ einfach - ich halte das Buch für theoretisch verfehlt, wirklich grundsätzlich verfehlt. Da wir jedoch die gleiche Welt anschauen, kann es durchaus sein, daß wir in einzelnen Punkten zu gemeinsamen Feststellungen kommen. Diese habe ich allerdings nicht aus „Empire“ übernommen. Das Buch hab ich erst kürzlich gelesen.

Ich denke, dass in der Tat das Imperialismusthema in diesem Zusammenhang deutlich macht, wo die Unterschiede liegen. Die Äußerung, dass die ganze Welt tendenziell zum offenen Feld für das internationale Kapital wird, die hat ja genauso gut für das 19. Jahrhundert gegolten. Ich frage mich, was an dieser These neu sein soll. Seit der Kapitalismus existiert, ist er ein globales System, nur für eine kurze Zeit unterbrochen durch die russische Revolution, aber sonst immer. Und die Frage ist nicht so sehr, ob wir einen Imperialismus haben, sondern welche Gestalt er annimmt. Meine theoretische Position ist, daß der Kapitalismus sich nur in der staatlichen politischen Form reproduzieren kann - das ist mein wichtiger Punkt und eine entscheidende Differenz zu Negri/Hardt. Was die politische Spaltung der Welt betrifft, dass der Kapitalismus auf internationale Ungleichheitsverhältnisse, auf Peripherisierung, auf ungleiche Entwicklung gegründet ist; das alles beschreibt schon Lenin ganz richtig. Es ist ein Grundmerkmal des Kapitalismus, dass er nie die Gestalt eines homogenen, weltumspannend gleichen Verhältnisses annimmt, sondern immer ungleich, gespalten, konflikthaft bleiben wird. Nur die Art und Weise, mit der sich das herauskristallisiert, das ändert sich mit der historischen Gestalt des Kapitalismus und mit der historischen Gestalt der Staaten und des Staatensystems. Und da gibt es jetzt wirklich einen Unterschied: ich denke, dass die Imperialismusanalysen von Lenin, Luxemburg, Hilferding usw. in ihrer eher beschreibenden Art und Weise für heute nicht mehr ausreichen. Aber trotzdem sollten wir von Imperialismus reden; wir müssen nur genau sagen, wie sich dieser heute konkret ausprägt. Dafür gibt es ein paar Hinweise; erstens ist der heutige Imperialismus nicht mehr kolonialistisch, das hängt mit der unterschiedlichen Form der Produktion und der Realisierung von Mehrwert zusammen. Es ist heute nützlicher und der Entwicklung der Produktivkräfte und der Vergesellschaftungsverhältnisse adäquater, Märkte und nicht politische-territoriale Einheiten zu erobern.



Bernhard Dorfer: Oder Märkte abzuschließen, das war ja der Sinn des Kolonialismus.

Joachim Hirsch: : Das passiert ja heute in anderer Form wieder. Natürlich ist die EU auch ein protektionistischer Zusammenschluss, aber nicht mehr eine nationalstaatliche, die NAFTA genauso. Wenn z.B. Bush den Irak angreift, dann nicht deshalb, um den Irak zu einer Kolonie im formellen Sinne zu machen, sondern um eine gefügige Regierung einzusetzen, das reicht unter den heutigen Bedingungen, um die dominierenden ökonomischen Interessen zu befriedigen. Wir leben in einer nachkolonialen Zeit, in einer Zeit, in der formell selbständige Regierungen ein besseres Herrschaftsinstrument darstellen und in der Kolonien nur mehr einen Restbestand bilden. Das bedeutet aber nicht, dass der Imperialismus nicht mehr besteht - diese Frage ist im Übrigen in der Neokolonialismusdebatte eigentlich schon längst abgehandelt worden.



In einem weiteren Punkt hat sich der Imperialismus stark verändert. Aufgrund der militärtechnischen

Entwicklungen und insbesondere der Position der USA nach dem Fall der SU sind innerimperialistische Militärkonflikte nicht mehr direkt möglich. Was nicht heißt , dass nicht kriegerische Konflikte stattfinden - siehe Afghanistan, Balkan, Afrika. Diese Kriege waren immer auch imperialistische Kriege, Kriege, in denen Konflikte zwischen den kapitalistischen Metropolen eine wesenliche Rolle gespielt haben, aber sie werden nicht mehr als direkte Kriege zwischen diesen geführt und können das auch nicht mehr. Das mag sich durchaus wieder ändern, aber im Moment ist es so. Kurz gefasst: ich glaube, dass der Imperialismusbegriff nicht verabschiedet werden sollte, weil er dem Kapitalismusbegriff inhärent ist, aber gleichzeitig ist zu bedenken, dass der Imperialismus historisch sehr unterschiedliche Formen annimmt und damit auch sehr unterschiedliche Dynamiken und Konfliktmomente beinhaltet.

Bernhard Dorfer: Für mich wurden jetzt zwei ganz zentrale Punkte der Imperialismustheorie angesprochen. Der erste Punkt betrifft ein wesentliches Moment des Kolonialismus, nämlich die Abschließung. Lenin hebt in seiner Imperialismustheorie darauf ab, daß in der Peripherie abgeschlossene Gebiete geschaffen wurden, die sich exklusive in der Hand einer imperialistischen Macht befanden. Jetzt zu sagen, das habe sich gegenwärtig halt stark verändert und sei daher als Neokolonialismus zu bezeichnen- so kann man mit dem Leninschen Imperialismusbegriff nicht umgehen, weil in der Leninschen Imperialismusanalyse die Abschließung der Gebiete einen zentraler Punkt darstellt. Und die Kontinuität in der Tatsache zu sehen, daß es damals wie heute entwickelte Zonen gibt und in Unterentwicklung gehaltene Zonen, geht an dem Punkt der Abschließung vorbei.

Der zweite Punkt betrifft die Form der Konkurrenz. Gegenwärtig wird die innerimperialistische Rivalität auf der ökonomischen Ebene ausgetragen, wobei zweifellos unterschiedliche Engagements, sei es am Balkan, sei es im Irak zu beobachten sind. Aber keineswegs aktuell ist die Situation, aus der heraus die Leninsche Imperialismusanalyse geschrieben worden ist und worauf sie wieder hinprojiziert wurde, nämlich, dass es da zwischen den imperialistischen Blöcken akut und in absehbarer Zeit zu Konflikten kommt. Somit sind zwei Essentials der Leninschen Imperialismustheorie weggefallen, das Prinzip des Abschlusses und der offene, militärische Konflikt. Wenn die zwei zentralen Sachen wegfallen und nur mehr bleibt: Kapitalismus hat entwickelte und in Unterentwicklung gehaltene Zonen und über diese zwei Momente locker darüber hinweggegangen wird, und wir einfach salopp von „Neokolonialismus“ und „neuen Formen“ sprechen, steht der Imperialismusbegriff insgesamt zur Debatte.

Joachim Hirsch: Wenn man das ganz stark machen will und nur die Leninsche Konzeption als Imperialismus bezeichnet, dann sollte man den Begriff verabschieden, das ist richtig, in der Weise existiert der Imperialismus nicht mehr. Es ist vielleicht eine eher praktische Frage, ob man einen Begriff weiter behält, aber sie hat in diesem Falle politische Implikationen. Politisch ist der Begriff deshalb wichtig, weil in dem ganzen Globalisierungsgerede, auch von der Linken und auch von Hardt/Negri oft so getan wurde, als würde sich die Welt unter einem Prinzip vereinheitlichen, und das ist falsch. Es gibt kein einheitliches „Empire“, sondern immer noch Metropolen und Peripherien, ökonomisch-politische Abhängigkeitsverhältnisse, den Gegensatz von Reich und Arm, von Wohlstand und Verelendung, also alle die Fragmentierungen, die die Grundlage permanenter internationaler Konflikte sind. Man muss auch sehen, dass es in der Logik des Kapitals liegt, diese Ungleichheiten immer wieder zu reproduzieren. Das ist der Grund, weshalb ich am Imperialismusbegriff gerne festhalten würde, weil er sozusagen das, was Lenin klar begriffen, allerdings analytisch noch etwas unzureichend begründet hat, festhält. Man sollte ihn als analytischen, theoretischen Begriff stark machen, nicht als historisch-deskriptiven.

grundrisse: Es sind ungefähr 20 Jahre vergangen seitdem sie programmatisch - nach den Erfahrungen der Debatten der 70er Jahre - eine ‚Reformulierung' der Staatstheorie als Ziel formuliert haben. Ein Teil dieser Reformulierungsstrategie war auch die „Anwendung“/Erprobung des an Marx orientierten staatstheoretischen Analyseinstrumentariums auf konkrete Formen des kapitalistischen Staates. In ihren Arbeiten ergibt dies eine Abfolge der begrifflichen Verdichtung konkreter kapitalistischer Staatsmodelle vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. (Dazwischen



liegt wenn mensch so will, das „Neue Gesicht des Kapitalismus ohne Alternative“) Welche theoretischen und konzeptionellen Fortschritte scheinen ihnen für die Entwicklung der staatstheoretischen Debatte in dieser Zeit zentral? Inwiefern sind sie geeignet die gegenwärtigen Dynamiken kapitalistischer Staatlichkeit zu analysieren. In welchem Verhältnis stehen sie zu Fragen konkreter emanzipatorischer Politik/Praxis?

Anders ausgedrückt, was bedeuten die in der Begrifflichkeit des nationalen Wettbewerbsstaates angedeuteten Veränderungen für die Konzeption eines „radikalen Reformismus“? Letzterer schien (schon in ihrer Diskussion aus dem Jahre 1990) und scheint stark behaftet von den Erfahrungen der Durchstaatlichung der Gesellschaft und Integration der Widersprüche, wie sie neue Produktions- und Lebensformen geschaffen werden. Im nationalen Wettbewerbsstaat aber ist - bspw. unter dem Schlagwort Rückzug des Staates - die Schaffung von Produktions- und Lebensformen jenseits der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung auch politisches Programm und Kampffeld. Zivilgesellschaft, Empowerment, Eigenverantwortung, Netzwerke sind Herrschaftstechnologien geworden. Nützen Staat und Kapital vereinfacht gesprochen die Chancen, die ihnen die Krise des Fordismus und die Angriffe auf den ‚sozialdemokratischen Konsens’ geboten haben, um auch die bürokratischen und etatistisch-disziplinären Formen etwa von Sozialpolitik und Gemeineigentum zurückzudrehen? Oder ist davon auszugehen, dass der Fordismus und seine Krise als Grundlage der soziökonomischen und gesellschaftspolitischen Veränderungen der letzten Jahre, auch zu einer Reorganisation der gesellschaftlichen Kampffelder und Konfliktlinien geführt haben?

Joachim Hirsch: Zur theoretischen Entwicklung ist zu sagen: ich komme ja ursprünglich von der sogenannten Staatsableitungsdebatte her, die sich inzwischen eines etwas zweifelhaften Rufs erfreut. Ich halte dieses theoretische Konzept jedoch für äußerst wichtig, weil dabei versucht wurde, auf Basis der Marxschen Theorie und ihrer grundlegenden Kategorien eine Analyse der politischen Form der bürgerlichen Gesellschaft zu erarbeiten. Der Irrtum bestand lange Zeit darin, Staatstheorie mit der Theorie der politischen Form zu verwechseln. Theorie der politischen Form ist nicht Staatstheorie, genauso wie die Theorie der Wertformen noch keine Geldtheorie ist. Für mich hat das bedeutet, mir sukzessive Theoriebestandteile anzueignen, die es ermöglichen, auf die Ebene der konkreten Staatsanalyse zu kommen. Das fing an mit Poulantzas. Poulantzas hat auf mich einen ziemlich großen Einfluss ausgeübt und über ihn bin ich auf Gramsci gekommen. Dann kam die Regulationstheorie, die ebenfalls ziemlich wichtig war, Foucault, und schließlich die internationale politische Ökonomie. Diese ist als eigene Disziplin relativ neu, was sicher mit der Entwicklung der Welt im Zeitalter der „Globalisierung“ zusammenhängt; nach 1990 mußte man einfach internationale politische Ökonomie machen. Die Logik hinter dieser theoretischen Entwicklung ist, sich sozusagen an die Realität der politischen Verhältnisse immer weiter anzunähern, also von der abstrakten Analyse der politischen Form zur Realität des Staates und der Staatenwelt und der Rezeption von Theorien, die das eher ermöglichen, vorzudringen.

Radikaler Reformismus: da hat sich am Konzept eigentlich wenig grundsätzlich geändert; ich gebe aber zu, dass es in den 80er Jahre noch sehr stark nationalstaatlich eingegrenzt war. Heutzutage müsste man einiges anders formulieren und dann ergeben sich natürlich neue Probleme. Eine wichtige Frage ist, wie sich das, was man als neue internationale Bewegungen bezeichnen kann, zu den nationalstaatlichen politischen Räumen und Formen verhält. Ich vertrete allerdings die These, dass man von einer von national-staatlichen Kontexten abgelösten internationalen Bewegung nicht sprechen kann. Es sind immer lokale, regionale und nationale Kräfte, die sich in bestimmten Punkten und Phasen international verdichten. Wenn man von den Kräfteverhältnissen ausgeht, also die Kraft einer internationalen Protestbewegung bestimmen will, so hängt diese sehr stark von ihrer Verankerung in der nationalen Gesellschaften ab. Der nationalstaatliche Rahmen bleibt ein wichtiger Bezugspunkt. Trotzdem muss man betonen, dass eine Politik des radikalen Reformismus - und dies habe ich schon den ersten Konzeptionen betont - sich nicht auf die nationale Ebene beschränken kann. Doch dieses Problem und diese Herausforderung habe ich in meinem neuen Buch („Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen“) noch sehr kursorisch behandelt.

Wir danken für das Gespräch!



Eveline Wollner: Ausländer/innenbeschäftigungspolitik und Migration. Zur Rolle des österreichischen Gewerkschaftsbundes und zur Bedeutung von Migration aus Weltsystemperspektive.

Der folgende Artikel gibt einen Überblick über die politischen Auseinandersetzungen, die Anfang der 1960er Jahre am Beginn der Ausländerbeschäftigung in Österreich standen. Daran anschließend werden beispielhaft Bestimmungselemente der gewerkschaftlichen Haltung zur Ausländerbeschäftigung aufgezeigt. Abschließend wird die Bedeutung von Migration aus Weltsystemperspektive zur Interpretation der möglichen Ursachen dieser gewerkschaftlichen Grundhaltung skizziert.

1. Die historische Entwicklung: Ausländer/innen als Tauschobjekt und Manövriermasse der Sozialpartner

In den Jahren 1960 und 1961 fanden in Österreich maßgebliche Veränderungen im Bereich der Ausländerbeschäftigung statt. Ausgelöst wurden diese Veränderungen durch den Wunsch, mehr ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen, gleichzeitig aber sollte der Zugang dieser Arbeitskräfte zum österreichischen Arbeitsmarkt staatlich gesteuert und geregelt sein. Vor diesem Hintergrund begannen zwischen dem österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) und der Bundeswirtschaftskammer Verhandlungen über ein Ausländerbeschäftigungsgesetz. Diese Bemühungen schlugen jedoch fehl, das Gesetz kam nicht zustande.

Statt dessen einigten sich der ÖGB und die Bundeswirtschaftskammer im Anschluss an das Raab-Olah-Abkommen von 1961 auf die sogenannte Kontingentvereinbarung. Sie wurde 1962 erstmals wirksam und regelte die Ausländerbeschäftigung bis zum Inkrafttreten des Ausländerbeschäftigungsgesetz 1976. Weiterhin aufrecht blieb daneben die Verordnung über die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte aus dem Jahr 1933. Sie wurde seit 1960 durch Erlässe modifiziert und galt ab diesem Zeitpunkt als Einzelgenehmigungsverfahren.

Die Kontingentvereinbarung bedeutete nun folgendes: nach Branchen gegliederte Kontingente für ausländische Arbeitskräfte, der Umfang der Kontingente wird von den Sozialpartnern jedes Jahr neu verhandelt und für die Ausländerbeschäftigung im Rahmen der einmal festgelegten Kontingente muss die Lage des Arbeitsmarktes nicht mehr geprüft werden. Für jede/n darüber hinaus zu beschäftigende/n Ausländer/in im Rahmen des Einzelgenehmigungsverfahrens blieb die Prüfung des Arbeitsmarktes jedoch aufrecht.

In diesem Sinne ermöglichte die Kontingentvereinbarung zum einen eine erweiterte Ausländerbeschäftigung, zum anderen konnte durch restriktive Vorschriften der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt jederzeit beschränkt werden.[1]

Die Interessenskonstellationen der Akteure und die politische Auseinandersetzung im Feld der Arbeitsmarktpolitik

Zum Verständnis der Rolle des ÖGB bei der Gestaltung und Modifizierung der Ausländer/innenbeschäftigungspolitik in Österreich ist es notwendig, einen Blick auf die politischen Akteur/e/innen, ihre Interessenspositionen und -konstellationen, auf die Formen ihrer Interaktionen sowie auf die politische Arena selbst zu werfen.[2] Thematisch wird Ausländer/innenbeschäftigungspolitik dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik zugeordnet, wobei die Arbeitsmarktpolitik ihrerseits als Teilbereich der Sozialpolitik gilt.[3] Zu den politischen Akteuren zählten zu Beginn der 1960er Jahre die Interessensvertretungen der Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen sowie das Bundesministerium für soziale Verwaltung .[4]

Die Form der Zusammenarbeit zwischen den genannten Akteuren[5] bildete einen zentralen Bestimmungsfaktor für die Gestaltung der Arbeitsmarkt- und der Ausländerbeschäftigungspolitik. Gleichzeitig zu institutionalisierten Interaktionen in Beiräten oder Kommissionen war die informelle Praxis der Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung. Diese informelle Kooperation kam bei der arbeitsmarktpolitischen Gesetzgebung[6] generell zur Anwendung,[7] kennzeichnete jedoch die Verhandlungen über die Ausländerbeschäftigung in besonderem Maße und spielte beim Zusammenwirken von Bundesministerium für soziale Verwaltung und Arbeitnehmerinteressensvertretungen eine besondere Rolle.[8]

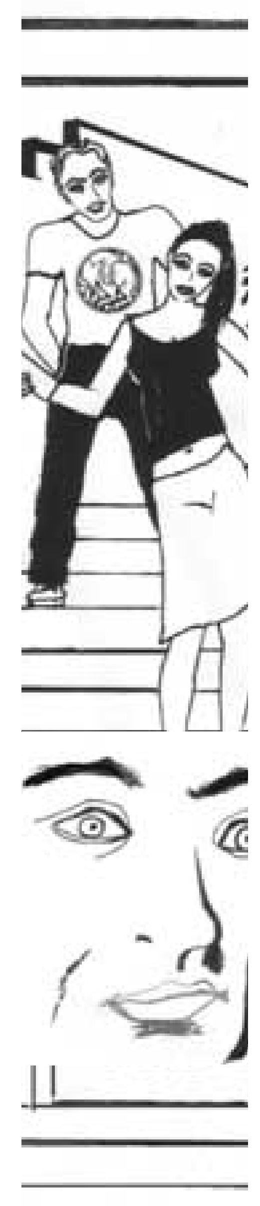
Das Politikfeld Arbeitsmarkt war zwischen Mitte der 1950er Jahre und Mitte der 1960er Jahre die Arena heftiger Auseinandersetzungen zwischen den Interessensvertretungen. Die Auseinandersetzungen kreisten dabei um die Standpunkte liberal versus reguliert. Während die Bundeswirtschaftskammer eine liberale Arbeitsmarktpolitik ohne Einfluss und Mitsprache des ÖGB anstrebte, versuchte dieser seinen Wunsch nach einem staatlich-regulierten Modell auf dem Wege einer engen Kooperation mit dem sozialdemokratisch geleiteten Bundesministerium für soziale Verwaltung sowie durch die Etablierung einer korporatistischen Politik zu realisieren. Diese Positionen bestimmten auch den Werdegang der Gestaltung der Ausländerbeschäftigung.

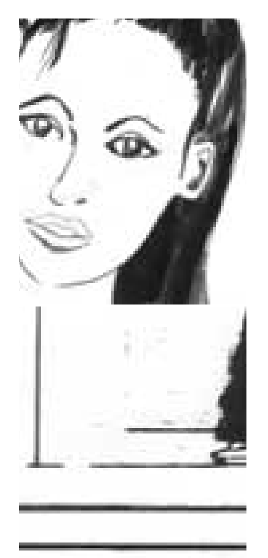
Die Auseinandersetzung um die arbeitsmarktpolitische Gestaltung kennzeichnete maßgeblich den Prozess der Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft. Die Zulassung von ausländischen Arbeitskräften im Rahmen des Raab-Olah-Abkommens erfolgte im Abtausch gegen die Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb der Paritätischen Kommission und bildete mithin einen Bestandteil der Intensivierung der Kooperation zwischen den Interessensvertretungen.[9]

Die kontroversiellen Forderungen der Interessensvertretungen bezüglich der wirtschaftspolitischen Ausrichtung des Arbeitsmarktes fanden ihre Entsprechung in Vorstößen zur Schaffung eines Arbeitsvermittlungsgesetzes[10] in Verbindung mit Forderungen nach einer „aktiven Arbeitsmarktpolitik“,[11] die von der Arbeitnehmervertretung ausgingen. Der ÖGB verfolgte dabei die Absicht einer Kopplung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Ausländerbeschäftigung.

Auf dem Weg zur Kontingentvereinbarung

Die Integration Österreichs in das fordistische Akkumulationsmodell nach dem zweiten Weltkrieg[12] trug mit dazu bei, dass die Ausweitung der Produktion durch den Ende der 1950er Anfang der 1960er Jahre auftretenden Arbeitskräftemangel sowie durch den daraus resultierenden Druck die Löhne in den Niedriglohnbranchen erhöhen zu müssen, gefährdet schien.[13] Vor diesem Hintergrund verlangte die Bundeswirtschaftskammer bereits seit Mitte der 1950er Jahre eine Ausweitung der Beschäftigung durch die Zulassung von Ausländern.[14] Der ÖGB - im Verbund mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung und den Landesarbeitsämtern[15] - leistete gegen dieses Bestreben bis Anfang der 1960er Jahre heftigen Widerstand und setzte ab diesem Zeitpunkt alternativ auf die Mobilisierung und den `Schutz` der nationalen Arbeitskraftreserve: Personen aus der Land-





und Forstwirtschaft, sogenannte schwer vermittelbare Personen sowie von Saisonarbeitslosigkeit Betroffene sollten durch ein Bündel von Maßnahmen[16] aktiviert und dadurch in den Arbeitsprozess (re)integriert werden. Doch schließlich kam die Forderung nach ausländischen Arbeitskräften auch aus den eigenen Reihen des ÖGB: Der Bau- und Holzgewerkschaft und der Tourismusgewerkschaft. Daraufhin legt der ÖGB - gegen den Willen der Bundeswirtschaftskammer - im Frühjahr 1961 Saisonkontingente für die beiden Bereiche fest.[17] Mittels Saisonarbeitskräften und der Idee, jährlich Kontingente je Branche festzusetzen - der zentralen Vorstellung, die der ÖGB auch in den mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung gemeinsam erarbeiteten ersten Gesetzesentwurf von 1960 einbrachte[18] - beabsichtigte der ÖGB die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte im je spezifischen Bedarfsfall. Diese Pläne zur Ausgestaltung der Ausländerbeschäftigung verweisen aber auch auf die grundsätzliche Bereitschaft der Gewerkschaft Maßnahmen zur Ausweitung des Arbeitskräftepotentials dann mitzutragen, wenn dies konjunkturell erforderlich schien und einen Beitrag zur Sicherung der Profitraten leistete.

Die Bundeswirtschaftskammer wünschte also einen möglichst einfachen und flexiblen Zugang zu ausländischer Arbeitskraft, der ÖGB ein an der Schweizer Praxis orientiertes restriktiv zu Hand habendes Rotationsmodell, das gesetzlich regelt, dass „die ausländischen Hilfskräfte nach Ende der Saison auch wirklich das Land verlassen.“[19] Bereits hier wird deutlich, dass der ÖGB an einer dauerhaften Verankerung ausländischer Arbeitnehmer im österreichischen Arbeitsmarkt keinerlei Interesse hatte.

Beiden Positionen stand jedoch bis zu den Neuregelungen Anfang der 1960er Jahre die Verordnung über die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte aus dem Jahr 1933 entgegen, die die legistische Grundlage der Ausländerbeschäftigung bildete. Gemäß der Verordnung musste nämlich für jeden Ausländer ein überaus kompliziertes Anwerbeverfahren durchgeführt werden. Sie war 1945 mittels Rechtsüberleitungsgesetz ins österreichische Recht übernommen und durch 3 Erlässe (1946, 1948 und 1951) modifiziert worden.[20]

Im Dezember 1959 hob der Verfassungsgerichtshof die drei Erlässe auf[21] und nahm dies zum Anlass, den Gesetzgeber aufzufordern, ein neues Ausländerbeschäftigungsgesetz zu schaffen. In enger und informeller Kooperation wurde das Gesetz vom Bundesministerium für soziale Verwaltung und den Arbeitnehmer/innen/interessensvertretungen ausgearbeitet.[22]

Was waren nun die Gründe für das Scheitern der Verhandlungen über ein neues Ausländerbeschäftigungsgesetz Anfang der 1960er Jahre? Der ÖGB wollte das Ausländerbeschäftigungsgesetz als Teil einer arbeitsmarktpolitisch integrierten und sozialpartnerschaftlich-regulierten Arbeitsmarktpolitik sehen. Er forderte z.B., dass für den Arbeitgeber im Rahmen des geplanten Gesetzes bei Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung auch die Verpflichtung bestehen könnte, Inländer anzulernen oder inländische Nachwuchskräfte auszubilden,[23] sodass „eigene Arbeitskraft keinen Schaden erleide.“[24] Das mittelfristige Ziel hieß also: Substitution von Ausländern durch Inländer. Zudem wünschte der ÖGB die Interessensvertretungen als Entscheidungsträger für die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte und begründete dies mit dem Hinweis auf die Tradition der paritätischen Zusammenarbeit seit 1946 in diesem Bereich.[25] Die Bundeswirtschaftskammer kritisierte sämtliche Maßnahmen, die einen liberalisierten und flexiblen Einsatz ausländischer Arbeitnehmer/innen beschränkten. Politisch lehnte sie die Mitsprache der Gewerkschaften in der Frage der Ausländerbeschäftigung strikt ab und begründete dies mit ihrer Forderung nach Wirtschaftsliberalismus auch im Bereich des Arbeitsmarktes.[26]

Nachdem das angestrebte Gesetz nicht zustande gekommen war und der Ruf der Wirtschaft nach flexibler Arbeitskraft immer lauter wurde, trafen im September 1961 der damalige Gewerkschaftspräsident Olah und der Bundeswirtschaftskammerpräsident Raab die Vereinbarung, im folgenden Jahr

47.000 ausländische Arbeitskräfte im Rahmen von Kontingenten auf den österreichischen Arbeitsmarkt zuzulassen. Die Konjunkturentwicklung auf dem Arbeitsmarkt hatte den Wert dieser ausländischen Arbeitskräfte als politisches Tauschobjekt zwischen ÖGB und Bundeswirtschaftskammer beträchtlich steigen lassen. Für das Ja des ÖGB zur Zustimmung zu einer erweiterten Ausländerbeschäftigung gab die Bundeswirtschaftskammer grünes Licht für eine Intensivierung der Zusammenarbeit in der Paritätischen Kommission, konkret die Zustimmung zu einem Unterausschuss für Lohnfragen. Die Bundeswirtschaftskammer zahlte für die Zulassung der Ausländer keinen kleinen Preis, hatte sie doch die Paritätische Kommission lediglich als „kurzfristige Notmaßnahme"[27] angesehen und stets ihre weitgehende Etablierung gefürchtet. Aber auch der ÖGB hatte kein schlechtes Geschäft gemacht. Zum einen hatte er sein politisches Ziel, die Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft, nahezu erreicht, zum anderen war es ihm gelungen, in den Verhandlungen über die Kontingentvereinbarung für ihn zentrale Forderungen durchzusetzen. Zu den wichtigsten zählten restriktive Vorschriften über die Einreise und den Aufenthalt von ausländischen Arbeitskräften und damit die kurz- und langfristige, jederzeitige Kontrolle des Zugangs zum österreichischen Arbeitsmarkt sowie die Fixierung der Diskriminierung ausländischer Arbeitskräfte gegenüber Inländern. Angemerkt sei an dieser Stelle, dass letzteres Ziel auch mit den Interessen der Bundeswirtschaftskammer übereinstimmte.

Im Folgenden wird beispielhaft gezeigt, warum davon ausgegangen werden kann, dass es sich bei der dargestellten Haltung des ÖGB nicht um eine Eintagsfliege, sondern um spezifische Elemente in der gewerkschaftlichen Haltung zur Ausländerbeschäftigung handelt, die ungeachtet bedeutender historischer Veränderungen in verschiedenen konkreten Politikformen zu beobachten sind.

2. Bestimmungselemente gewerkschaftlicher Ausländer/innen/beschäftigungspolitik[28] im politischen Wandel: Ausgrenzungs- und Abwertungsbestrebungen

Eine zentrale Frage, die der Gestaltung sämtlicher Regelwerke zur Ausländer/innen/beschäftigungspolitik zugrunde zu liegen scheint, fokussiert die Stärke der Elastizität von Einschluss und Ausschluss, also den Charakter der Wirkungsweise, der diese Instrumente prägt.[29] Stellte z.B. die Kontingentvereinbarung gegenüber den bis zu ihrem Inkraftreten gültigen Bestimmungen eine Erweiterung der Möglichkeiten der Ausländerbeschäftigung dar, so wirken die gegenwärtigen Instrumente zum einen abschottend gegenüber Flüchtlingen und illegalen Migrant/en/innen, zum anderen ermöglichen sie einen kurzfristigen, konjunkturabhängigen Einsatz von ausländischer Arbeitskraft wie auch deren Ausgliederung aus dem Arbeitsmarkt. Die Ausgestaltung des Einschluss/Ausschluss-Gedankens wird maßgeblich durch die kurz- und mittelfristigen ökonomischen Entwicklungen bestimmt und zielt zum einen darauf, welche konkreten Funktionen ausländische Arbeitskraft annehmen kann und soll, zum anderen gewährleistet sie gleichermaßen die grundsätzliche Funktion ausländischer Arbeitskraft: die Optimierung der Anpassung des Faktors Arbeit an die sich wandelnden Bedingungen der Kapitalakkumulation.

Die gewerkschaftlichen Bestrebungen bei der Gestaltung der Regelwerke und Gesetze zur Ausländer/innen/beschäftigungspolitik konkretisierten sich auch entlang eben dieser Fragestellung. Die Gewerkschaften sahen es dabei als ihre Aufgabe an, jene Teile der Arbeitnehmer/innen, die innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen und versehen mit der zugehörigen Staatsbürgerschaft arbeiteten, gegenüber den anderen Teilen der Arbeitnehmer/innen, den ausländischen Arbeitskräften gleichsam in den Rang von Arbeitnehmer/innen „erster Klasse" zu erheben.

Diese nationalstaatsbezogene und den kapitalistischen Verwertungsbedingungen angepasste Interessensvertretungspolitik für inländische Arbeitskräfte, bedeutete in ihren Konsequenzen eine Vertiefung der gewachsenen, historischen Ungleichheit[30] zwischen ansässigen und mobilisierten Arbeitnehmer/innen. Dies konkretisiert sich nun zum einen in Bestrebungen ausländischen Arbeitskräften nur bedingt Zugang zum inländischen Arbeitsmarkt zu gewähren, zum anderen bedeuten die unterschiedlichen Funktionen der ausländischen Arbeitskraft auch deren Abwertung. Der erste Aspekt wird in Forderungen zur Regelung und Beschränkung des Arbeitsmarktes[31] ebenso deutlich wie in gegenwärtigen Wünschen nach „einem geordneten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt (...) im Zuge der EU-Erweiterung"[32] die „nicht zu Lasten der ArbeitnehmerInnen ausfallen"[33] dürfe. Zustimmungen zu einer Ausweitung der Ausländerbeschäftigung scheinen mit der Durchsetzung von Eigeninteressen sowie mit vermuteten akzeptablen Auswirkungen auf die inländischen Arbeitskräfte verbunden. So fungierten beispielsweise die ausländischen Arbeitskräfte der 1960er Jahre als Förderinstrument für die soziale Aufwärtsmobilität der Inländer/innen. Der zweite Aspekt ist durch die spezifischen und historisch unterschiedlichen Funktionen gekennzeichnet, die

mobilisierte Arbeitskraft annahm und annimmt wie beispielsweise die der mobilen Reservearmee oder die des Konjunkturpuffers.

Die folgenden Beispiele dienen der Darstellung der Ausgrenzungs- und Abwertungsbestrebungen in ihrem Wandel, konkretisiert in den sich verändernden Funktionen der ausländischen Arbeitskraft.

Bereits während der 1. Republik hatten die sozialistischen Freien Gewerkschaften im Zeichen der herannahenden Weltwirtschaftskrise ein Gesetz zum Schutz der inländischen Arbeiterschaft vor der Konkurrenz ausländischer Kolleg/en/innen durchgesetzt, das 1925 beschlossene „Inlandsarbeitsschutzgesetz.“[34] Das Gesetz machte die „Beschäftigung eines ausländischen Arbeiters, Angestellten, Hausgehilfen oder Lehrlings von einer behördlichen Genehmigung abhängig, die nur dann erteilt werden durfte, wenn dies die Lage des Arbeitsmarktes zuließ und wichtige Interessen der Volkswirtschaft es erforderten.“[35]

Die Zielsetzung, den Arbeitsmarkt abzuschotten, findet sich auch im Ausländerbeschäftigungsgesetz von 1976 wieder, das unter der Federführung des ÖGB ausgearbeitet wurde. Der Anstoß zum Gesetz von 1976 war der Wunsch, die hohe Beschäftigungsrate ausländischer Arbeitskräfte[36] drastisch zu verringern. Im Lichte einer weltweiten Rezession sollte die Last der Krise, die steigende Arbeitslosigkeit, exportiert werden. Unter anderem verblieb durch den Abbau ausländischer Arbeitskräfte die inländische Arbeitslosigkeit in der Folge auch relativ niedrig[37] und inländische Arbeitsplätze konnten erhalten werden.[38]

Das Gesetz trug also wesentlich dazu bei, dass die ausländischen Arbeitskräfte als Konjunkturpuffer dienten und die Folgen der Wachstumskrise abmilderten indem ein Teil der Rezesssionkosten in Form von Arbeitslosigkeit den peripheren Ländern aufgebürdet wurde.[39]

Das Ausländerbeschäftigungsgesetz von 1976 verfügte - wie schon die Kontingentvereinbarung - über ausreichend Elastizität, sodass 1977, 1980, 1985 und in besonders starkem Ausmaß zwischen 1988 und 1990 erneut Ausländer/innen ins Land geholt wurden. Allerdings unterschied sich ihre Funktion grundsätzlich von der ihrer Kolleg/en/innen während der 1960er Jahre. Die ausländischen Arbeitskräfte der 1960er Jahre waren ein Instrument der Förderung sozialer Mobilität inländischer Arbeitskräfte gewesen, indem sie in das unterste Segment eines in allen Stufen expandierenden Arbeitsmarktes[40] einbezogen wurden. Sie ermöglichten durch die Übernahme der schlecht bezahlten Arbeitsplätze den sozialen und beruflichen Aufstieg der inländischen Arbeitskräfte im Einverständnis mit den Unternehmern.[41]

Ganz anders Ende der 1980er Jahre. Der Aufschwung 1988 war Teil der Auflösung des fordistischen Akkumulationsmodells und begleitet von steigender Arbeitslosigkeit.[42] Die neugeschaffenen Jobs und die deregulierten Arbeitsplätze waren in der Tendenz prekär: schlecht entlohnt, sozial nur beschränkt abgesichert und vielfach temporär. Der Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte in diesem Bereich des Arbeitsmarktes verzögerte und verhinderte teilweise die Annahme der verschlechterten Bedingungen durch die inländischen Arbeitskräfte und bewahrte diese vor einem unmittelbaren Abstieg.[43]

Auch dieses Beispiel lässt deutlich werden, dass die Zustimmung der Gewerkschaft zur Öffnung des Arbeitsmarkts für ausländische Arbeitskräfte unter nunmehr stark veränderten Bedingungen u.a. wiederum darauf abzielte, die Bedingungen für inländische Arbeitskräfte, wenn auch zu diesem Zeitpunkt nicht zu verbessern, so doch wenigstens in etwa konstant zu halten.

Gegen die vom Bundesministerium für soziale Verwaltung 1976 formulierte und von den Gewerkschaften historisch als evident erkannte Gefahr, dass „der bequeme Einsatz der Ausländer den Zwang zur Ausschöpfung des inländischen Arbeitskraftpotentials erspar[e]“[44] , kämpfte die Gewerkschaft auch während der 1990er Jahre an.

Als im Zuge der Novellierung des Ausländerbeschäftigungsgesetzs 1990 das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgeschlagene und vom ÖGB unterstützte „Höchstzahlenmodell“[45] auf Grund der Ablehnung durch die Bundeswirtschaftskammer nicht zustande kam, sondern die Ausländerbeschäftigung lediglich durch eine 10% Quote begrenzt wurde, verlagerte der ÖGB seine Aktivitäten zur Interessensdurchsetzung ins Innenministerium.

1993 wurde das bis dahin gültige Passgesetz durch das Aufenthaltsgesetz ersetzt. Dieses legte in §2, Abs.1 eine jährlich festzusetzende Quote für Aufenthaltsbewilligungen fest, die auch für die Familienzusammenführung oder ausländische Student/en/innen galt[46] und dadurch den Neuzugang von ausländischen Arbeitskräften im Sinne des ÖGB begrenzte.[47] Abschließend werden nun einige Gedanken über die Ursachen und die Beweggründe dieser Ausgrenzungs- und Abwertungsbestrebungen aus weltsystemischer Perspektive dargelegt.

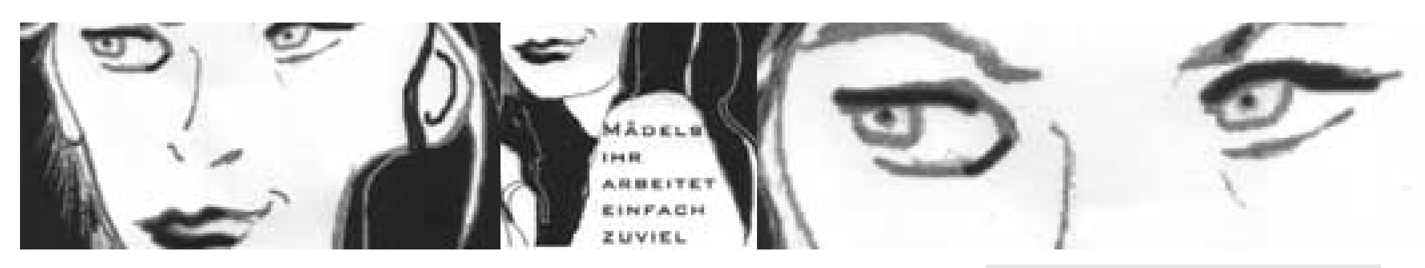
3. Migration aus Weltsystemperspektive: Überlegungen zu den Ursachen der Bestimmungselemente gewerkschaftlicher Ausländerbeschäftigungspolitik

Die im folgenden Abschnitt dargestellte Interpretation von Migration aus Weltsystemperspektive versucht Aspekte zu skizzieren, die einen Beitrag zur Erhellung und Erklärung der gewerkschaftlichen Abwertungs- und Ausgrenzungsbestrebungen und mithin auch zu deren Kritisierbarkeit leisten können. Migration wird dabei nicht aus dem Blickwinkel des einzelnen Individuums betrachtet, der Nationalstaat oder die Nationalstaaten sowie kurzfristige Betrachtungszeiträume stehen nicht im Zentrum des Interesses. Die vorgeschlagene Perspektive ist strukturell, global und historisch orientiert und zielt auf die Frage der Bedeutung von Migration für die kapitalistische Akkumulation. Nachgezeichnet werden daher die Gründe für den Transfer von Arbeitskraft sowie die Strategien zur Legitimierung struktureller Ungleichheit, die als eine der zentralen Folgen der Mobilisierung von Arbeitskraft betrachtet wird.

Eine Analyse von Migration auf Basis der Weltsystemtheorie geht davon aus, dass Migration integraler Bestandteil der seit dem „langen 16. Jahrhundert“[48] andauernden kapitalistischen Expansion war und ist. Weshalb erfordert nun aus Weltsystemperspektive die kapitalistische Akkumulation Migration? Die Gründe dafür liegen in dem Umstand, dass einzig menschliche Arbeitskraft Wert erzeugt und in der kapitalistischen Produktionsweise selbst, einer „Produktionsweise, vermittels derer innerhalb multipler Strukturen eine endlose Akkumulationsdynamik um des Profites willen (und nicht um der Gebrauchswertproduktion willen)“[49] dominiert, die Mehrwert aus Arbeitskraft durch die Produktionsmittelbesitzer abschöpft und die darüber hinaus „die Aneignung des volkswirtschaftlichen Überschusses (Surplus) der gesamten Weltwirtschaft durch die Länder des Zentrums“[50] bedeutet. Der kapitalistischen Produktionsweise inhärent ist das Phänomen wiederkehrender Stagnation, ausgelöst durch das Kernproblem des Kapitalismus: die Kosten der Arbeitskraft. Zeichnet sich Stagnation ab, bedeutet dies, dass die maximal zu erzielende Mehrwertproduktion an ihre Grenzen stößt und die „Gesamt-Profitrate in der Weltwirtschaft“[51] in Frage steht. Das kapitalistische Bestreben zielt daher darauf, Arbeitskraft in ausreichender Menge, „am rechten Ort“[52] und zu möglichst geringen Kosten verfügbar zu machen.[53] Zur Wiederherstellung und zur Sicherung der Profite und ihrer ungleichen Verteilung wurden die Grenzen der in Europa ihren Anfang nehmenden kapitalistischen Weltwirtschaft fortgesetzt ausgedehnt. Die regionale Ausweitung bot die Möglichkeit neue und kostengünstige Arbeitskraft in die kapitalistische Produktionsweise zu integrieren,[54] wobei diese Integration die Verwertung der Arbeitskraft vor Ort und/oder ihren Transfer in andere Gebiete bedeutete. Der Verwertung vor Ort wie dem Transfer ging die teilweise oder vollständige Loslösung der Arbeitskräfte von ihren agrarischen Subsistenzquellen voraus.

Weshalb aber muss Arbeitskraft transferiert werden? Die dem Kapitalismus eigene expansive Akkumulationsdynamik führt zu einer Bewegung und Konzentration von Kapital und schafft Regionen mit stetig wachsendem Bedarf an kostengünstiger Arbeitskraft, ein Bedarf der durch die ansässige (zu teure) Arbeitskraft nicht gedeckt werden kann. Der Zusammenhang zwischen Migration und kapitalistischer Expansion erscheint in Weltsystemperspektive als Kreislauf; zur Senkung der Arbeitskosten wird expandiert, die fortgesetzte Expansion und Konzentration von Kapital hängen wiederum von der örtlichen Neupositionierung billiger Arbeitskraft ab.[55] Die schrittweise Eingliederung sämtlicher Regionen in die sich herausbildende kapitalistische Arbeitsteilung peripherisierte viele Gebiete, blokkierte deren eigenständige Entwicklung und führte zu einer zunehmenden Polarisierung der Weltregionen in Zentren, Semiperipherien und Peripherien. Dieser Prozess schloss jedoch Veränderungen von Positionen in diesem Gefüge im Zeitverlauf keineswegs aus.[56] Der Verlauf der Um- und Neustrukturierung des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses dauert auch gegenwärtig an,[57] seine aktuelle Erscheinung und Wirkungsweise wird mit dem Begriff Globalisierung verdunkelt.

Fußte die sich herausbildende Rangreihung der Weltregionen auf dem Transfer kostengünstigerer und mobiler Arbeitskraft, so schuf die Hinzuziehung ebendieser Arbeitskraft auf den bestehenden Arbeitsmärkten der jeweiligen Länder der Regionen eine weitere Hierarchie: Die Spaltung des



Arbeitsmarktes in ein primäres A- und ein sekundäres B-Segment. Das A-Segment umfasst die besser entlohnten und das B-Segment die schlechter entlohnten Tätigkeiten, letzterer Wert war und ist jedoch für die Kapitalakkumulation überaus bedeutsam.

Die gewerkschaftliche Konzentration auf und ihre Interessensvertretungspolitik für inländische Arbeitskraft forciert diese Segmentierung der Arbeitsmärkte. Der Interessensvertretung für Inländer/innen (gegen besondere Zumutungen des kapitalistischen Verwertungssystems) bei gleichzeitiger Anpassung an dasselbe entspricht die Abwertung und Ausgrenzung der ausländischen Arbeitskraft. Dies bedeutete und bedeutet aber auch die Abwertung und Ausgrenzung spezifischer Aspekte von Arbeit für die kapitalistische Produktion, kurz all jener Tätigkeiten und Personen, die nicht dem Bild des männlichen, weißen Industriearbeiters entsprachen und entsprechen.[58]

Der Bogen des Arbeitskräftetransfers spannt sich nun von der Sklaverei der Afrikaner/innen und Zwangsarbeitsmigration und Wanderarbeit in Lateinamerika, Afrika und Asien über das Kulisystem, die Abwanderung qualifizierter Arbeiter/innen aus der Peripherie[59] und die Arbeitsmigration der 1960er und 1970er Jahre in die europäischen Zentren bis zur gegenwärtigen Saisonmigration von Nordafrikaner/innen nach Südfrankreich oder der Arbeitnehmerentsendung auf Werkvertrags- und Subunternehmerbasis von Osteuropa in die EU. Die zur Mobilität genötigte wie die am Ort verbleibende Arbeitskraft wurde in unterschiedliche Arbeitsformen wie Sklaverei, Leibeigenschaft, Kombinationen aus Subsistenzerwerb und Lohnarbeit sowie Lohnarbeit in Verbindung mit Reproduktionsarbeit gezwungen. Die Verknüpfung dieser divergenten Arbeits- und Produktionsformen zu einer einzigen kapitalistischen Arbeitsteilung ermöglichte eine fortgesetzt ungleiche Profitverteilung zugunsten der Länder des Zentrums[60] sowie ein, wenn auch bescheidenes Wachstum der Löhne der Arbeiter/innen in den Zentren.

Migration ist in diesem Sinne also Ursache und Folge globaler, struktureller Ungleichheit. Im Rahmen der Weltsystemtheorie wird nun gefragt, wie die (weitgehende) Akzeptanz dieser globalen Ungleichheit, die auch die Vorstellung des gemeinsamen Interesses von Arbeitnehmer/n/innen und Arbeitgeber/n/innen an der Kapitalakkumulation einschließt, hergestellt werden konnte, besonders da seit der Französischen Revolution der Liberalismus als die dominante Ideologie immer mehr an Bedeutung gewann.[61] Die globale wie nationalstaatliche Rangreihung und Ungleichbehandlung der Arbeitskräfte erforderte eine Ideologie, die im Stande war, den Widerspruch zwischen ungleichen Arbeitsformen und Einkommensverteilungen zum einen und der Doktrin von Menschenrechten, Freiheit, Gleichheit und Demokratie zum anderen scheinbar zu überwinden und zu rechtfertigen. Mittels Rassismus wurde ein Set von (veränderbaren) Identifikationsmerkmalen geschaffen, das die Zuordnung zu ökonomischen Rollen „ethnisierte" und ihre asymmetrische Verbindung zueinander durchsetzte und festigte. „Rassismus war die ideologische Rechtfertigung der Hierarchisierung der Arbeiterschaft und seiner hochgradig ungleichen Einkommensverteilung." [62] Die Gewerkschaften reproduzieren die Hierarchisierung zwischen Arbeitskräften, indem sie, wie bereits am Beispiel der Teilarbeitsmärkte gezeigt wurde, bestrebt sind, die inländische Arbeitskraft gegen die Wechselfälle der kapitalistischen Realität abzusichern. Die Kehrseite dieser Politik bedeutet jedoch Abwertung und Ausgrenzung der mobilisierten Arbeitskraft. Aus dieser skizzierten gewerkschaftlichen Perspektive erscheinen die ausländischen Arbeitskräfte oftmals als Konkurrent/en/innen inländischer Arbeitskräfte. In einer weiteren, gleichgerichteten Betrachtungsweise werden sie als Lohndrücker/innen stigmatisiert. Da jedoch „der historische Wert [mobilisierter Arbeitskraft, E.W.] unter dem Niveau vorhandener Arbeitskräfte liegt"[63] und dementsprechend der Einsatz ausländischer Arbeitskraft - wenn auch nicht ausschließlich, so doch seiner Zielsetzung gemäß - im B-Segment des Arbeitsmarktes oder am unteren Ende der Arbeitsmarkthierarchie liegt, oder mit zeitlicher Beschränkung verbunden ist, zeigen sich lohndämpfende Auswirkungen von Ausländerbeschäftigung lediglich am unteren Ende der Arbeitsmarkthierarchie. Hier betreffen sie meist die ausländische Arbeitskraft selbst. In generalisierter Form trifft das Argument jedoch nicht zu.[64] Ausländische Arbeitskraft „bremst zunächst das Ansteigen der Löhne im B-Segment und damit auch die Inflation, wodurch ein vorzeitiger Zusammenbruch des Aufschwungs verhindert wird und es längerfristig zu einer Erhöhung der Reallöhne gegenüber den Ländern mit einem beschränkten Arbeitskräftepotential kommt."[65]

Die zweite bedeutende Ideologie zur Rechtfertigung des Widerspruchs zwischen struktureller Ungleichheit und behaupteter Gleichheit und Freiheit war der Nationalismus. Ihm kam die Aufgabe zu, den Widerspruch zwischen globaler kapitalistischer Arbeitsteilung und der auf den Nationalstaat bezogenen Wirtschaftspolitik in den Griff zu bekommen. Mittels Nationalismus wurde zum einen Identifikation mit und Loyalität gegenüber dem Staat und seiner Wirtschaftspolitik auf

einer territorialen Einheit erzeugt, zum anderen wurde der Nationalismus herangezogen gegen andere Staaten, Wirtschaftspolitiken oder Bevölkerungen ins Feld zu ziehen. Die Gewerkschaften übernahmen den Bezugsrahmen des Nationalstaates, wobei sie hinsichtlich ihrer Interessensvertretungspolitik von gleichgerichteten Taktiken der Gewerkschaften der einzelnen Nationalstaaten ausgingen. Diese Ausrichtung und Interessenbündelung geriet vermutlich aufgrund unterschiedlicher und in verschiedene Richtungen strebender Interessen der Arbeitnehmer/innen in den einzelnen Ländern nicht zum Erfolg, wobei die Interessensdivergenzen durch die Hierarchisierung von mobilisierter und ansässiger Arbeitskraft vermittelt erscheinen. Konnten die global unterschiedlichen Sozial- und Rechtsniveaus durch nationalstaatliche Verfassungen[66] weltweit gesichert werden, so ermöglichte der Nationalismus gleichzeitig eine Argumentation, die diesen Prozess in sein Gegenteil verkehrt: für Ausländer/innen gelten auf Grund ihrer anderen Staatsangehörigkeit nicht dieselben Rechte wie für Inländer/innen. Diese Vorstellung wurde für die europäischen nationalstaatlichen Gesetzgebungen prägend.[67] Gleichermaßen wurde sie von den Gewerkschaften aufgenommen und vor dem Hintergrund der nationalstaatlichen Perspektive zu einer impliziten Leitidee ihrer Bestrebungen im Hinblick auf eine ausländerbeschäftigungspolitische Legistik.

Rassismus und Nationalismus bilden nun aus Weltsystemperspektive je spezifische „Kategorien, [die] den Anspruch auf Vorteilsrechte in der kapitalistischen Weltwirtschaft ausdrücken“[68] und eine entscheidende Rolle im Konkurrenzkampf um die Rangordnung in ebendieser Weltwirtschaft spielen.[69] Die genannten Ideologien und Vorstellungen fanden implizit Eingang in ein Konzept von Entwicklung, das zwei Ziele kausal miteinander in Verbindung setzt: das Erreichen größerer sozialer Egalität im nationalstaatlichem Rahmen und Wirtschaftswachstum.[70] Daran schließt sich die Betrachtung an, die Geschichte der einzelnen Staaten oder auch bestimmter Regionen als Resultat einer erfolgreichen, nachholenden, rückständigen oder abgekoppelten Entwicklung zu betrachten. Die Übernahme der Vorstellung, dass wirtschaftliches Wachstum im nationalstaatlichen Rahmen parallel zu sozial gerechterer Verteilung verlaufe, mag im Verbund mit weiteren Faktoren mit zur Anpassung gewerkschaftlicher Haltungen und Strategien an die kapitalistische Verwertungslogik beigetragen haben. Demgegenüber schlägt die Weltsystemtheorie einen Perspektivwechsel hin zur Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft selbst vor. Durch ihre Expansion, also die Einbeziehung immer weiterer Bevölkerungen mit dem Ziel, Mehrwert zu schaffen aber nur geringfügig einbehalten zu lassen, wurden Regionen mit unterschiedlichen `Entwicklungsniveaus` geschaffen. Da in dieser Betrachtung die globale Mehrwertproduktion im Zentrum steht, bedeutet der Aufstieg eines Landes den Abstieg eines anderen.[71] „Solange Staaten, getrennte Staaten, jeder für sich nach Wegen suchen, sich selbst zu entwickeln, wird das zutreffen. Aufholen bringt Wettbewerb mit sich, und der Wettbewerb bedeutet, dass im Endeffekt die Entwicklung eines Landes auf Kosten eines anderen vonstatten geht.“[72]

Die dargestellten Ausgrenzungs-, Abwertungs- und Spaltungsbestrebungen der Gewerkschaften erwiesen sich für eine Integration *sämtlicher* Arbeitnehmer/innen als wenig zielführend. Im Gegenteil, sie führten zu einer Vertiefung und Reproduktion der Hierarchie zwischen ansässiger und mobilisierter Arbeitskraft, oder allgemeiner und als Tendenz gefasst formuliert: zwischen den Arbeitskräften des Zentrums und jenen der Peripherien. Unvertreten und abgewertet war und blieb also genau jene Arbeitskraft, die einen entscheidenden Faktor im kapitalistischen Verwertungsprozess darstellt.

Diese Bestrebungen und ihre Durchsetzung zählen mit zu den Gründen, weshalb Gewerkschafter/innen seit dem 19. Jahrhundert massivste Schwierigkeiten hatten, die vom Kapital ausgebeuteten Arbeiter/innen der - aus dem Blickwinkel der jeweiligen Gewerkschaftsbewegung - näher und ferner liegenden „unterentwickelten“ Länder als Klassengenoss/en/innen zu erkennen und anzuerkennen. Prägen die genannten Perspektiven auch gegenwärtig die Gestaltung gewerkschaftlicher Politik, so sind doch gleichzeitig dazu in Österreich und Deutschland auch Ansätze einer Öffnung hin zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit Vertreter/n/innen von Migrant/en/innen zu beobachten. So wurde in der österreichischen Gewerkschaft der Privatangestellten eine Interessensgemeinschaft für Migrant/en/innen (IG work@migration) gegründet, die erstmals Migrant/en/innen die Möglichkeit bietet, gewerkschaftliche Politik, wenn auch in sehr bescheidenem Maß, mitzugestalten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund entwickelte für den Bereich Migration und Qualifizierung ein Online-Forum (http://www.migration-online.de), das gleichermaßen die Mitentscheidung von Migrant/en/innen zu seinen Zielen zählt. Verbleiben die genannten Beispiele auch im nationalstaatlichen Kontext und berühren sie auch nicht die zentralen Fragen der Asylpolitik und der illegalen Migration, stellen sie dennoch Neuerungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegungen dar. Die zukünftige Entfaltung ihres Aktionsradiuses erscheint offen. Ungeachtet des

Nebeneinanderbestehens verschiedener Haltungen und Ausrichtungen innerhalb gewerkschaftlicher Politik bleibt für diese jedoch abschließend festzuhalten: die Beschränkung auf eine Vertretung der Interessen für ausgewählte Gruppen von Arbeitskräften mit dem Ziel, vom kapitalistischen Kuchen ein möglichst großes Stück zu ergattern, führt zu einer Politik, die die gewachsene historische Ungleichheit zwischen Arbeitskräften nicht zu überwinden sucht, sondern diese durch fortgesetzte Spaltung und Hierarchisierung reproduziert.

e-mail: evi.wollner@utanet.at

Anmerkungen:

1 Vgl. Wollner, Eveline (1996): Auf dem Weg zur sozialpartnerschaftlich regulierten Ausländerbeschäftigung in Österreich. Die Reform der Ausländerbeschäftigung und der Anwerbung bis Ende der 1960er Jahre, Diplomarbeit, Wien, S. 69.

2 Vgl. ebenda, S. 13ff.

3 Diese Zuordnung wird von der gegenwärtigen politikwissenschaftlichen Forschung für den Zeitraum von 1945 bis heute als gültig erachtet. Vgl. Tálos, Emmerich/Kittel, Bernhard (2001): Gesetzgebung in Österreich. Netzwerke, Akteure und Interaktionen in politischen Entscheidungsprozessen, Wien.

4 Das Ministerium für Handel und Wiederaufbau war Mitte der 1960er am Rande in die Diskussion einbezogen.

5 Vgl. z.B. Gerlich, Peter/Grande, Edgar/Müller, Walter C. (Hg.) (1985): Sozialpartnerschaft in der Krise. Leistungen und Grenzen des Neokorporatismus, Wien, Köln, Graz. Tálos, Emmerich (Hg.) (1993): Sozialpartnerschaft. Kontinuität und Wandel eines Modells, Wien.

6 Dies schließt auch die Übereinkunft über Verordnungen und andere Regelwerke ein.

7 Neueren Forschungen zu Folge wurde diese Interaktionsform der Entscheidungsfindung jedenfalls bis in die 1990er Jahre praktiziert. Vgl. Tálos/Kittl (2001): S. 139.

8 Vgl. Wollner (1996): S. 14. Über die starke informelle Kooperation zwischen Bundesministerium für soziale Verwaltung und ÖGB hinaus hätte das Bundesministerium für soziale Verwaltung zu Beginn der 1960er Jahre keine Gestaltung der Ausländerbeschäftigung vorgenommen, die den Intentionen des ÖGB zuwidergelaufen wäre. Vgl. ebenda, S. 39.

9 Vgl. z.B. Tálos (Hg.) (1993): S. 19 und Tálos/Kittl (2001): S. 141.

10 Zur Auseinandersetzung um die arbeitsmarktpolitische Gesetzgebung vgl. Wollner (1996): S. 20-25.

11 „Ein weiterer neuer Gedanke und eine neue Entwicklung im wirtschafts- und konjunkturpolitischen Denken des Österreichischen Gewerkschaftsbundes war der der aktiven Arbeitsmarktpolitik." ÖGB (1959): Tätigkeitsbericht, Wien, S. I/66.

12 Vgl. dazu: Hwaletz, Otto (1996): Austrofordismus. Ein Entwurf, in: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie (Hg.), Auf in die Moderne! Österreich vom Faschismus bis zum EU-Beitritt, Wien, S. 100-209.

13 Vgl. dazu: Parnreiter, Christof (1992): Migration und Arbeitsteilung. Ausländerbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise, Wien.

14 Vgl. BWK (1956): Jahrbuch, Wien, S. 86, zit. in: Wollner (1996): S. 20.

15 Vgl. BWK (1955): S. 185, zit. in: ebenda, S. 33.

16 Konkret sollten Um- und Nachschulungsprojekte sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilitätsbereitschaft dazu beitragen, die Arbeitnehmer/innen aus nicht mehr konkurrenzfähigen Branchen in expandierende zu transferieren und Arbeitslose für neue Arbeitsplätze qualifizieren. Diese Forderungen waren Teil der vom ÖGB favorisierten aktiven Arbeitsmarktpolitik. Vgl. Wollner (1996): S. 22.

17 Diesem Schritt war 1960 eine Einigung zwischen der Baugewerbeinnung und der Gewerkschaft Bau-Holz und 1961 eine Einigung der Interessensvertretungen des Sektors Fremdenverkehr vorangegangen. Die Bundeswirtschaftskammer kritisierte diese Vorgangsweise sowohl intern als auch gegenüber dem ÖGB scharf, da sie ihre Bestrebungen nach Arbeitsmarktliberalisierung in Gefahr sah. Vgl. ebenda, S. 59. Möglich wurde die Festlegung von Kontingenten dadurch, dass die Bekanntgabe einer Höchstzahl den Verzicht auf das Begutachtungsrecht für Beschäftigungsgenehmigungen bedeutet. Dass die Kontingente lediglich für Ausländer aus den Nachbarländern offen standen, begründete der ÖGB mit den Schwierigkeiten, die im Falle eines Abschubs entstünden. Tatsächlich sollte die so vehement geforderte Wiederausreise der ausländischen Arbeitskräfte fixiert werden. Vgl. Wollner (1996): S. 62.

18 Vgl. Schreiben der Bundeswirtschaftskammer an die Sektionen Gewerbe, Industrie, Handel, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen, Verkehr und Fremdenverkehr vom 17. Juni 1960, Gesetzesentwurf des Bundesministerium für soziale Verwaltung 1960, Art. 3. § 19 (HK-A), 1362/2-60), zit. in: Wollner (1996): S. 42.

19 ÖGB, Tätigkeitsbericht 1960, S. I/15f., zit. in: Wollner (1996): S. 34.

20 Wesentlich ist hier, dass der Erlass von 1946 die Wiedereinsetzung paritätisch besetzter Verwaltungs- und Vermittlungsausschüsse bei den Arbeitsämtern vorsah. Zu den Erlässen und ihrer Bedeutung vgl. Wollner (1996): S. 26-34.

21 Vgl. ebenda, S. 35ff. Der Verfassungsgerichtshof begründete die Aufhebung wegen nicht gehöriger Kundmachung und einer fehlenden gesetzlichen Grundlage. „Diese Erlässe sind Verordnungen und haben die Einrichtung einer Kollegialbehörde zum Gegenstand. Darüber hinaus bestimmen sie auch die Rechtsstellung von dritten Personen. Sie sind daher als Rechtsverordnungen zu qualifizieren. Als Verordnungen hätten sie im Bundesgesetzblatt verlautbart werden müssen. (...) In der Erwägung, dass Kollegialbehörden nur durch Gesetz geschaffen werden können, bestehen (...) auch noch Bedenken, ob sie eine gesetzliche Grundlage haben." Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 18. Dezember 1959, V 18,19,20/59, S. 7f.

22 Vgl. dazu: Wollner (1996): S. 38f.

23 Vgl. Schreiben der Bundeswirtschaftskammer an die Sektionen Handel, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen und die Sektion Verkehr vom 1. Juni 1960 (HK-A, 1362/2-60), zit. in: Wollner (1996): S. 50.

24 Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte (AK), Jahrbuch 1960, S. 144., zit. in: Wollner (1996): S. 50.

25 Vgl. ebenda, S. 52.

26 Vgl. ebenda.

27 Tálos, Emmerich/Kittl, Bernhard (1995): Zwischen konfliktorischem Partikularismus und konzertierten Allgemeininteresse. Zur Herausbildung der Sozialpartnerschaft in der Nachkriegszeit, in: ÖZGT, Tagungsreader, Österreich. 50 Jahre Zweite Republik, Johannes Keppler Universität, Linz/Donau, 22.-24.Mai 1995, S. 4., zit. in: ebenda, S. 18.

28 Dieser Begriff bezieht sich auf migrierende Arbeitskräfte.

29 Dies bedeutet jedoch nicht, dass derartigen Regelwerken und Instrumenten eine prinzipielle und zu allen Zeiten gleichermaßen gültige Notwendigkeit beigemessen werden kann.

30 Vgl. Teil 3 dieses Artikels.

31 Vgl. Horak, Kurt (1990): Ausländerbeschäftigung: Was wir wollen, in: Arbeit und Wirtschaft, Heft 5, S. 2.

32 Gewerkschaft BauHolz online, Johann Driemer, http://www3.debis.at/GBH/Presse.nsf/713ad373fbba2577vl256a03, 18.05.2003.

33 Gewerkschaft BauHolz online, Johann Driemer, http://.bauholz.at/archiv/bhl1x01x3.html, 18.05.2003.
34 Fuchs, Xaver (1986): Das Geschäft mit dem Homo migrans. Zur Flexibilität und Stabilität der Ausländerbeschäftigung, in: Zwischen den Mühlsteinen...von Arbeitslosigkeit und Kapital: Erwerbslosigkeit im 20. Jahrhundert, Wien, S. 99.
35 Ebenda, S. 99.
36 9,3% 1973. Vgl. Gächter, August (2000): Austria: Protecting Indigenous Workers from Immigrants, in: Trade Unions, Immigration, and Immigrants in Europe, 1960-1993. A Comarative Study of Attitudes and Actions of Trade Unions in Seven West European Countries, New York/Oxford, p. 71.
37 „Wären statt der ausländischen inländische Arbeitskräfte gekündigt worden, hätte die Arbeitslosenrate 1975 bereits 3,2% betragen. Das Halten der statistischen Vollbeschäftigung bis 1982 geht auf Massenentlassungen ausländischer Arbeitskräfte bei gleichzeitiger Weigerung, ihnen Arbeitslosengeld zu zahlen zurück.“ Parnreiter (1992): S. 179.
38 Vgl. ebenda, S. 99. Vgl. auch Delapina, Franz (1996): Was kommt nach der Modernisierung?, in: Auf in die Moderne. Österreich vom Faschismus bis zum EU-Beitritt, Wien, S. 248.
39 Vgl. Parnreiter (1992): S. 180.
40 Vgl. Gächter, August (1992): (Un)ordentliche Beschäftigungspolitik, in: Prader, Thomas (Hg.) (1992): Moderne Sklaven: Asyl- und Migrationspolitik in Österreich, Wien, S. 54.
41 Vgl. Parnreiter (1992), vgl. in: Delapina (1996): S. 248.
42 Inländer: Männer: von 4,9% 1989 auf 5,3% 1991. Frauen: von 5,5% 1989 auf 6,9% 1991. Vgl. Gächter (1992): S. 48.
43 Dazu ein Beispiel: Dass der ÖGB in der Lage war, die Bestrebungen um die kapazitätsorientierte flexible Arbeitszeit (KAPOVAZ) abzuschmettern, die einen Verlust an Überstunden und somit Kaufkraftverlust bedeutet hätte, hing mit dem Einsatz dieser neuen Ausländer/innen zusammen. Das Flexibilisierungsmodell für „geschützte“ Arbeitskräfte konnte durch den Einsatz der Ausländer/innen entfallen. Vgl. Gächter (1992): S. 59.
44 Neurath, Erich/Steinbach, Günther (1997): Allgemeiner Teil der Erläuterungen zur Regierungsvorlage, in: Ausländerbeschäftigungsgesetz, Wien, S. 14.
45 Neben der Kontingentvereinbarung und dem Normalverfahren sah das Gesetz auch die Möglichkeit des Bundesministers für Arbeit und Soziales vor, Höchstzahlen zu erlassen. Eine entsprechende Verordnung trat jedoch nie in Kraft. Vgl. Wallner, Josef/Ziniel, Günther (1990): Ausländerpolitik in Österreich. Notwendigkeit einer Neugestaltung, in: Arbeit und Wirtschaft, Heft 6, Wien, S. 36.
46 Vgl. Gächter (2000): S. 74.
47 Die in Österreich zu Beginn der 1990er Jahre vollzogenen Änderungen im Bereich des Asyl-, Fremden- und Aufenthaltsgesetzes stehen gleichzeitig auch in Zusammenhang mit dem avisierten Beitrittsbestrebungen zur europäischen Union.
48 Wallerstein, Immanuel (1979): Aufstieg und Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse, in: Senghaas, Dieter (Hg.) (1979): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt/Main, S. 53. Das `lange` 16. Jahrhundert dauerte von 1450 bis 1640.
49 Senghaas (1979): Vorwort, in: Derselbe (Hg.), S. 13.
50 Wallerstein (1979): in: ebenda, S. 47.
51 Wallerstein (1995a): Die Sozialwissenschaften „kaputtdenken“. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/Main, S. 135.
52 Derselbe (1984): Der Historische Kapitalismus, Berlin, S. 66.
53 Vgl. Parnreiter (1992): S. 10.
54 Vgl. Wallerstein (1995a): S. 135.
55 Vgl. Parnreiter (1992): S. 14f.
56 Vgl. Wallerstein (1979): S. 54.
57 Zur gegenwärtigen Krise des kapitalistischen Weltssystems und zu potentiellen Chancen eines Übergangs in ein nicht-kapitalistisches, friedlicheres und sozial gerechteres System vgl. Wallerstein (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien.
58 Vgl. dazu Mergner, Gottfried (1988): Solidarität mit den „Wilden“? Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den afrikanischen Widerstandskämpfen in den ehemaligen Kolonien um die Jahrhundertwende, in: van Holthoon, Frits/van der Linden, Marcel (Hg.): Internationalism in the Labour Movement 1830-1940, S. 71.
Lediglich hingewiesen werden kann an dieser Stelle auf die besondere Bedeutung der weiblichen Arbeit für den kapitalistischen Akkumulationszusammenhang.
59 Vgl. Potts, Lydia (1988): Weltmarkt für Arbeitskraft. Von der Kolonisation Amerikas bis zu den Migrationen der Gegenwart, Hamburg, S. 17f.
60 Vgl. Wallerstein (1995a): S. 135.
61 Vgl. Wallerstein (1995b): Die unüberwindlichen Widersprüche des Liberalismus. Menschenrechte und Völkerrechte in der Geokultur des modernen Weltsystems, in: Fischer, Gero/Wölflingseder, Maria (Hg.): Biologismus, Rassismus, Nationalismus, Wien, S. 184-199. Zu den im Anschluss an die französische Revolution entstandenen Ideologien zählt Wallerstein neben dem Liberalismus den Sozialismus und den Konservatismus. Alle drei versuchen eine Antwort auf die Frage zu geben, wie mit der Gesellschaft unter den postrevolutionären Bedingungen zu verfahren sei. Zu diesen Bedingungen zählen die Akzeptanz der Normalität des sozialen Wandels und die Volkssouveränität. Während der Konservatismus den Wandel so langsam wie möglich und der Sozialismus so schnell wie möglich gestalten will - um größtmögliche politische und soziale Gleichheit durchzusetzen - versucht der Liberalismus das System nicht zu transformieren, sondern zu perfektionieren: „Liberale waren nämlich per definitionem [i.O., E.W.] keineswegs radikal“. Vgl. ebenda, S. 185ff.
62 Wallerstein (1984): S. 68.
63 Fuchs (1992): S. 2. vgl. nach Dohse, Knuth (1981): Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland, Königstein/Ts., S. 3.
64 Vgl. dazu Castles, Stephen/Godula Kosack (1973): Immigrant Workers and Class Structure in Western Europe, Oxford, zit. in: Hollerwöger, Johanna (1988): Theorien der Migration, Diplomarbeit, Wien, S. 250-254 sowie derselbe (1987): Migration und Rassismus in Westeuropa, Berlin, zit. in: Parnreiter (1992): S. 139.
65 Parnreiter (1992): S. 139.
66 Dies gilt auch für eine der Form nach supranationale Verfassung wie sie gegenwärtig für die europäische Union diskutiert wird.
67 Vgl. Parnreiter (1992): S. 41f.
68 Wallerstein (1990): S. 103.
69 Vgl. ebenda.
70 Vgl. Wallerstein (1995a): S. 141.
71 Vgl. ebenda, S. 142.
72 Ebenda, S. 145. Angemerkt sei in diesem Zusammenhang, dass die Zusammenführung einzelner Staaten zu einer übergeordneten polit-ökonomischen Einheit wie es gegenwärtig die EU-Integration darstellt, keine Überwindung dieses Prozesses bedeutet. Die Integration und die Erweiterung dienen vornehmlich zur Lösung der ökonomischen Krise der Zentrumsländer Europas zu Lasten der semiperipheren Länder Mittel- und Osteuropas.

Franz Naetar
Welche politische Bedeutung hat der Antisemitismus heute?

Die Debatte über Antisemitismus und Antiamerikanismus: was wir in diesem Artikel nicht behandeln.

Überfälle und Beschmieren von Synagogen, geschändete jüdische Friedhöfe, Leugnung jeder Verbindung zwischen Antisemitismus und Antizionismus, das Reden von der „Ostküste" und ihrer Macht, mit der auf den jüdischen Einfluss oder auf eine jüdische Verschwörung angespielt wird, scheinen zu bestätigen, dass der Antisemitismus in den gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen wieder an Bedeutung gewinnt. In der liberalen und rechten Presse wird darüber debattiert, ob eine Kritik an der Politik des israelischen Staates und in welcher Form zulässig ist und wann sich darin Antisemitismus ausdrückt und welche Verbindung es zwischen Antisemitismus und Antiamerikanismus gibt.

In der aktiven extremen Linken führt (zumindest in Deutschland und Österreich) die Auseinandersetzung über die politische Lage im Nahen Osten, die Einschätzung der Rolle Europas und Deutschlands zu erstaunlichen Erscheinungen: So wird etwa in der Zeitschrift „Bahamas", die eine extreme Form „antideutscher" Positionen vertritt, in einer Erklärung vom 10.4.2003 Georg Bush zu seinem „Sieg" im „antifaschistischen Krieg" gegen den Irak gratuliert, werden die israelischen Kritiker der Sharon-Politik als defaitistisch denunziert, während in anderen linken Kreisen die bedingungslose Unterstützung des antiimperialistischen Kampfs der Palästinenser unverändert seit 30 Jahren auf der Tagesordnung steht.

Aber auch in linken Alltagsdiskussionen, die weniger von den Extremen der Debatte im Umfeld der Antideutschen gezeichnet sind, gibt es gravierende Unterschiede in der Einschätzung der politischen Situation und insbesondere des Antisemitismus und seiner Bedeutung. Während in Teilen der Linken - zum Teil gestützt auf eigene oder berichtete Erfahrungen als Jude - Befürchtungen für einen weltweiten Anstieg des Antisemitismus geäußert werden und die verlogene Beweihräucherung der humanitären Errungenschaften Europas und der Antiamerikanismus heftig kritisiert und in ihm ebenfalls ein Zeichen des steigenden Antisemitismus gesehen werden, hat sich für andere Linke wenig geändert, außer dass US-Imperialismus noch aggressiver wird. Die Verbindung zwischen Antisemitismus und Antiamerikanismus wird empört zurückgewiesen.

Insgesamt zeigen diese Debatten in meinen Augen, dass nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus" und der Veränderungen der Ausbeutungsregimes auf der ganzen Welt in allen ihren ökonomischen und staatlichen Formen gerade in der Linken die große Verwirrung eingekehrt ist. Gewissheiten sind zusammengebrochen und mancherorts wird versucht, so schnell als möglich neue Gewissheiten aus dem Boden zu stampfen.

In der grundrisse-Redaktion herrscht neben den oft sehr unterschiedlichen Einschätzungen konkreter Politik - oder vielleicht gerade deshalb - die gemeinsame Sicht vor, dass gerade in dieser Zeit der Verwirrung der Blick aus verschiedensten Perspektiven auf die Welt und uns notwendig ist und die Offenheit der Debatte (wieder)gewonnen werden muß.

Ich werde in diesem Artikel bewusst nicht auf die derzeitige in Teilen der deutschsprachigen Linken laufende Polemik Antideutsch gegen Antiimperialistisch (in allen Schattierungen) eingehen. Der Grund ist ganz einfach: was an Substanz in den Analysen fehlt, wird durch verbale Kraftmeierei und Totschlagargumentation ersetzt. Statt theoretische Einsicht und praktische Handlungsfähigkeit zu gewinnen, werden substanzlose Polemiken verschärft. Auch findet diese Debatte fast ausschließlich in Deutschland und Österreich statt und würde in anderen Teilen der Welt - wenn die davon wüssten - auf ungläubiges Staunen treffen. Die diesen Debatten zugrunde liegende Verwirrung und Ratlosigkeit ist allerdings auch in anderen Ländern vorhanden. Was nun die Entwicklung von Rassismus und Antisemitismus nach dem zweiten Weltkrieg, nach dem Holocaust und insbesondere nach dem Ende des kalten Krieges betrifft, so fehlt meiner Meinung nach zur Zeit eine Analyse und politische Intervention, die den Zusammenhang mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen herstellt, ohne ihn ökonomistisch zu verkürzen und der auch in der Lage ist, die historisch-politischen Zusammenhänge in den verschiedenen Ländern darzustellen. Daran kann dieser Artikel nichts ändern. Er versucht verstreute Ansätze, die den Antisemitismus in den Zusammenhang unseres internationalen kapitalistischen Weltsystems stellen, kritisch dazustellen, auf Lücken und Auslassungen in den Analysen hinzuweisen und die Aufmerksamkeit auf einige neuere und ältere Erscheinungen zu lenken.

Gewinnt der Antisemitismus wieder an Bedeutung?

Auf der Ebene des persönlichen Vorurteils und in soziologischen Untersuchungen über dieses Vorurteil scheint der Rassismus gegenüber Juden im Verhältnis zu anderen Rassismen zumindest in Europa eine geringere Bedeutung zu haben. So ergibt eine 1996 in Deutschland durchgeführte Umfrage, dass 11 Prozent der westdeutschen JüdInnen aus der deutschen Gesellschaft ausgrenzen möchten, dass aber diese Zahl 33 Prozent für TürkInnen und 42 Prozent für AsylbewerberInnen beträgt. Allerdings deuten neuere Untersuchungen auch an, dass der Antisemitismus (wieder?) im Ansteigen begriffen ist: Eine vom Sigmund-Freud-Institut durchgeführte Erhebung unter West- und Ostdeutschen kam zu dem Ergebnis, dass 1999 20 Prozent dem Satz „Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind“ zustimmten, während im April 2002 diese Zahl auf 36 Prozent angestiegen ist. (Demirovic, S. 24)

Nun hängen die Resultate solcher Befragungen zum Teil vom zum Befragungszeitpunkt aktuellen politischen Umfeld ab und können schon deshalb stark schwanken. So hätte eine ähnliche Frage in Österreich vor, während und nach der Waldheimdebatte wahrscheinlich stark schwankende Ergebnisse geliefert. Auch sind diese persönlichen Vorurteile in verschiedenen Schichten in unterschiedlichen Richtungen schwankend. Die offenen Antisemitismen eines Borodajkewycz zu Beginn der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts wären 2003 auf der Universität eher unwahrscheinlich, was aber nichts über den Antisemitismus anderer Schichten der Bevölkerung aussagt. Dennoch meine ich, behaupten zu können, dass der Antisemitismus als politischer Faktor wieder an Bedeutung gewinnt. Der politische Antisemitismus war immer mit Weltverschwörungstheorien verbunden: Die Erklärung verschiedenster Entwicklungen der Welt aus einer jüdischen Weltverschwörung war eines der Kennzeichen des politischen Antisemitismus[1] seit dem 19. Jahrhundert, die ihn ganz wesentlich von anderen Rassismen und auch vom mittelalterlichen Judenhass unterschieden. Diese Imagination der Juden als die unterirdischen Organisatoren von Bedrohungen hat nun ganz sicher in der Zeit seit dem Zusammenbruch des Ostblocks an Bedeutung gewonnen.

Der Wandel der Bedeutung des Antisemitismus kann am besten anhand der Entwicklung der rechtsradikalen Bewegungen aufgezeigt werden. War bis zum Zusammenbruch des Ostblocks letzterer der Hauptgegner und wurde die USA zwar teilweise mit antisemitischen Ressentiments behandelt (die „Ostküste“), so entwickeln sich diese

Gruppen seither in fahnenschwingende GegnerInnen des US-Imperialismus und der „jüdischen Weltverschwörung“ und sogar zu UnterstützerInnen des Iraks im letzten Krieg.[2]

Interessant in bezug auf Verschwörungstheorien ist, dass praktisch ungebrochen das Machwerk der „Protokolle der Weisen von Zion“, ein Text des europäischen Antisemitismus - von der zaristischen Geheimpolizei fabriziert - als Vorlage für die verschiedenen Verschwörungsüberlegungen dient.[3] Folgerichtig kursieren im Internet die verschiedensten Theorien über jüdische Verschwörungen, unter anderem auch die Theorie, dass der Anschlag auf das World Trade Center von den Juden organisiert wurde, was sich daran zeige, dass fast alle Juden das World Trade Center beim Anschlag schon verlassen hätten.

„Wertvergesellschaftung“ und darauf basierende Theorien zum Antisemitismus und Nationalsozialismus

Ein wichtiger Strang der Debatte über den Antisemitismus steht im Zusammenhang mit der Theorie des kapitalistischen Systems als durch „Wertvergesellschaftung“ bestimmt. Moishe Postone und Robert Kurz sind zwei wichtige Vertreter der auf „Wertvergesellschaftung“ beruhenden Theorie des Antisemitismus. Im folgenden werde ich diese Position anhand des Artikels „Nationalsozialismus und Antisemitismus“ von Moishe Postone präsentieren und teilweise auf Argumente von Robert Kurz in seinem Artikel „Politische Ökonomie des Antisemitismus“, der sich mit der Geldutopie des Silvio Gesell beschäftigt, eingehen[4].

Postone zieht eine Trennlinie zu Theorien, die den modernen Antisemitismus als „bloßes Beispiel für Vorurteil, Fremdenhass und Rassismus“ behandeln, wobei er als Trennlinie nicht die „*Zahl der Menschen, die ermordet wurden*“ sieht, sondern dass für den „*Holocaust der verhältnismäßig geringe Anteil an Emotion und unmittelbaren Hass* (im Gegensatz zu Pogromen zum Beispiel)“ charakteristisch war.[5] Weiters weist er wie viele andere darauf hin, dass die „*Ausrottung der Juden kein Mittel zu einem anderen Zweck war*“. Sie war „*sich selbst Zweck - Ausrottung um der Ausrottung willen*“. In den letzten Kriegsjahren wurde ein bedeutender Teil des Schienenverkehrs für den Transport der JüdInnen zu den Gaskammern benutzt. Diese Tatsachen können durch „*eine funktionalistische Erklärung des Massenmords und eine Sündenbock-Theorie des Antisemitismus nicht einmal im Ansatz*“ erklärt werden. Auch schon vor dem Nationalsozialismus sei der moderne Antisemitismus dadurch gekennzeichnet gewesen, dass die „*Juden für die geheime Kraft hinter allen Gegnern, ob plutokratischer Kapitalismus oder Sozialismus, gehalten werden*“ und weiters, meint Postone, sei für den modernen Antisemitismus nicht nur sein säkularer Inhalt charakteristisch, sondern auch sein systemartiger Charakter. „*Er beansprucht, die Welt zu erklären.*“ Im Gegensatz zu anderen, ähnlichen Ansätzen meint Postone, dass die Personifizierungen des Juden nicht bloß als „*Träger von Geld - wie im traditionellen Antisemitismus*“ stattfindet, sondern, dass „*die rasche Entwicklung des industriellen Kapitalismus durch den Juden personifiziert und mit ihm identifiziert wird*“. Er wird für ökonomische Krisen verantwortlich gemacht und mit gesellschaftlichen Umstrukturierungen und Umbrüchen identifiziert, die mit der raschen Industrialisierung einhergehen: Explosive Verstädterung, der Untergang von traditionellen sozialen Klassen und Schichten, das Aufkommen eines großen, in zunehmendem Masse sich organisierenden industriellen Proletariats und so weiter. Mit anderen Worten: „*Die abstrakte Herrschaft des Kapitals, wie sie besonders mit der raschen Industrialisierung einhergeht, verstrickte die Menschen in das Netz dynamischer Kräfte, die, weil sie nicht durchschaut zu werden vermochten, in Gestalt des ‚Internationalen Judentums' wahrgenommen wurden.*“

Postone grenzt sich in diesem Abschnitt von Überlegungen Horkheimers und Nachfolgern ab, die meinen, dass die Personalisierungen sich wesentlich auf die Identifizierung der Juden mit dem Geld und damit auf die Zirkulationssphäre beziehen. Diese Theorien wären nicht imstande „*die antisemitische Vorstellung einzufangen, Juden stünden hinter Sozialdemokratie und Kommunismus*“. Um nun die Gründe der Personifizierung des Juden mit den Übeln des Kapitalismus zu erklären, greift Postone auf die Theorie des Warenfetisch im ersten Band des Kapitals von Marx zurück. Nach einer Nachzeichnung einiger zentraler Bestimmung der Marxschen Analyse kommt Postone zu den zentralen Punkten seiner Argumentation: „*Die dem Kapitalismus eigene Form vergegenständlichter gesellschaftlicher Beziehungen erscheint so auf der Ebene der Warenanalyse als Gegensatz zwischen Geld als Abstraktem einerseits und stofflicher Natur andererseits. Die kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen scheinen ihren Ausdruck nur in der abstrakten Dimension zu finden - etwa als Geld und als äußerliche, abstrakte, allgemeine ‚Gesetze'... Formen antikapitalistischen Denkens, die innerhalb der Unmittelbarkeit dieser Antinomie verharren, tendieren dazu, den Kapitalismus nur unter der Form der Erscheinungen der abstrakten Seite dieser Antinomie wahrzunehmen, zum Beispiel Geld als ‚Wurzel allen Übels'. Dem wird die bestehende, konkrete Seite dann als das ‚natürliche' oder ontologisch Menschliche, das vermeintlich außerhalb*

der Besonderheit kapitalistischer Gesellschaft stehe, positiv entgegengestellt. So wird - wie etwa bei Proudhon - konkrete Arbeit als das nichtkapitalistische Moment verstanden, das der Abstraktheit des Geldes entgegengesetzt ist. Dass konkrete Arbeit selbst kapitalistische gesellschaftliche Beziehungen verkörpert und von ihnen materiell geformt ist, wird nicht gesehen.“

Im weiteren Fortgang der Analyse versucht nun Postone einen Zusammenhang des Scheins von Konkretheit im Warenfetischismus mit den Theorien über „Natur“, „Rasse“ und „Blut“, wie er im 19. Jahrhundert entsteht, in Zusammenhang zu stellen, wobei bei den Nazis zu Blut und Rasse noch die Maschine kommt, die von diesen ebenfalls „als Gegenprinzip zum Abstrakten“ gesehen würde. (Weshalb die Nationalsozialisten Romantizismus, Blut und Boden und Maschinenbewunderung vereinigen konnten.) Die abstrakte Seite würde von diesen „Antikapitalisten“ einseitig als *„abstrakte Vernunft, das abstrakte Recht und, auf anderer Ebene, als das Geld- und Finanzkapital“ angegriffen, ohne dass die „geschichtlich-praktische Aufhebung des Gegensatzes“* (beider Formen der Ware) als die *„wirkliche Überwindung des Abstrakten“* erkannt würde. Nicht genug damit, diese abstrakte Seite anzugreifen, würden die AntisemitInnen diese abstrakte Seite der Wertvergesellschaftung im Juden vergegenständlichen: *„So wird der Gegensatz von stofflich Konkretem und Abstraktem zum rassischen Gegensatz von Arier und Jude. Der moderne Antisemitismus besteht in der Biologisierung des Kapitalismus - der selbst nur unter der Form des erscheinenden Abstrakten verstanden wird - als internationales Judentum.“* Im weiteren Fortgang der Analyse beschäftigt sich Postone damit, warum gerade die Juden sich zu der oben beschriebenen Personifizierung eignen konnten. Leider wird dieser Aspekt nur kursorisch behandelt. Neben den historischen Aspekten sieht Postone in den ambivalenten Formen der Nation eine Ursache, warum gerade die Juden für diese Personifizierung geeignet seien. Die Nation werde nämlich einerseits rein politisch betrachtet, in Form der vor dem Gesetz gleichen Staatsbürger, andererseits aber werde sie auch immer als durch eine gemeinsame Sprache, Geschichte, Tradition und Kultur bestimmt gesehen. *„In diesem Sinne erfüllten die Juden nach ihrer politischen Emanzipation als einzige Gruppe in Europa die Bestimmung von Staatsbürgerschaft als rein politischer Abstraktion. Sie waren deutsche oder französische Staatsbürger, aber keine richtigen Deutschen oder Franzosen. Sie gehörten abstrakt zur Nation, aber nur selten konkret. Sie waren außerdem noch Staatsbürger der meisten europäischen Länder.“* Das gestattete es, die *„Juden als wurzellos, international und abstrakt“* anzusehen.

Letztlich meint Postone auf diese Art und Weise den *„Nazismus als verkürzten Antikapitalismus“* verstehen zu können. Für ihn ist das Ende der Roehm Clique, die von vielen als Zeichen gewertet wurde, dass der Nationalsozialismus seine antikapitalistische Propaganda beendete, nachdem er die Macht ergriffen hatte, keinesfalls das Ende des verkürzten Antikapitalismus der Nazis. Der antisemitische Hass der Nazis auf das Abstrakte - der verkürzte Antikapitalismus - finde seinen letzten Ausdruck in der Vernichtung der Juden in Auschwitz. *„Auschwitz, nicht die ‚Machtergreifung' 1933, war die wirkliche ‚Deutsche Revolution' - die wirkliche Schein-‚Umwälzung' der bestehenden Gesellschaftsformation. Diese Tat sollte die Welt vor der Tyrannei des Abstrakten bewahren. Damit jedoch ‚befreiten' die Nazis sich selbst aus der Menschheit.“* Moishe Postone geht in diesem Text konsequent bis zum bitteren Ende: Aus dem Fetischcharakter, den der Warentausch annimmt, wird direkt Auschwitz erklärt.

Robert Kurz behauptet in seinem Papier „Politische Ökonomie des Antisemitismus“ zur Geldutopie von Silvio Gesell nicht, die Ausrottungspolitik der Nazis erklären zu können. Er meint allerdings, die Geldutopie von Gesell als antisemitisch analysieren zu können. Gesell versuchte in seinem Hauptwerk „Die natürliche Wirtschaftsordnung“, das er 1911 schrieb, Vorschläge für eine Reform des Kapitalismus zu machen, die Krisen und Arbeitslosigkeit verhindern sollten. Seiner Meinung nach besteht der Grund für Krisen und Arbeitslosigkeit in der Tatsache, dass Geld nicht altert. Gesell schlägt deshalb vor, dass alle umlaufenden Geldscheine (und liquiden Bankguthaben) in der Größenordnung von ca. 5 Prozent jährlich automatisch einer Entwertung unterliegen („Schwundgeld“). Sie behalten ihren Nennwert nur, wenn sie periodisch mit einer entsprechenden Wertmarke beklebt oder gegen Gebühr abgestempelt werden. Durch diese Maßnahme soll in Zukunft auch das Geld bestimmten ‚Durchhaltekosten' unterliegen, sodass die GeldbesitzerInnen ihren Vorteil gegenüber den BesitzerInnen von Waren und Arbeitskraft verlieren. Alles Geld hingegen, das im Bankensystem als Spargeld längerfristig deponiert wird und als Basis für zinslose Kredite dient, soll von diesem ‚Rost' oder ‚Schwund' des umlaufenden Geldes ebenso automatisch verschont bleiben.

Kurz und andere beschäftigen sich mit Gesell deshalb, da weltweit ein Anstieg von Versuchen zu beobachten ist, mittels Tauschringen und anderen Formen sich der kapitalistischen Krise zu entziehen und es eine Reihe von Büchern gibt, die Theorien von Gesell mit mehr oder weniger großen Modifikationen aufwärmen. So gibt es z.b. in Österreich angeblich über 40 Gesellianer Tauschringe, fünf

davon in Wien. Was uns hier interessiert, ist allerdings nicht die Kritik der Vorstellungen Gesells und seiner Nachfahren, sondern warum diese Konzepte als „Politische Ökonomie des Antisemitismus“ gekennzeichnet werden. Die Argumentation bleibt dabei der von Postone sehr ähnlich: Für Kurz ist die Kritik Gesells am Kapitalismus „verkürzt“ (was nicht zu bestreiten ist) und bleibt den fetischisierten Formen des Warentausches voll verhaftet. *„Der Hass gegen das zinstragende Kapital, der in der Krise des Geldes bei den Massen der Verlierer begriffslos und unreflektiert zu wuchern beginnt, bildet nicht nur den allgemeinen Nährboden, sondern direkt die ‚ökonomische Grundlage' von Antisemitismus und antisemitischen Pogromen.“* Und weiter unten: *„Indem ‚Jude' für die als negativ empfundene abstrakte Seite des warenproduzierenden Systems gesetzt und diese Projektion vulgärökonomisch mit dem zinstragenden Kapital identifiziert wird, brauchen im Prinzip gar keine wirklichen Juden vorhanden sein, um den antisemitischen Reflex auszulösen. Das Phantom dieser kollektiven Psychose ist allgegenwärtig, und im Pogrom ‚materialisiert' es sich zwar an den jüdischen Gemeinden als Opfern und Sündenböcken; aber notfalls können auch linke Gruppen, liberale Politiker, gesellschaftskritische Schriftsteller, moderne Künstler, Ausländer, andere religiöse Minderheiten usw. vom psychotischen Pogrombewußtsein als ‚Juden' definiert werden.“*

Kurz behauptet nicht, dass die Vertreter der „Politischen Ökonomie des Antisemitismus“ subjektiv Antisemiten sind, was auch bei Gesell schwer nachzuweisen wäre, der zwar alle möglichen rassistischen Theorien vertrat, aber niemals als Antisemit in Erscheinung trat. Dieser ist daher nicht einfach Antisemit, sondern struktureller Antisemit: *„Keineswegs geht es darum, etwa Silvio Gesell gegen jede historische Wahrheit zum Hitler-Anhänger und Nationalsozialisten zu stempeln oder jeden Gesellianer bzw. Neo-Gesellianer zum subjektiven Antisemiten. Das Problem liegt auf einer anderen Ebene. ‚Politische Ökonomie des Antisemitismus' meint, dass es einen strukturellen und historischen Zusammenhang zwischen der verkürzten Kritik des zinstragenden Kapitals und dem Antisemitismus gibt. Ideologisch handelt es sich um die beiden Seiten derselben Medaille, wobei der offene Antisemitismus sozusagen die ‚Kopfseite' bildet.“*[6]

Drei Punkte der Kritik an den Überlegungen zum Antisemitismus a la Postone und Kurz: Zurechtschneiden der Geschichte

Die Ansätze, den politischen oder modernen Antisemitismus aus der Wertform der Ware zu erklären, hat sicher Elemente, die jede Theorie über den Antisemitismus berücksichtigen wird müssen. Auch Etienne Balibar schreibt in der Sammlung seiner Arbeiten über Rassismus, Nationalismus und Klassenkampf im Zusammenhang mit dem „Klassen-Rassismus“: *„Die Personifizierung des Kapitals, eines gesellschaftlichen Verhältnisses, beginnt mit der Gestalt des ‚Kapitalisten'...Aber diese (Gestalt)reicht niemals aus, um den Affekt zu mobilisieren. Darum werden ihm entsprechend der Logik des ‚Überschusses' andere real imaginäre Züge zugeschrieben: Umgangsformen, Vorfahren (die ‚zweihundert Familien'), ausländische Herkunft, geheime Strategien, rassische Verschwörung (das jüdische Projekt der ‚Weltherrschaft'), usw. Dass diese Personifizierung vor allem im Fall der Juden im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Geldfetischismus geschieht, ist offensichtlich kein Zufall.“* Balibar, S. 260

Das Vertrackte an der Werttheorie des Antisemitismus ist, dass er alle Phänomene vom politischen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts bis zum Nationalsozialismus aus dieser einfachen Analyse zu gewinnen glaubt. Schon die Erklärung, mit der Postone zu berücksichtigen versucht, dass der Feind nicht nur der Jude in Gestalt des Kapitalisten, sondern auch in der des Sozialisten ist, indem eine Verbindung zu allen Übeln der Moderne, eben auch des Sozialismus hergestellt wird, scheint bei den Haaren herbeigezogen. Vollends unerklärlich wird aber, warum die Nazis nicht nur die Juden, sondern auch die Roma, Homosexuelle und „unwertes Leben“ ausrotteten. Dass auch die polnische politische Intelligenz zu einem Zeitpunkt planmäßig ausgerottet wurde, als diese den Nazis keinesfalls gefährlich werden konnte? Wo war hier die Wertform? Was in diesen Überlegungen völlig fehlt, ist die Behandlung der Rassenweltanschauung der Nazis. Um diese umzusetzen sei es bei den JüdInnen, sei es bei den Romas oder bei der Tötung „unwerten Lebens“, wurde ebenfalls die Rationalität (z.b. den Krieg besser führen zu können) außer Kraft gesetzt.

So wurde trotz Krieg 1944 das Programm der sogenannten „Heuaktion“ durchgeführt, in der 50.000 Kinder mit „gutem Blut“ (das heißt deutschstämmig) in Polen geraubt und nach Deutschland zu Familien gebracht wurden. (Ahrendt, S 547) So verwahrten sich die Nationalsozialisten energisch gegen den von den Alliierten geäußerten Verdacht, dass das zu Beginn des Krieges befohlene Ermorden der Geisteskranken dem Wunsch zuzuschreiben sei, „sich der unnötigen Mäuler zu entledigen.“ Karl Brandt, einer der mit dem „Programm des Gnadentods“ beauftragten Ärzte verwahrte sich energisch dagegen, es habe sich darum gehandelt überflüssige Esser loszuwerden. Die Maßnahme sei ausschließlich aus „ethischen Gründen“ diktiert gewesen. (Ahrendt, S 555) Generell ist völlig unmöglich der Entwicklung des Antisemitismus zum Holocaust der Nazis zu behandeln, ohne die Rolle des Staates und die Entwicklung des Imperialismus und Rassismus in Europa zu berücksichtigen und das Zusammenspiel mit dem Antisemitismus zu betrachten.[7]

Die Wertvergesellschaftung als das Universalprinzip, das die Geschichte verstehen lässt

Das meiner Meinung nach wesentlich problematischere an den beschriebenen Ansätzen ist, dass aus ihr alle Auseinandersetzungen in der Gesellschaft, alle sozialen Bewegungen und Klassen, alle Antagonismen verschwunden sind. Es gibt ein Prinzip, die Entwicklung der Wertform, die alles erklärt und die sich hinter allen Erscheinungen manifestiert. Auf diese Art und Weise sitzt diese Theorie einem Mechanismus auf, der generell ein Problem einer bestimmten Sicht der Geschichte im Marxismus darstellt. Während in diesem allerdings der Klassenkampf notwenig zum Kommunismus drängt, drängt hier die Wertform den Kapitalismus in den Abgrund. In einem gewissen Sinn hat diese Geschichtssicht vom Klassenkampf bzw. der Wertform etwas mit der Theorie des Rassismus gemeinsam nämlich, dass die Geschichte einen verborgenen und den Menschen (von der Theorie) enthüllten „Geheimnis“ entspringt, das die unsichtbare Ursache des Schicksals der Völker und Gesellschaften sichtbar macht. Die Theorie des Rassenkampf hat meist eine pessimistische Sicht der Entwicklung - die Rassen degenerieren - die sie mit der klassischen Theorie des Klassenkampfs nicht teilt. Wie Etienne Balibar schreibt, *„zieht der historische Pessimismus ein voluntaristisches bzw. dezisionistisches Politikverständnis nach sich: allein eine radikale Entscheidung, die den Gegensatz von reinem Willen und Selbstlauf der Dinge ... zum Ausdruck bringt, kann die Dekadenz aufhalten oder sogar umkehren. Daher die gefährliche Nähe zum Marxismus (und, allgemeiner, zum Sozialismus), wenn dieser in seiner Darstellung des historischen Determinismus bis zur ‚Zusammenbruchstheorie' geht, die ihrerseits eine ‚dezisionistische' Revolutionsauffassung verlangt.“* (Balibar, S83) Nun soll hier nicht die Bedeutung der Wahrheit einer Theorie heruntergespielt werden. Wichtig ist es aber, darauf hinzuweisen, was letztlich die Projektionen des Rassismus von linken Theorien über die Gesellschaft unterscheiden muss. Die Theorie muss nämlich wie Balibar schreibt, *„über die historische Konstituierung der sich bekämpfenden Kräfte und Kampfformen“* Auskunft geben und die Theorie muss gestatten über die Darstellung des Verlaufs der Geschichte kritische Fragen zu stellen. Den oben beschriebenen Theorien fehlen aber gerade alle Ansätze über die historische Konstituierung der sich bekämpfenden Kräfte. Nur mit solchen Darstellungen kann eine Analyse des Antisemitismus gestatten, die gegenwärtige Situation besser zu verstehen.[8]

Struktureller Antisemitismus, oder: ist eine Kritik am Finanzkapital antisemitisch?

Kurz verwendet in seinem Papier über Gesell den Begriff des strukturellen Antisemitismus, der sich in einer verkürzten Kapitalismuskritik auch von Leuten ausdrücke, die subjektiv jede Art von Antisemitismus von sich weisen würden. In diesen Zusammenhang werden in manchen Artikeln auch Positionen von Attac wie die Einführung der Tobin Steuer - das heißt eine Besteuerung von Finanztransaktionen zur Verringerung des spekulativen Handels auf den Finanzmärkten - als strukturell antisemitisch bezeichnet. Ich halte solche Bezeichnungen für nicht ungefährlich und schädlich für die politische Debatte. Für nicht ungefährlich deshalb, weil hier an so etwas wie eine Theorie einer „objektiven AntisemitIn“ gearbeitet wird. Überlegungen, Vorschläge und Gedanken zur Reform und Änderung der aktuellen Situation als objektiv das und jenes zu bezeichnen, haben in der kommunistischen Bewegung eine unrühmliche Geschichte. Bekanntlich konnte man in ihr sehr schnell als „objektiv im Dienste des Kapitalismus, des Faschismus oder Imperialismus“ diffamiert werden.

Nun wird im Artikel von Kurz explizit dementiert, dass Gesell antisemitisch gewesen sei und dadurch schon zwischen der Intention und der objektiven Wirkung unterschieden. Dennoch bekomme ich den Beigeschmack nicht los, dass hier eine Kritik, nämlich die an den Reformvorschlägen Gesells und seiner Nachfahren, durch die Verbindung mit etwas nach dem Holocaust so abscheuungswürdigen wie dem Antisemitismus diffamiert wird. Dass sich mit einem Wort eine Diskussion erübrigt, denn über antisemitische Positionen diskutiert man nicht.[9]

Mein Vorschlag wäre deshalb den Begriff des Antisemitismus dort zu verwenden, wo auch subjektiv eine antisemitische Intention und Ideologie vorhanden ist, sei es als geschlossene Theorie, sei es als Element des täglichen Vorurteils.[10] Wenn im Zusammenhang mit einer Kritik des Börsen- oder Finanzkapitals oder auch in politischen Zusammenhängen antisemitische Stereotypen verwendet werden, dann sollten sie dort als solche diffamiert und nicht mit leichfertigen objektiven Verknüpfungen die Grenze zwischen antisemitischen Äußerungen und „verkürzter Kapitalismuskritik" verwischt werden.

Material für weitergehende Debatten über den Antisemitismus

Im folgenden möchte ich mehrere Themen in die Diskussion einbringen, die es wert sind, dargestellt zu werden, und so Material für weitergehende Debatten vorstellen.

Die ChinesInnen in Indonesien und das Pogrom von 1998

Um den Zusammenhang von ökonomischen und politischen Verhältnissen in der Wechselwirkung mit den Tätigkeiten der herrschenden Schichten und einem plündernden Mob anzusehen, ist es informativ ein nicht jüdisches Pogrom näher zu analysieren: das Pogrom an den Chinesen in Indonesien im Jahre 1998 und seine Vorgeschichte. Die ChinesInnen in Indonesien machen ca. 3% der indonesischen Bevölkerung aus. Sie sind - wie meist bei eingewanderten Minderheiten - keinesfalls homogen. Grob zerfallen sie in zwei Gruppen, den EinwanderInnen von 1644 und den im späten 19. Jahrhundert von den holländischen KolonialistInnen ins Land geholten ArbeiterInnen und „Kulis". Da den chinesischen IndonesierInnen der Besitz von Land verboten war, wurden sie gezwungen, in Berufe zu wechseln, in denen die eingeborenen IndonesierInnen weniger präsent waren, vor allem im Handel. Den HolländerInnen diente die chinesische Volksgruppe als „Vermittlerin" zur eingeborenen Bevölkerung und die HolländerInnen definierten auch als erste rassistisch ethnische Grenzen zwischen den Volksgruppen und versuchten „Vermischungen" zu ver- und behindern. Die Kolonialgesetze sperrten die ChinesInnen in eine Art von Ghetto und sie mussten sich auf eine von den HolländerInnen festgelegte Art kleiden. Als im späten 19.Jahrhundert die chinesische Minderheit mehr und mehr ökonomisch erfolgreich wurde und unter anderem auch als GeldverleiherInnen Reichtümer anhäufen konnten, änderten die HolländerInnen ihre Politik und verboten den indonesischen ChinesInnen gewisse ökonomische Sektoren.

Mit dem Ende des holländischen Kolonialregimes, das durch die antikolonialen Kämpfe in Indonesien und in anderen Ländern herbeigeführt wurde, kam die chinesische Volksgruppe in den Ruf - bedingt auch durch seine Rolle während der Kolonisierung - keine wahrhaft nationale Gruppe zu sein und wurde durch gesetzliche Maßnahmen behindert im Handel zu arbeiten und gezwungen ihre Geschäfte an eingeborene Geschäftsleute zu übergeben. 1959 verstaatlichte Sukarno alle holländischen Firmen und Banken. Der Handel blieb dennoch trotz diverser diskriminierende Gesetze stark chinesisch dominiert. 1963 kam es im Rahmen von durch die Inflation bedingten Preiserhöhungen zu den ersten antichinesischen Unruhen, wobei vorerst vor allem chinesische Geschäfte und Wohnungen verwüstet wurden. Auslöser war eine Prügelei zwischen einem chinesischen Unternehmer und einem seiner Arbeiter. Im Machtkampf zwischen Sukarno und dem General Suharto wurden von Seiten Suhartos das Bild der ChinesInnen als einerseits schuld an Preissteigerungen und Krisen und anderseits schuld an den kommunistischen Kämpfen - die indonesische kommunistische Partei war die stärkste in Asien außerhalb Chinas - zu einem Massaker an KommunistInnen allgemein und chinesischen IndonesierInnen im besonderen genutzt. Dieses 1965 stattfindende Massaker waren wie die antijüdischen Pogrome in Osteuropa durch ein Zusammenspiel von herrschenden Gruppen mit dem Mob[11] gekennzeichnet. Nach dem Massaker wurden alle antichinesischen Gesetze wieder eingeführt und verschärft, gleichzeitig entwickelte sich aber eine mehr oder weniger verdeckte Zusammenarbeit der herrschenden Clique um Suharto und den chinesischen UnternehmerInnen, bei der nicht-chinesische IndonesierInnen im Regelfall als Strohmänner fungierten.

Wie in anderen südostasiatischen Ländern kam es in den 1980 und 1990 Jahren zu einer bedeutenden industriellen Entwicklung, die mit einer Steigerung des Lebensstandards relativ breiter Schichten der Bevölkerung einherging. Bis auf einige anti-



chinesische Zwischenfälle schienen die Angriffe auf die chinesische Minderheit der Vergangenheit anzugehören.

Das änderte sich, nachdem 1997 die Asienkrise ausbrach. Die rasant steigende Arbeitslosigkeit und die Preissteigerungen, welche die Existenz breiter Schichten infrage stellte und die der noch immer weitgehend chinesischen HändlerInnenschicht angelastet wurde, stürzte einerseits das Suhartoregime in die Krise. Andererseits zwang der Währungsfond die Suhartoclique zur Offenlegung der Besitzverhältnisse, die zeigte, dass neun der zehn Konzerne Eigentümer aus der chinesischen Volksgruppe hatten und das unter den 15 wichtigsten Steuerzahlern 13 chinesische Indonesier waren. Die Massaker von 1998, bei denen über tausend Menschen - in erster Linie chinesische IndonesierInnen - getötet wurden, 2-3000 Geschäfte, über tausend Wohnungen verwüstet wurden und es zu Massenvergewaltigungen an Frauen der chinesischen Minderheit kam, wurden mit Duldung und / oder direkter Organisierung von Kreisen des Militärs durchgeführt. Wie immer bei Pogromen kam es zu einem Zusammenspiel staatlicher oder parastaatlicher Stellen und dem Mob. Wenn man die „Anatomie eines Pogroms" in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wie es Léon Poliakov in seiner „Geschichte des Antisemitismus" (Band VII) beschreibt, durchliest und mit der Entwicklung in Indonesien vergleicht, findet man viele strukturelle Ähnlichkeiten:

* Im Regelfall bedarf es des Zusammenspiel des Staates oder Teile des Staates mit dem Mob, damit es zu einem Pogrom kommt.
* Virulent wird der Hass in einer politisch und/oder ökonomischen Krise.
* Es gibt eine historisch entstandene und hergestellte Möglichkeit, eine „rassisch" oder „kulturell" konstituierte Gruppe als Träger einer sozialen und/oder politischen Funktion zu sehen.
* Die Gruppe ist durch eine imaginierte oder auch reale ökonomische Macht und gleichzeitig politische Ohnmacht gekennzeichnet.
* Die Gruppe wird als eine international zusammenarbeitende „Familie" erlebt (in Asien die sogenannte Auslandschinesen), die nicht „wirklich" Teil der Nation sind.
* Es gibt einen Mob, der Träger des Hasses ist und eine Rolle in einem sozialen Verhältnis mit einem rassisch kulturellen Bild verbindet.

Trotz dieser strukturellen Ähnlichkeiten sollte man sich hüten, daraus einen historischen Determinismus zu machen. In Indonesien war gerade 1965 offen, ob die kommunistische Bewegung im Kampf für ein sozialistisches Indonesien die besondere Stellung der chinesischen IndonesierInnen irrelevant macht, oder ob es den herrschenden Schichten gelingt, die kommunistische Bewegung niederzuschlagen und dafür die chinesische Minderheit zu benutzen. Jedenfalls zeigt dieses Beispiel, dass es eine wichtige und schwierige Aufgabe ist, in Zeiten der Krise und auch des Aufstands, Personalisierungen sozialer Rollen zu verhindern.

Judenhass, Antisemitismus und der Nationalsozialismus

Postone und andere unterscheiden meiner Meinung nach richtig den traditionellen Judenhass und den modernen oder politischen Antisemitismus. Es bedurfte der Entwicklung des kapitalistischen Systems, um den modernen, politischen Antisemitismus entstehen zu lassen. Wie Hannah Arendt zeigt, gab es im politischen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts zwar mehr oder weniger Elemente des ganz elementaren Judenhasses, aber im Regelfall wurden die Juden in ihrer meist imaginierten Rolle im Staat und in der Ökonomie angegriffen. Um sich den Unterschied zwischen Judenhass und politischem Antisemitismus bewusst zu machen, ist es nützlich, eine beinahe vergessene Episode des Antisemitismus zu betrachten. Am 30. November 1918 erschien in New York ein Bericht mit dem Titel „Bolshevism and Judaism", der die weltweit am meisten gelesene Beschreibung einer jüdischen Weltverschwörung nach den „Protokollen der Weisen von Zion" werden sollte. Dieser Bericht stammt aus der Feder eines russischen Flüchtlings und war über den britischen Geheimdienst in die amerikanische Botschaft zu US-Staatsekretär Lansig gelangt. Der Bericht behauptete, dass der Beschluss zum Sturz des zaristischen Regime am 14. Feburar 1916 im jüdischen Wohnbezirk von New York durch eine Gruppe von Revolutionären getroffen wurde. Als Beweis führte der Bericht eine Liste von 31 führenden Männern an, die Russland regierten und bis auf Lenin alle Juden waren. Der Bericht machte in kürzester Zeit eine Reise um die ganze Welt. In den USA wurde er in den Zeitungen Henry Fords, der „Morning Post" und dem „Dearborn Independent" übernommen. Generell war die Zeit



durch heftige Klassenkämpfe gekennzeichnet. So fand 1919 z.B. zur gleichen Zeit ein aufsehenerregender Streik der TextilarbeiterInnen statt, die zu einem großen Teil JüdInnen waren. Im März 1919 kündigte die „New York Times" an, dass die „Roten" damit rechnen, sich in naher Zukunft der Staatsgewalt zu bemächtigen. In diesem Zusammenhang kam es zu einem Senatshearing mit dreißig Zeugen, die zum Teil die russische Revolution begrüßten, zum Teil behaupteten, dass die ganz russische Revolution von JüdInnen organisiert würde. Pater Simons, der Delegierte der MethodistInnen in Russland gab zu Protokoll, dass Hunderte AgitatorInnen, die Trotzki-Bronstein Folge leisteten, aus der East Side von New York kämen. Am nächsten Tag machte die New York Times mit folgender Schlagzeilen auf: *„Die roten Agitatoren dieser Stadt an der Macht in Russland; die ehemaligen Bewohner der East Side sind im großen Unfang verantwortlich für den Bolschewismus, sagt Dr. Simons."* Im Fortgang der Entwicklung wird dieser Bericht dann zusammen mit den „Protokollen der Weisen von Zion" in den Ministerien in Umlauf gesetzt. Trotz der Versuche der jüdischen Community diese „Anschuldigungen" zurückzuweisen, hatte diese Kampagne Folgen. 1921 wurde für jede Nation eine Einwanderungsquote von 3% festgelegt, was jüdischen EinwanderInnen den Riegel vorschieben sollte und in Jobangeboten wurde verlangt, die Religion angeben zu müssen.

Einer der aktivsten Propagandisten der Theorie der jüdischen Weltverschwörung war Henry Ford. Nachdem die oben erwähnten Artikel erschienen waren, begann er in seinem Wochenblatt, dem „Dearborn Independent", mit einer Artikelserie über die weltweite jüdische Macht, die von einer Organisation namens All-Judaan ausgeübt würde: *„All-Judaan hat seine Vize-Regierungen in London und New York. ..es ist im Begriff, die anderen Nationen zu erobern. Es besitzt schon Großbritannien, Russland kämpft noch."* Einige Wochen später begann die Zeitung, die „Protokolle" abzudrucken und versuchte gleichzeitig in der Mongolei, die hebräischen Originale der „Protokolle" zu finden. Letztlich verliefen die Versuche Henry Fords, auf breiter Basis eine Theorie der jüdischen Weltverschwörung zu propagieren, im Sand, als sich die jüdischen Organisationen zu wehren begannen und dabei Verbündete in vielen Schichten gewinnen konnten. Henry Ford änderte, nachdem er fürchtete auch geschäftlich Einbußen zu erleiden, 1928 seine Haltung und beschloss mit den jüdischen Verbänden Frieden zu schließen.

Dieses Beispiel von modernem Antisemitismus in der US-Gesellschaft zeigt deutlich, dass vorerst Antisemitismus mit Judenhass wenig zu tun haben muß. Die JüdInnen, verteilt über die ganze Welt mit ihren zum Teil noch familienähnlichen Beziehungen über nationale Grenzen hinweg, sind ein ideales Objekt von Verschwörungstheorien, wenn sie damit auch nicht allein stehen: Jesuiten, Freimauerer, KommunistInnen usw. wurden ebenfalls Ziele von Verschwörungstheorien und JüdInnen, die dann noch KommunistInnen oder Freimaurer sind, regen offensichtlich die Phantasie besonders an.

Daneben gibt es in weiten Teilen der Gesellschaft den sozusagen alltäglichen Antisemitismus und Rassismus mit seinen Vorurteilen und Bildern. Die JüdInnen sind feig, aber tüchtig und reden mit den Händen, genauso wie die ItalienerInnen laut sind, Frauenverführer und Singvögel essen. Alle diese Momente können in einer Krise zusammenkommen: der Judenhass kann mit dem politischen Antisemitismus eine gefährliche Kombination eingehen, bei der Pogrome entstehen können. Der Nationalsozialismus muss aber von allen diesen Erscheinungen getrennt gesehen werden. Auch wenn er aus politischem Antisemitismus und Judenhass hervorwuchs und letzteren verwendete, um an die Macht zu kommen. Postone zitiert richtig Darstellungen der Nazis, in denen diese ihr Rassenprogramm vom Pogrom als antiquiert abgrenzen. In Wirklichkeit wurde das Pogrom von den Nazis sehr wohl verwendet, wenn es dazu diente, die Machtbasis auszuweiten. Beispiele dafür sind leicht zu finden, wie z.b. in Österreich, wo von den Nazis zu Beginn ihrer Herrschaft vor allem in der Reichskristallnacht Pogrome organisiert und durchgeführt wurden. Aber auch in Polen wurde zu Beginn der Besetzung der vorhandene Judenhass der polnischen Bevölkerung in Pogromen ausgenützt, um für die deutschen BesetzerInnen Propaganda zu machen.

Um die rassistische Politik der Nazis zu charakterisieren und auch um zu verstehen, wieso z.b. bei der Judenvernichtung durch Eichmann wider die elementare Logik der Kriegsführung verstoßen wurde, müssen erst einmal die Äußerungen Hitlers und andere Führer ernst genommen werden. Ihnen ging es um die Weltherrschaft, basierend auf rassischen Naturgesetzen. Wie Arendt schrieb waren die Nazis dabei *„nicht der Meinung, dass die Deutschen eine Herrenrasse seien, denen die Welt gehöre, sondern, dass sie von einer Herrenrasse geführt werden müssten wie alle anderen Völker, und dass diese Rasse erst im Entstehen sei."* (Arendt S 637)

Diese Aufgabe aber müssen in Jahrhunderten gemessen werden, eine Niederlage im Krieg ist da weniger wichtig als die Ausrottung der Rasse der Juden. Das Erschreckende, das bei der Lektüre von Hannah Arendt über die „Elemente und Ursprünge

totaler Herrschaft“ klar wird (trotz aller Einwände, die man gegen ihre Theorie der totalen Herrschaft machen kann und muss), ist, dass der Stalinismus durch eben diese Eigenschaft gekennzeichnet war: nämlich die Verteidigung des Landes aufs Spiel zu setzten, um den Terror wüten zu lassen. Die Vernichtung der Kulaken, die Hinrichtung und Deportierung eines großen Teils der kommunistischen Kader und die Ausrottung fast der gesamten Spitze der roten Armee, kostete nicht nur Millionen Menschen das Leben, sondern sie war genauso wenig „funktional“ wie der Holocaust. Aber nicht nur das, die Opfer des Terrors waren genauso „unschuldig“ wie die JüdInnen. Im stalinistischen Terror spielte die Gegnerschaft zum Regime praktisch keine Rolle.

Jedenfalls wurde im Übergang vom modernen Antisemitismus zum Nationalsozialismus eine Grenze überschritten, die sich an vielen Elementen zeigen lässt. Auch die jüdische Verschwörungstheorie anhand der „Protokolle“ wurde von den Nazis in völlig anderer Weise verwendet als von den Antisemiten vor ihnen: In den 20er Jahren waren in Deutschland und Mitteleuropa 100.000 Exemplare dieses Machwerks verkauft worden. Wie in den USA wurden sie zur allgemeinen Judenhetze verwendet. Die Nazis drehten diese Sache um, sie machten daraus ein *„Handbuch für die künftige Organisation deutscher und arischer Massen“*(Arendt, S. 568).

Die Nazipropaganda präsentierte *„den Juden“ als Herrscher der Welt, um versichern zu können, dass „diejenigen Völker, welche den Juden zuerst durchschaut und bekämpft haben, seinen Platz in der Beherrschung der Welt einnehmen werden.“*[12] Die Fiktion einer gegenwärtigen jüdischen Weltherrschaft bildete die Grundlage für die Illusion einer zukünftigen Weltherrschaft der deutschen Rasse. Arendt meint, dass die weite Verbreitung der „Protokolle“ gerade in einer Zeit, in der nur noch Weltmächte die Chance einer souveränen Existenz zu haben schienen, die „Protokolle“ umgekehrt als Rezept zur Weltherrschaft gelesen, einen Ausweg anzubieten scheinen, wie durch gute Organisation trotz der herrschenden Machtverhältnisse die Welt beherrscht werden kann.[13]

Der Antisemitismus heute

1988 erschien der Sammelband „Rasse, Klasse, Nation“ von Etienne Balibar und Immanuel Wallerstein. Dieses Buch gilt unter Linken als eines der Standardwerk für die Einschätzung des modernen Rassismus, das heißt über den Rassismus nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus. Bemerkenswert in Bezug auf unsere Frage ist, dass in dem Buch der Antisemitismus nur als eine besondere Form des Rassismus vorkommt und an ihm die im Buch behandelt Themen wie Verbindung von Nationalismus und Rassismus in seinem Extrem gespiegelt werden. Z.B. behandelt er die Gleichsetzung von Rassismus, Antisemitismus und Nazismus unter dem Aspekt, dass damit der rassistische Charakter der Politik gegen die MigrantInnen als nicht rassistisch bezeichnet werden kann. Die Verbindung des Antisemitismus mit den sich damals in Europa entwickelnden fremdenfeindlichen Bewegungen hat nach Balibar für diese die Aufgabe, den *„eigentlich unvorstellbaren Charakter der nazistischen Ausrottungspolitik...als metaphorischen Hintergrund für den Ausrottungswunsch abzugeben, der auch dem antitürkischen oder antiarabischen Rassismus innewohnt.“* (Balibar, S 58) Die brennende Asylantenheime bestätigten diese Einschätzung.

Antisemitismus als eigenständiges Phänomen schien 1988 von geringerer Bedeutung zu sein. Einen wichtigen Einschnitt, der die Situation in dieser Frage geändert haben könnte, ist, wie schon oben erwähnt, dass der Wegfall des Ostblocks es nicht mehr gestattet, wie das vorher war, alle Erscheinungen in den Konflikt zwischen Kapitalismus und dem „kommunistischen Reich des Bösen“ einzuordnen. Die jüdische Weltverschwörung spielte während des kalten Krieges keine bedeutende Rolle.[14]

Ein anderer Faktor könnte die „Globalisierung“ sein: die Entstehung eines globalen Empires, dessen Entstehung im Buch von Hardt und Negri versucht wird aufzuzeigen. Die oft anonymen und intransparenten Strukturen des Empire bieten ein weites Feld für Verschwörungstheorien aller Art. Die Auseinandersetzung des Empires mit dem internationalen Terrorismus und die antisemitischen Theorien nicht weniger dieser TerroristInnen bilden einen weiteren Punkt, der die neuerliche Bedeutungszunahme der Frage des Antisemitismus erklären könnte.

Wie im Artikel gezeigt wurde, können politische und/oder ökonomische Krisen Antisemitismus und andere Rassismen virulent machen und zu Massakern und Pogromen führen. Das führt uns zu der Frage des Zusammenhangs zwischen rassistischem und antisemitischem Mob und Multitude. Die Multitude ist der Trend zu Widerstand, Aufstand und konstituierender Macht der produktiven Singularitäten, meint Negri. Hat Negri recht oder seine KritikerInnen, die meinen, dass er die nationalchauvinistischen Neigungen des Weltproletariats unterschätzt?

e-mail: francois.naetar@gmx.at

Literatur:

Arendt, H. (1962): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Piper Verlag.

Balibar, E. Wallerstein, I. (1990): Rasse, Klasse, Nation, Argument Verlag.

Demirovic, A. Bojadijev, M. (2002): Konjunkturen des Rassismus, Westfälisches Dampfboot Verlag.

Miles, R. Rassismus, (1991): Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Argument Verlag.

Poliakov, L. (1979-1989): Geschichte des Antisemitismus, Band I-VIII, Athenäum Verlag.

Anmerkungen:

1Verschiedene AutorInnen verwenden verschiedene Bezeichnungen, um den Unterschied zwischen dem Antisemitismus seit dem 19 Jahrhundert vom Antisemitismus des Mittelalters zu unterscheiden. Antisemitismus und moderner Antisemitismus (Poliakov), Judenhass und politischer Antisemitismus (Ahrendt). Mir scheint das letzte Begriffspaar besser geeignet, um den auch im modernen Antisemitismus vorhandenen Judenhass mitdenken zu können.

2 In Ungarn war der für seine antisemitischen Hetzereien bekannte Politiker Csurka und seine Bewegung z.b. der einzige, der offen gegen die US Intervention im Irak auftrat. Aber auch bei der FPÖ wäre es interessant zu untersuchen, wie sich ihre Begeisterung über den israelischen Sieg im 6-Tage Krieg 1967 und ihre Hetze gegen die PalästinenserInnen in eine „Unterstützung“ des gerechten Kampfs des palästinensischen Volkes verwandelte.

3 Auch in der arabischen Welt gibt es keine „eigene“ Verschwörungsliteratur, sondern es werden die „Weisen von Zion“ gedruckt und gelesen.

4 Beide Artikel sind im Internet leicht auffindbar. Postone: http://www.nadir.org/nadir/aktuell/2002/01/19/8195.html Kurz: http://www.giga.or.at/others/krisis/r-kurz_antisemitismus_krisis16-17_1995.html

5 Adolf Hitler, Brief an Adolf Gemlich, 16. 9. 1919, in: Sämtliche Aufzeichnungen, hg. v. E. Jäckel, S. 89: „Der Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen wird seinen letzten Ausdruck finden in der Form von Pogromen. Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muss führen zur planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte der Juden, die er zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden besitzt (Fremdengesetzgebung). Sein letztes Ziel aber muss unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein.“

6 Eigentlich betrachtet Kurz ja die gesamte sozialdemokratische und kommunistische Arbeiterbewegung als strukturell antisemitisch, denn „Eine wirklich radikale Kritik der kapitalistischen Produktionsweise (und nicht bloß der kapitalistischen Zirkulations- und Distributionsweise) müsste dagegen die Wertform als solche, die betriebswirtschaftliche Rationalität und damit die Abstraktionsform ‚Arbeit' ins Visier nehmen, wovon der Marxismus weit entfernt ist. So erweitert er die in der Politischen Ökonomie des Antisemitismus enthaltene Dämonisierung des zinsnehmenden Geldkapitalisten bloß auf die Figur des Produktionskapitalisten, ohne das Paradigma einer verkürzten Subjektivierung und Soziologisierung des Fetischverhältnisses zu verlassen. Mehr noch: durch diese analoge Verkürzung wurde der Marxismus selber immer wieder anfällig für antisemitische Motive, wovon seine Geschichte reichlich Zeugnis ablegt.“

7 Mit „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ von Hannah Arendt liegt ein Werk vor, das diese Verbindung - inklusive auch der stalinistischen Formen der Vernichtungsprogramme - behandelt. Diese nichtmarxistische Autorin legt in diesem Werk eine Analyse der Entwicklung des Antisemitismus, Rassismus und Imperialismus zum Holocaust und den Formen „totaler Herrschaft“ unter Hitler und Stalin vor, die schon durch die Behandlung eines umfangreichen Materials an historischen Fakten einer tiefgehenden Auseinandersetzung wert wäre. Dass die Auseinandersetzung mit diesem Buch innerhalb der Linken nicht oder nur in homöopathischen Dosen stattgefunden hat, ist meiner Meinung der Grund, warum die explizit linke Theorie des Antisemitismus derart abstrakt und unzulänglich bleibt.

8 Zwei Details dazu, welche Überlegungen eine konkrete, historische Betrachtung der sich konstituierenden und bekämpfenden Kräfte anstellen müsste. Wie Hannah Arendt überzeugend darlegt, war es zu Beginn des politischen Antisemitismus in Deutschland und Frankreich gerade die Identifizierungen der JüdInnen mit dem Staat - den diese zu finanzieren halfen - ‚der nacheinander verschiedene Klassen und Schichten - als erste der Adel - zu politischen antisemitischen Argumentationen greifen ließ. Der Staat kommt aber in der obigen Argumentation überhaupt nicht vor. Weiters zeigt sie, dass in Deutschland (nicht in Österreich) die einzige Klasse, die im 19. Jahrhundert vor der imperialistischen Entwicklung nicht zu dieser antisemitischen politischen Argumentation fand, das Proletariat war.

Nach der Einschätzung von Arendt erklärt sich die relative Immunität der ArbeiterInnen in Deutschland gegenüber den Antisemitismus einerseits aus dem Unglauben mittels, des bestehenden Nationalstaates ohne Revolution die gravierenden wirtschaftlichen Probleme lösen zu können(?) und andererseits daraus, dass JüdInnen in der Kapitalistenklasse, mit der die ArbeiterInnen im täglichen Klassenkampf in der Fabrik zu tun hatte, keinerlei Rolle spielten.

9 Dass hier nicht haltlose Vorwürfe gemacht werden, zeigte sich für mich in einer Veranstaltung von Kurz in Wien, wo ein Zuhörer einen Diskussionsbeitrag a la Gesell von sich gab und Kurz statt diese Vorschläge konkret zu kritisieren, den Beitrag als strukturell antisemitisch kennzeichnete und damit die Debatte abwürgte.

10 In der Diskussion über den Rassismus, vor allem den institutionellen Rassismus, gab es im englischen Sprachraum eine Debatte über den „überdehnten Rassismusbegriff“. Dieser betrachtete nicht nur Ideologien und Bedeutungskonstruktionen, sondern setzte den Rassismusbegriff praktisch mit Ausgrenzungspraktiken gleich. Einer der Gründe für diese „Überdehnung“ war, dass sich immer weniger offen als RassistInnen bekannten und die Rasse in vielen Diskursen durch die Kultur ersetzt wurde, oder überhaupt als „sekundärer Rassismus“ auftauchte, der als Grund für Ausgrenzungen den Rassismus der Masse nannte, der nicht herausgefordert werden dürfe.

Dennoch zeigt Robert Miles in seinem Buch „Rassismus“ überzeugend, dass es richtig ist, die Ideologie des Rassismus z.B. von Ausgrenzungspraktiken zu unterscheiden, obwohl letztere als eine Ursache oft Rassismus haben.

11 Hannah Arendt zeigt, dass im Frankreich der Dreyfus-Affäre und in den beginnenden faschistischen Bewegungen der Mob, der Träger des Pogroms, sich aus Elementen der deklassierten Mittelklassen zusammensetzte. Aus welche Schichten in Indonesien sich der Mob zusammensetzte, geht aus den Analysen der Pogrome in Indonesien nicht hervor.

12 Goebbels´ Tagebücher nach Arendt, S 570

13 Ein ähnliches Motiv könnte auch bei der weiten Verbreitung der Protokolle in den arabischen Ländern am Werk sein.

14 Zum Teil setzte die sowjetische Propaganda in ihrer „antizionistischen Argumentation“ auf jüdische Stereotypen. Aber der US-Imperialismus wurde von ihr nicht mit den „Juden der Ostküste“ identifiziert.

Robert Brenner: Boom & Bubble

Die USA in der Weltwirtschaft. Aus dem Amerikanischen von F. O. Wolf

Hamburg 2003 (VSA Verlag), Euro 24.80, 350 Seiten

Boom & Bubble ist, nach Brenners eigenen Angaben, der erste Teil einer in Überarbeitung befindlichen Neuauflage seiner Studie aus dem Jahr 1998, *The Economics of Global Turbulence (Economics*). Man sollte sich daher beide Texte vornehmen, wenn man sich auf die heftige Diskussion einlassen will, die ihre Publikation ausgelöst hat.[1]

Economics stellte die Entwicklung der Weltwirtschaft (exemplarisch anhand der Trias USA, Japan und Deutschland)[2] seit 1950 auf der Grundlage eines originären theoretischen Ansatzes dar. Zentrales Interesse aller derartiger Arbeiten[3] war es, die Bewegungsgesetze der globalen kapitalistischen Ökonomie in dieser Entwicklungsphase zu bestimmen, d.h. vor allem die Ursachen für den langen Aufschwung nach 1945 und die langfristige säkulare Stagnation seit dem Anfang der 70er Jahre. Zentrales Moment der marxistischen Ökonomie ist dabei der Fall der durchschnittlichen Profitrate, der damit verbundene Einbruch der Investitionen und der Produktivität (*Economics* 1998: 6-8).

Boom & Bubble konzentriert sich auf die Entwicklung seit den frühen 80er Jahren bis Mitte 2001: Kern der Analyse ist die Diskussion über die sogenannte \`New Economy´und deren Potential für einen neuerlichen breiten, langfristigen Aufschwung der USA (und der Weltwirtschaft) seit Mitte der 90er Jahre. Eine fundierte Analyse des Booms der 90er Jahre, der Entwicklung spekulativer Blasen und Finanzkrisen im Gefolge der rasanten neueren Entwicklung des Finanzkapitals, sowie die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen ist nach Brenner nur möglich, wenn die Kräfte und Faktoren bestimmt werden, die für die kontinuierliche Stagnation der Weltwirtschaft seit den 70er Jahren verantwortlich sind. Der Grund für die heillose Aufregung über Brenners Analyse in weiten Kreisen der akademischen Linken ist, daß sie Brenner vorwirft, einige heilige Kühe des von ihm so genannten \`Fundamentalistischen Marxismus´ (*Economics* 1998; 11) hingemordet zu haben: Das allseits sehr geschätzte \`Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate´ und die weitverbreitete Standardversion einer angebotsseitig begründeten \`Profitklemme´, in der die Kapitalakkumulation ihre Grenze in einem beschränkten Angebot von Arbeitskraft, steigenden Löhnen und organisiertem Widerstand (Gewerkschaften, Sozialpartner, \`Fordistische Akkumulation´) findet (die \`Widersprüche des Keynesianismus´, *Economics* 1998; 13-22).

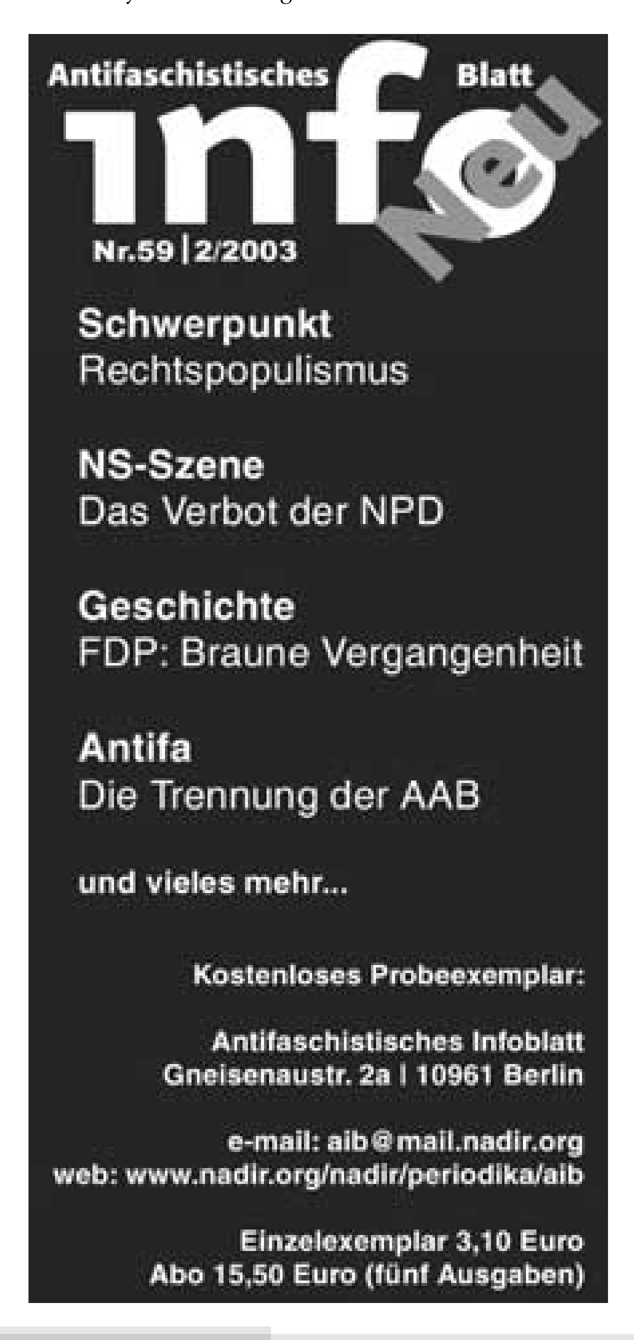
Beide Theorieansätze sind in den letzten Jahrzehnten unter Feuer gekommen. Der tendenzielle Fall der Profitrate aufgrund zunehmender organischer Zusammensetzung des Kapitals impliziert eine Malthusianisch/Ricardianische Krisentheorie, derzufolge die Akkumulation des Kapitals unmittelbar zu einem säkularen Fall der Gesamtproduktivität (bezogen auf konstantes und variables Kapital!) führt - die Formulierung des \`Gesetzes´ leidet an begrifflichen Unschärfen,[4] und die Kritik zeigt, daß der Ansatz nur unter paradoxen Annahmen zu den postulierten Ergebnissen führt (*Economics* 1998; 11-12).

Brenner legt eine vernichtende Kritik an der These vor, derzufolge der Fall der Profitrate durch Lohnerhöhungen und den hinhaltenden Widerstand der Arbeiterklasse verursacht wurde - die Substitution von Arbeitskraft durch Kapital (technischer Fortschritt, Produktion relativen Mehrwerts, Entwicklung der Großen Industrie), die weltweite Zunahme der industriellen Reservearmee, Migration und Kapitalexport (\`Globalisierung´ der Produktion durch Auslagerung) verhindern eine *dauerhafte* Senkung der Profitrate durch Lohndruck (*Economics* 1998; 13-22). Eine Krisentheorie auf Basis \`vertikaler´ Klassenauseinandersetzungen um die Verteilung des Gesamtmehrwerts ist somit empirisch unhaltbar! Warum fällt also die Profitrate in den 70er Jahren und verbleibt auf einem dramatisch niedrigeren Niveau als vorher?

Brenners Kritik setzt an der Wettbewerbstheorie an: Sowohl die Klassik (Adam Smith´s „invisible hand") als auch die Neoklassik (Allgemeine Gleichgewichtstheorie) gehen davon aus, daß der ungeplante, spontane Wettbewerb von Einzelkapitalen in einer Volkswirtschaft zu stabilen Gleichgewichten führt. Technischer Fortschritt (Innovation, Steigerung der Produktivkräfte) ermöglicht entweder eine Reduktion des Mitteleinsatzes (Entwertung) in der Produktion eines gegebenen Outputs, oder eine Erhöhung der Outputmenge bei fixem Faktoreinsatz (bzw. eine Kombination beider Effekte): Bei gegebenem Marktvolumen und konstanten Preisen impliziert dies eine Erhöhung der Profitrate und/oder der Marktanteile, die auf das \`progressivere´

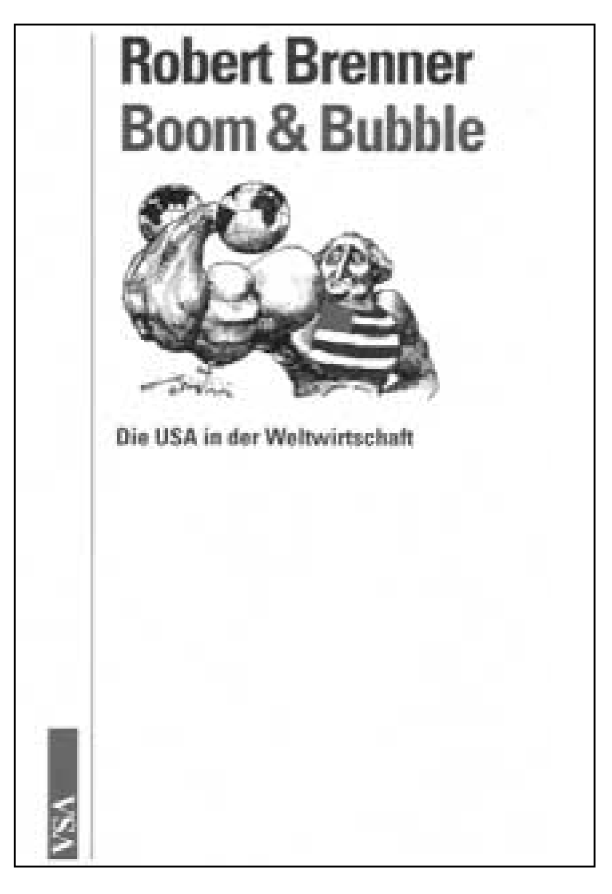
Einzelkapital entfallen. Die Theorie unterstellt, daß sich alle anderen Unternehmen dem Marktführer anpassen oder ihre Kapazitäten reduzieren, d.h. ihre Investititonen in andere Bereiche verlagern. Mitnichten ...

Cosi fan tutte heißt Schluß mit lustig: Brenner analysiert den Prozeß der Kapitalakkumulation und die Entwicklung von Produktivität und Profitabilität auf der Ebene des Gesamtsystems der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die individuelle Profitmaximierung der Einzelkapitale über Produktivitätssteigerung führt dabei nicht zur Angleichung zentraler ökonomischer Größen (`Konvergenz´, Ausgleich der Profitraten), sondern zu ungleicher Entwicklung und zu spezifischen Mustern von Produktion und Verteilung, die die Profitabilität des Gesamtsystems untergraben. Maßnahmen seitens der Einzelkapitale, dieser Entwicklung entgegen zu steuern, verschlimmern diese Situation nur noch mehr. Die Konkurrenz führt tendentiell zur schrankenlosen Steigerung der Produktivität *aller* Einzelkapitale einer Branche, d.h. zur ständigen Ausweitung des Angebots. Bleibt die aggregierte Nachfrage unverändert, müssen die Preise fallen - sollen die Preise unverändert bleiben, muß gleichzeitig die Nachfrage steigen, also der Markt erweitert werden. Brenner geht nun davon aus, daß innovative Unternehmen versuchen, die durchschnittliche Profitrate innerhalb ihrer Branche zu realisieren, indem sie sowohl ihre Produktionspreise senken als auch ihren Marktanteil auf Kosten unterdurchschnittlich produktiver Unternehmen steigern. Etablierte Unternehmen, die über längere Zeiträume große Mengen von fixem Kapital akkumuliert (und bereits abgeschrieben) haben, nehmen lieber einen Fall der Profitrate in Kauf als das Risiko einer substantiellen Neuorientierung ihrer Aktivitäten. Das Ergebnis sind endemische Überkapazitäten und *Überproduktion im Hinblick auf die jeweils etablierte durchschnittliche Profitrate* in einer ständig zunehmenden Anzahl von Industriebranchen.



Brenner unterlegt seine These mit einem geradezu unglaublichen Reichtum an empirischem Material - eine tour de force durch die Wirtschaftsgeschichte seit 1950. Er dokumentiert akribisch die nachholende Industrialisierung Europas und Japans bis 1970 (forciert durch risikomindernde institutionelle Faktoren wie staatliche Industrie- und Wachstumspolitik, Finanzrepression, Sozialpartnerschaft, Preis-Lohn-Abkommen, und die Verflechtung von Banken und Industrie), die Entwicklung von Skalenökonomien, die durch unterbewertete Währungen von anfang an auf Export und die Erhöhung von Weltmarktanteilen ausgerichtet waren, und die Absicherung dieser Entwicklung durch die expansive Nachfrage seitens der USA (nicht zuletzt durch zunehmende Budgetdefizite). Überproduktion und die Penetration des US-Marktes durch Importe reduzieren die Möglichkeit des verarbeitenden Sektors zur Preisanhebung und führen zu fallenden Profitraten.

Beide Arbeiten dokumentieren die vergeblichen Versuche der verarbeitenden Industrie in den USA, dieser Entwicklung entgegenzusteuern: Akzeptanz reduzierter Profitraten, technologische und organisatorische Innovation zur Senkung der Produktionskosten, Umstrukturierungen des Arbeitsprozesses, Angriffe auf Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen, Lohndruck, Schließungen von Betrieben, Auslandsinvestitionen - Maßnahmen, die auch die Konkurrenz setzt und die das Problem redundanter Kapazitäten nur verschärfen. Die öffentliche Hand sekundiert mit keynesianischer



Nachfragesteuerung über Budgetdefizite, Steuersenkungen und eine Lockerung der Geldpolitik, die aufgrund geringer Investitionsanreize nicht zu mehr Produktion und Wachstum führt, sondern zu Kapitalexport (Auslandsinvestitionen, Kreditvergaben an Lateinamerika), Inflation und zur Passivierung der Leistungsbilanz. Fazit: Abwertung des US-Dollars, Aufkündigung des Bretton-Woods Systems 1971 und - Ende der 70er Jahre - Stagflation. Frei flottierende Wechselkurse erhöhen seither die Unsicherheit der Konjunkturzyklen, das Volumen spekulativer Finanzanlagen und die Bedeutung strategischer Wechselkurspolitik - in Verbindung mit der zunehmenden Deregulierung und Liberalisierung von Finanzdienstleistungen (insbesondere kurzfristiger Kapitalströme) erhöht sich die Instabilität des globalen Finanzsystems.

Nach 18 Monaten drakonischer Hochzinspolitik in den USA ist das Experiment gescheitert, der verarbeitende Sektor am Rande des Zusammenbruchs und alternativlos dem Zwang weiterer Rationalisierung und Umstrukturierung unterworfen. Der Wechsel zu Reagans Wirtschaftsprogramm bringt die erste der notorischen Steuersenkungen für die Reichen (ohne den dadurch erwarteten Investitionsaufschwung) und das bislang größte Budgetdefizit durch `Star Wars´ (SDI). Während die Zinssätze auf Rekordniveau klettern, den Dollarkurs nach oben treiben und eine beispiellose Kreditklemme mit sich bringen, restrukturiert sich die amerikanische Industrie auf Kosten der Lohnabhängigen. Lateinamerika geht in die Verschuldungskrise (Mexico 1982, `das verlorene Jahrzehnt´), während die niedrigen Wechselkurse die Exportwirtschaft Japans und Deutschlands in ungeahnte Wachstumsraten treiben und das Leistungsbilanzdefizit der USA verschärfen.

Das Plaza-Abkommen der G5-Staaten von 1985 führt zu einer konzertierten zehnjährigen Dollarabwertung, die die Regeneration der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der USA flankiert - neben fortgesetzter Restrukturierung durch feindliche Übernahmen mit anschließender Filetierung, stagnierenden Reallöhnen und Intensivierung der Arbeit. Parallel dazu nehmen spekulative Finanzveranlagungen zwecks Pflege von Aktienkursen zu (Aktienrückkäufe, Übernahmen und Aquisitionen), was zu rasant steigender Unternehmensverschuldung führt. Unter den herrschenden Bedingungen zunehmender Überkapazitäten und stagnierender Gesamtnachfrage auf dem Weltmarkt wird die Konkurrenz zum Nullsummenspiel, in dem nun Japan und Europa vor die Hunde zu gehen drohen (`Eurosklerose´). Die Konkurrenz verschärft sich durch die rasant expandierenden Länder Südostasiens, deren Wechselkurs an den Dollar gebunden ist - die Aufwertung des Yen führt zum Exporteinbruch in Japan und forciert gleichzeitig japanische Kapitalexporte in die USA sowie Direktinvestitionen in den `Tigerstaaten´: Das kurze fiebrige Zeitalter des `Asiatischen Wirtschaftswunders´ bricht aus, während Japan durch eine extreme Lockerung der Geldpolitik in eine Spekulationsblase treibt, die 1989 implodiert.

Brenner beschreibt die Entwicklung des Booms der US-Wirtschaft aus der zunehmenden wechselseitigen Abhängigkeit - auf Gedeih und Verderb - der führenden kapitalistischen Volkswirtschaften (etwa der Finanzierung amerikanischer Haushaltsdefizite in den 80er Jahren durch Bondkäufe japanischer Versicherungen, die im Gegenzug die Nachfrage nach japanischen Exporten finanzierten. Oder die Bereitschaft Japans, auch nach dem Börsenkrach 1987 in amerikanische Treasuries zu investieren und damit hohe Wertverluste durch einen weiteren Fall des Dollars zu riskieren). Er verfolgt minutiös die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte, den Aufstieg des Finanzkapitals seit den 70er Jahren (Recycling von Euro- und Petrodollars über private Kreditvergaben an Entwicklungsländer; Steuerreformen, Hochzinspolitik als Garant für stabile Erträge auf Kredite und Gewinne auf Staatsanleihen) und die zunehmende Häufigkeit spekulativer Blasen (US Savings- and Loan Banks; `Fusionsfieber´ und feindliche Übernahmen der 80er Jahre, Japan Ende der 80er Jahre,

Südostasien bis 1995). Er behandelt deren Implosion und die legendären und zunehmend kostspieligeren Rettungsaktionen für westliche Investoren auf Kosten der Allgemeinheit seitens des Währungsfonds und der Zentralbanken. Er entwickelt den Zusammenhang zwischen monetären und realen wirtschaftlichen Faktoren als entscheidende Momente für die Verlängerung und Verstärkung des Booms nach dem Übergang zur konservativen Fiskalpolitik der Clinton-Regierung. Und er dokumentiert völlig ungerührt und sachlich den größten Raubzug, den das Kapital in seiner jüngsten Geschichte verbrochen hat.

Als die mexikanische Pesokrise 1994/95 und die Flucht aus dem Dollar Japan an den Rand des Zusammenbruchs bringen, beschließen die USA, Japan und Deutschland im sogenannten `umgekehrten Plaza-Abkommen´ eine Aufwertung des Dollars: Die amerikanische Industrie hat erfolgreich restrukturiert und hält´s aus, während der steigende Dollarkurs die exportorientierten Volkswirtschaften Südostasiens und Lateinamerikas zunehmend in Schwierigkeiten bringt, die ihre Währungen an den Dollar gekoppelt haben. Zunehmende Instabilität in der Weltwirtschaft führen zu enormen Kapitalströmen in die USA, die ein kreditfinanziertes, binnenmarktzentriertes Wachstum ermöglichen.

Der einsetzende Boom der Informationstechnologie entwickelt sich zum Rausch der Versprechungen und nährt die Erwartungen grenzenlosen Wachstums und eines neuen, unendlichen säkularen Aufschwungs. Massive Überinvestitionen und spekulative Kurspflege führen zu einem beispiellosen Aktienboom, der so gut wie jeder realen Grundlage entbehrt.

Als auch die amerikanische Zentralbank und der Heilige Alan Greenspan dem Paradigma der `New Economy´ folgen, gibt es kein Halten mehr: Als im Gefolge der Asienkrise und des Zusammenbruchs in Rußland einer der größten Hedgefonds (LTCM) zahlungsunfähig wird, droht eine Bankenkrise und der Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems. Die Rettungsaktion der amerikanischen Federal Reserve und einiger Großbanken sorgt bei Investoren für die beruhigende Gewißheit, daß sie sich unter allen Umständen auf einen Lender of last resort verlassen können, der für ausreichende Liquidität sorgt. Der Kapitalzufluss in den USA und die Spekulation auf die `New Economy´ führen daraufhin zu einem Anstieg der Aktienkurse jenseits von Gut und Böse - die aus den hohen Aktienkursen resultierenden Vermögensgewinne erleichtern den Zugang zu Krediten, fördern Konsum als auch Investitionen, und unterstützen zusätzlich den Boom. Im Frühjahr 2000 ist dann die Show endgültig vorüber - es kommt zum Crash, der das ganze Ausmaß der Überinvestitionen offenlegt und in der Folge zu einem Massaker der `New Economy´führt. Die folgenden Monate bringen die Aufdeckung massiver Buchhaltungsschwindel und den vollkommenen Vertrauensverlust der Anleger in die Verflechtung von Finanzinstituten und Großunternehmen, massive Investitionszurückhaltung und die Rückkehr zum *status quo ante.*

Fazit: 9/11 kam ja fast wie bestellt, die Regierung Bush jr. kehrt zum *deficit spending* Reaganscher Dimensionen zurück, die das Budgetdefizit der USA in neue Rekordhöhen treiben, während gleichzeitig das Handelsbilanzdefizit explodiert. Die forcierte Dollarabwertung in Verbindung mit Steuererleichterungen und expansiver Geldpolitik ist gut für die Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft, hat jedoch gravierende Auswirkungen auf alle anderen Länder. Die nächsten Krisen sind in Vorbereitung, und ihre Dimensionen werden nicht geringer ...

Es ist müßig, den Versuch zu unternehmen, Brenners Arbeit in wenigen Absätzen zu rezensieren - es ist geradezu unmöglich, die Stringenz und Dichte der Argumentation zusammenzufassen, ohne sie dabei unzulässig zu verkürzen. Das Ding wird uns noch auf Jahre hinaus Freude machen - also lesen wir´s, und streiten wir drüber.

Ekke Weis

Anmerkungen:

1 Brenner, Robert (1998) „Uneven Development and the Long Downturn: The Advanced Capitalist Economies from Boom to Stagnation, 1950-1998“, new left review 229: „The Economics of Global Turbulence. A Special Report on the World Economy“, 1950-98. Zitiert als *Economics* . „The Boom and the Bubble: The US in the World Economy“ wurde ursprünglich 2002 bei Verso verlegt. Bibliographische Angaben sowie ein Überblick über die Diskussion finden sich auf den Seiten 324-345 der deutschen Ausgabe.

2 Brenner zur Auswahl und zum Problem der Verzerrung: Zwischen 1950 und 1994 stieg der Anteil dieser drei Volkswirtschaften an der gesamten Wertschöpfung der 17 führenden kapitalistischen Ökonomien von 60% auf 66%. Die Verflechtungen zwischen ihnen spielen eine führende Rolle bei der Gesamtentwicklung. (*Economics* 1998:9).

3 Genannt werden Andrew Glyn & Bob Sutcliffe (1972) „Capitalism in Crisis“; Ernest Mandel (1987) „Late Capitalism“; Armstrong-Glyn/Harrison (1991) „Capitalism since 1945“; and Makoto Itohs (1990) „The World Economic Crisis and Japanese Capitalism“.

4 Zur Kritik am `Fall der Profitrate´ vgl. Michael Heinrich (1999) „Die Wissenschaft vom Wert“, Münster: Westfälisches Dampfboot: 327-340.

Wolf Wetzel: Krieg ist Frieden

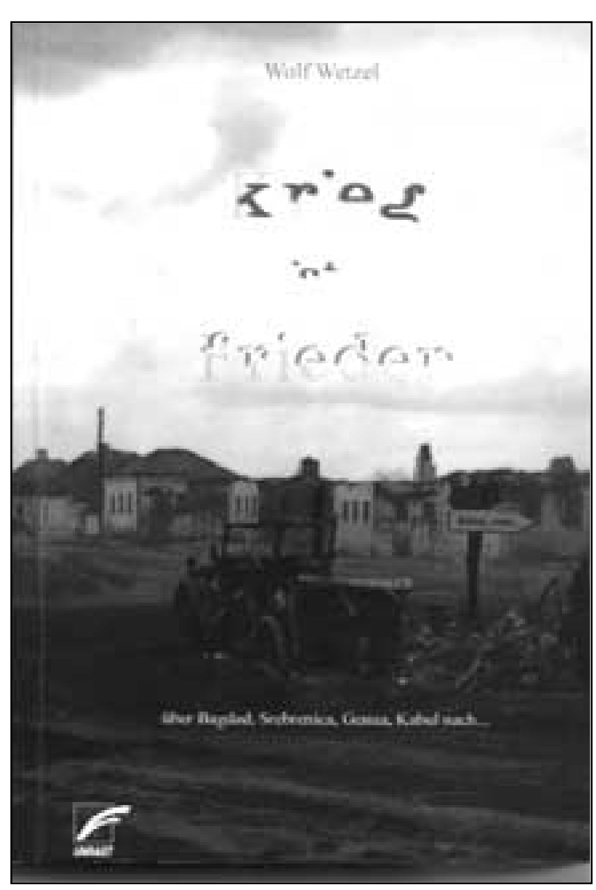
Münster 2002 (Unrast Verlag), 14 Euro, 228 Seiten

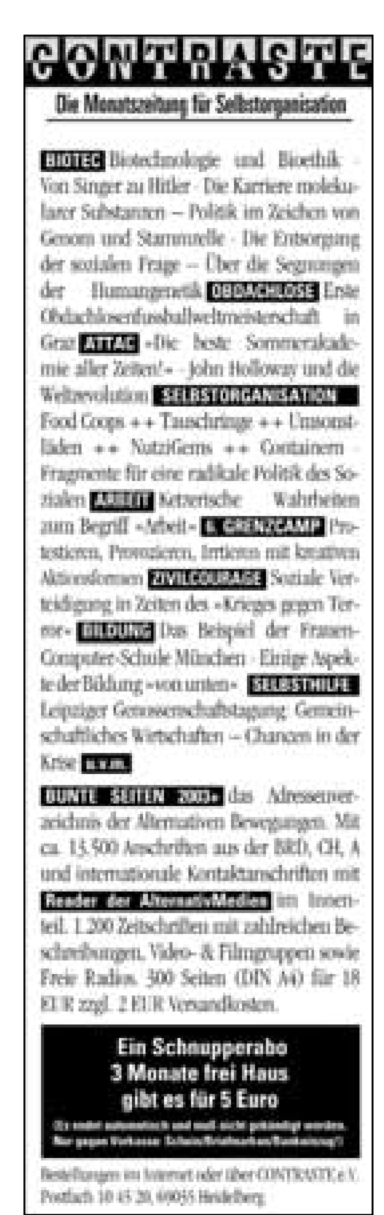
(Zahlen in runden Klammern beziehen sich auf die Seiten dieses Buches)

„Nie wieder Auschwitz - Nie wieder Krieg“ diese Parole galt jahrzehntelang als fester Konsens der westdeutschen Linken. Wolf Wetzel zeigt nun in seinem Buch „Krieg ist Frieden“ den langen und folgenreichen Prozeß auf, indem dieses Prinzip auf den Kopf gestellt wurde. Politisch ging es darum, Deutschland nach dem Fall der Berliner Mauer und der Implosion der DDR wieder zu einem normalen, das heißt kriegsbereiten und kriegsführenden Staat zu machen. Das ideologische Muster war einfach und simpel: die Verhinderung eines angeblichen zweiten Auschwitz sollte als Kriegsgrund für stinknormale imperialistische Kriege salonfähig gemacht werden; die politische Durchsetzung dieses Stickmusters ging jedoch nicht so einfach und reibungslos über die Bühne sondern konnte erst in einem langen Prozeß salonfähig gemacht werden. Dieser Prozeß vollzog sich über verschiedene Etappen mit durchaus wechselnden Akteuren. Wetzel legt allerdings kein geschlossenes, durchgehend argumentierendes Buch vor, sondern reiht kaleidoskopartig verschiedene Essays, Chroniken, ironische Parodien und Dokumente aneinander.

Am Beginn steht die Haltung vieler Linker zum ersten Irak-Krieg. Auf einer großen Veranstaltung am 31. 1. 1991 in Frankfurt deuteten die damaligen Protagonisten der Wende, Dan Diner, Mischa Brumlik sowie Detlef Claussen und Hans Magnus Enzensberger den Irak als das Deutschland von 1939. *„In den Millionen von Arabern entdeckte man die Millionen von Deutschen, die Hitler bedingungslos und blind zujubelten. Die republikanischen Garden wurden zur Nachfolgeorganisation der SS/SA und der Überfall auf Kuwait reihte sich schließlich und endlich nahtlos in den deutschen Überfall auf Polen ein.“* (22) Im Gleichklang wurde praktisch über Nacht ein alter Verbündeter des Westens zu einem gefährlichen Diktator und Dämon umstilisiert. *„Ab dem 2.8.1990 schien allen klar zu sein: Saddam Hussein ist ein ‚brutaler Diktator' (G. Bush), ein ‚Feind, der niedergekämpft werden muß' (Mischa Brumlik), ein ‚Aggressor' mit einer nie ‚dagewesenen Verachtung für die Schöpfung' (Richard von Weizäcker), ein ‚orientalischer Despot', der ‚nichtkalkulierbar, nicht vorhersehbar [...] nicht vertragsfähig' ist (Dan Diner), ‚Hilters Wiedergänger' (Hans Magnus Enzensberger), der ‚Irre von Bagdad' (BILD-Zeitung)“* (20)

Keine Frage, die 8 Scud-Raketen, die Hussein auf Israel abfeuern ließ, schlugen nicht nur in Israel real, sondern ebenso in der deutschen Linken imaginär ein. Mußte mensch nicht diesem Mörder und Antisemiten in den Arm fallen? Diese rhetorische Frage in den Raum gestellt diente dazu, das „Wer“ und das „Wie“ zu überspielen und vor allem das Schweigen großer Teile der Linken zum Überfall auf den Iran 1980 vergessen zu machen. *„Nicht etwa 1980, als das irakische Militär den Iran überfiel, entdeckten die Enzensbergers ‚Hitlers Wiedergänger', sondern 1990,als in der ‚freien Welt' in einer Art synchronisierten Fassung alle Uhren auf 5 vor 12 gestellt wurden.“* (23) Bereits während des ersten Irak-Krieges 1991 sollte sich Auschwitz als ausgezeichneter Kriegsgrund erweisen. Daß gleichzeitig alle Lügen und Propagandamärchen der USA stillschweigend geschluckt werden mußten, die sich Jahre später als reine Fälschungen und Fehlinformationen entpuppten (dieses Mal, beim zweiten Irakkrieg, platze der angebliche Kriegsgrund „Massenvernichtungswaffen“ schon nach wenigen Wochen, ja Tagen) lag in der Logik dieser Position. Erinnern wir uns noch? Damals wurde unverschämt das Märchen vom sauberen Krieg aufgetischt. *„Wochenlang flimmerte der*





US-alliierte Krieg gegen den Irak als Computersimulation über die Bildschirme des freien Westens: Eine schemenhafte, bösartige ‚Metastase', ein messerscharfes Fadenkreuz, ein chirurgischer Eingriff. Eine Medizin, die dem Menschen dient." (40) Tatsächlich wurde die reguläre Irakische Armee regelrecht abgeschlachtet.

Sehr interessant finde ich Wetzels Überlegungen zum „Horror vor den ewigen Verlierern". Kriegsbegeisterung gab und gibt es selbstverständlich auch in der sogenannten zivilisierten, westlichen Welt. Thatcher brachte ihr Falkland Feldzug einen überwältigenden Wahlsieg ein, amerikanische Flaggen zieren insbesondere nach dem 11. September in großem Maße Häuser, Wohnstuben und T-Shirts, und die Welle des Patriotismus hat in den USA ungeahnte Ausmaße angenommen. Doch, wie Wetzel ausführt, die Kriegsbegeisterung in den USA war Ausdruck von Macht, Herrschaft und Überlegenheit; sie trug keine Züge der Verzweiflung, der Demütigung und der Aussichtslosigkeit. Im Gegensatz dazu ist die Kriegsbegeisterung der „ewigen Verlierer" durch Perspektivlosigkeit gekennzeichnet. Diese Art der Kriegsbegeisterung macht Angst, da sind nicht die kühlen Strategen des Pentagon am Werk, sondern unberechenbare, vormoderne und oftmals religiös inspirierte Kämpfer. Nein, folgendes Zitat stammt nicht aus einem antideutschen Dutzendartikel, sondern findet sich im „Spiegel" vom 6/1991, Autor: H.M. Enzensberger: „*Ewige Verlierer gibt es in allen Himmelsrichtungen. Unter ihnen nimmt das Gefühl der Demütigungen und die Neigung zum kollektiven Selbstmord mit jedem Jahr zu.*" (30) Kommentar von Wolf Wetzel: „*Angst macht ihnen nicht diese imperiale Weltordnung, sondern die Vorstellung, diese könne unkontrollierbar werden und sich gegen die Architekten selbst wenden. Was dieser Weltordnung immanent ist, muß in der dämonischen Gestalt eines Hitlers oder Husseins abgespalten werden, um sie aus der Dutzendware westlich hofierter Diktaturen abzuheben.*"(34)

Den entscheidenden Wendepunkt, so Wetzel, für die Ausbreitung einer bellizistischen, kriegsbejahenden Linken stelle nicht der erste Irak-Krieg, sondern der Krieg gegen Jugoslawien dar. Jetzt ging es unmittelbar um Realpolitik, das heißt die Umfunktionierung der GRÜNEN, mit einem traditionell starken antimilitaristischen und pazifistischen Flügel zu einer offenen NATO Regierungs- und Kriegspartei. Das war nur zu bewerkstelligen, weil der grüne Außenminister Joschka Fischer die Rolle des Friedensengel annahm und gelogen wurde, daß sich die Balken bogen. Und wieder hatte Auschwitz als Begründung zu dienen: „*Die Behauptung, in Jugoslawien müsse ein ‚Völkermord', ein ‚zweites Auschwitz' mit dem aller letzten Mittel verhindert werden, traf mitten ins Herz pazifistischer und moralischer Begründungen gegen jede Art von Krieg.*" (64) Wetzel verweist auf die großen Probleme, die die Führung um Fischer hatte, diesen Kurs durchsetzten. Schließlich gelang es ihr, eine Mehrheit von 444 zu 318 Stimmen auf einem Sonderparteitag am 13. 5. 1999 für eine euphemistische Resolution zu erringen, in der de facto der Kriegskurs gebilligt wurde. Die Bedeutung dieser Wende darf nicht unterschätzt werden und Wetzel formuliert die Ausgangsbedingungen dieses historischen Parteitages folgendermaßen: „*Wenn es dieser rot-grünen Regierung gelingt, mit Verweis aus die deutsche Geschichte Kriege zu legitimieren, ist der Damm endgültig gebrochen und der nächste Krieg mit deutscher Beteiligung so normal wie weitere Einspaarungen im sozialen Bereich.*"(64)

In weiteren Essays zeichnet der Autor die nachfolgende Entwicklung nach. Der Krieg gegen Afghanistan, die Ereignisse in Genua sowie die Perspektiven und Aktionen einer Antikriegspraxis und die Verbindung von Krieg und Männerrolle werden in kürzeren Artikeln behandelt. Dazwischen finden sich auch ironische Abschnitte, etwa eine fiktive UNO Resolution, in der die USA angesichts ihrer weltweiten terroristischen Aktivitäten verurteilt werden. Der Text beruht auf eine realen, allerdings leicht veränderten Rede des us-amerikanischen Präsidenten. Zwei längere Arbeiten sind noch zu erwähnen: Im Abschnitt „Anthrax-Spuren und Desinformationskrieg" zeigt der Autor, daß sich die geschürte Hysterie um den Terror mit Anthrax rasch als Bumerang erwies. Diese gefährlichen, als biologische Waffe einsetzbaren Krankheitserreger stammen nämlich mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit aus den offiziellen Labors des

größten Herstellers biologischer Massenvernichtungswaffen, den USA. Exakt zu dem Zeitpunkt, als diese Tatsache offenbar wurde, wurde das Thema wie eine heiße Kartoffel fallengelassen. Worum es bei „Antideutsche Kriegsführung“ geht, ist aus dem Titel unmittelbar ersichtlich.

Dieser Abschnitt ist auch im Internet unter *http://www.unrast-verlag.de/unrast,3,0,6.html* abrufbar. Im Zusammenhang mit den anderen Texten Wetzels zeigt es sich, daß das antideutsche Lager gegenwärtig nur das als real phantasiert, was in den Kriegsbegründungen 1991 und 1999 argumentativ vorbereitet wurde. Die konkrete weltpolitische Situation wird umstandslos mit 1939 gleichgesetzt, ein Pendant zu Hitler und den faschistischen Volksmassen findet sich allemal. Neu ist, daß die lineare eins zu eins Identifikation quasi auf die eigene Existenz und die eigene politische Aktivität bezogen wird. Daraus, so Wetzel, erklärt sich der spezifische Pathos ihrer Erklärungen: „*Wenn man die neuzeitlichen Bezüge herausnimmt, wähnt man sich mit dieser Stellungnahme* (zu Konflikten auf einer Demo in Dortmund K.R.) *in die Zeit der NS-Judenpogrome versetzt. Alle schauen zu, alle lassen es geschehen. Selbst die USA als mächtigste Schutzmacht lassen Israel im Stich. Nur einige ‚proisraelische DemonstrantInnen' zeigen Flagge, umzingelt vom ‚völkischen Mob', angeführt von einem ‚antiimperialistischen Kämpfer'. (...) Das Ereignis ist nur der Stoff für ein (säkulares) Martyrium, in dem Antideutsche als verfolgtes jüdisches Leben reinkarnieren, in der Diaspora lebend, selbst von ehemaligen GenossInnen verraten und verkauft.*“ (174f) Wetzel verweist auch auf die strategische Bedeutung des Antiislamismus in antideutschen Kreisen. Indem diese Strömung die Kriegsbegründungen von 1991und 1999 verallgemeinert und sich um Zwischentöne, die etwa Joschka Fischer seinerzeit noch anschlagen mußte, um die GRÜNEN gegen bedeutende Widerstände auf Kriegskurs zu bringen, nicht mehr kümmert, plädiert sie inzwischen bedingungslos für Gewalt, Bomben und Krieg gegen einen antiamerikanischen und antisemitischen Feind. Allerdings, zählen nicht auch die deutschen Massen dazu, wäre eine zweite Bombardierung Dresdens nicht höchst angebracht? Diese Rolle spielt, so Wetzel, der Islam: „*Damit die Bomben auch ideologisch das eigene Zuhause verschonen, mußte etwas gefunden werden, was das ‚deutsche Haus' von anderen unterscheidet: ein Zusatz, ein Unterscheidungsmerkmal, etwas bewährtes, da ganz sicher nach außen verweist: der Islam.*“ (181) Ob sich diese Haltung innerhalb der antideutschen Kreise durch die Weigerung Schröders, mit den USA in den Krieg zu ziehen geändert hat, und tatsächlich einige Wirrköpfe von einem Waffeneinsatz gegen Deutschland schwärmen, möchte ich gar nicht so genau wissen.

„Krieg ist Frieden“ wurde vor dem zweiten Irakkrieg fertig gestellt. Durch diesen Krieg wurden die Konstellationen verschoben, aber nicht grundlegend geändert. Die über Etappen hergestellte Normalität des deutschen Staates erscheint gefestigt, Krieg als Mittel ist salonfähig geworden, auch in linken Kreisen. Nicht ob, sondern wo, wie und wann er zu führen sei, darüber scheiden sich die bellizistischen Geister. Zu recht wendet Wetzel gegen den leider durchaus populären bellizistischen Primitivismus ein:

„*Es gibt nichts zwingendes, was sich mit Blick auf die Geschichte erschließt. Keiner wie auch gearteten Vergangenheit ist das Gebot zukünftigen Handeln eingeschrieben.*“ (104)

Karl Reitter

Étienne Balibar: Sind wir Bürger Europas?

Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen
Hamburg 2003 (Hamburger Edition), 25,80 Euro, 290 Seiten

Étienne Balibar, in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts Mitverfasser von Louis Althussers bahnbrechender Studie „Lire le capital“ (Das Kapital lesen) und Autor so mancher linker „Pflichtlektüre“ (wie etwa „Die Grenzen der Demokratie“ oder der gemeinsam mit dem Weltsystemanalytiker Immanuel Wallerstein verfaßte Band „Rasse - Klasse - Nation“) ist bedauernswerter Weise dort angekommen, wo andere ehemals marxistische TheoretikerInnen bereits lange von ihm Position bezogen haben: im akademisch-humanistischen Verfassungsbogen.

Einst galt es als Verdienst des strukturalen Marxismus, staatliche und andere „Überbau-“Verhältnisse in ihrer „relativen Autonomie“ zu begreifen und deren theoretische Analyse einer mehr oder weniger plumpen „Widerspiegelungstheorie“ entgegenzusetzen. Nahezu sämtliche im vorliegenden Band zusammengetragenen Essays bzw. Vorträge bezeugen jedoch die Gefahr einer Hypostasierung strukturalistischer Methodenansätze: ade Determinierung „in letzter Instanz“ (Engels) durch die ökonomischen Verhältnisse, auf Wiedersehen Klassenkampf, arrevìderci Staats- und Rechtskritik. Durch die dekonstrivistische Hintertüre aber kehrt die „neue“ „letzte Instanz“ zurück: „Die Politik“, und mit der ist bekanntlich notwendig Staat zu machen. Vor allem in ihrer unkritischen, bürgerlichen Form von Balibar affimiert, ist „sie“ nicht in der Lage eine emanzipative Alternative zur „juristischen Ebene“ kapitalistischer Vergesellschaftung darzustellen.

Die Texte in „Sind wir Bürger Europas?“ bearbeiten die zentralen Felder der sich vor unseren Augen abspielenden Veränderungen des Terrains der Politik. Im seinen deskriptiven Momenten zeigt Balibar dabei durchaus gelungen die komplexen Verstrickungen dieser Prozesse auf. In Anlehnung an die Weltsystemanalyse Wallersteins werden die zentralen politischen Problematiken der postfordistisch-neoliberalen Transformation überaus differenziert in den Blick genommen: Das Ende der Nationen, die Auflösung stabiler sozialer Identitäten, die Gewaltförmigkeit von Grenzen oder aber der Zerfall des Souveränitätsprinzips. Neue Begriffe wie jener der „europäischen Apartheid“ bieten sich als vielversprechende Werkzeuge zur Analyse postmoderner rassistischer Ausgrenzungsfiguren an.

Der Vortrag „Eine Bürgerschaft ohne Gemeinschaft“ behandelt aus einem eher philosophischen Blickwinkel das Spannungsverhältnis von Differenz und Allgemeinheit, Gemeinschaft und Bürgerschaft und setzt sich (im Unterschied zu manch anderem Text im Buch) äußerst erfrischend mit verschiedenen aktuellen Positionen zur Thematik auseinander. Ebenfalls spannend lesen sich die Ausführungen zur Souveränität (als die politische Konfiguration der Moderne) und ihren Begrenzungen. Eine Theoretisierung der Transformation von Souveränität ist nach wie vor unumgänglich, um nicht (wie letztlich der Leninismus) Emanzipation als Machtübernahme, was letztlich nichts anderes als Elitentausch bedeutet, zu denken. So kann eine emanzipative Perspektive heute sowohl aus Gründen historischer Erfahrung (Stalinismus, Scheitern nationaler Befreiungsbewegungen) als auch aufgrund einer unmöglich gewordenen Umkehrung historischer Prozesse (die ja die ohnedies nie vollständig einlösbare Möglichkeit von Souveränität zunehmend zerstören) nur jenseits des Prinzips Souveränität und deren Stiefschwester, der Repräsentation, gedacht werden. Dies sieht auch Balibar, wenn er „in der Krise der Souveränität weniger ein Ende als vielmehr ein[en] Anfang oder eine unvorhersehbare Veränderung“ (S. 252) angekündigt sieht.

Die Geister die ich rief ...

Dennoch schleichen sich die - bereits durch den Titel hervorgerufenen - Befürchtungen im Laufe der Lektüre zunehmend häufiger und in ansteigender Intensität ein: Balibar verdeutlicht zwar die Probleme, die bei der Übersetzung französischer Begriffe (er verweist an dieser Stelle auf die Marxsche Unterscheidung von „öffentlichem“ *citoyen* und „privatem“ *bourgeois* in andere Sprachen auftreten (in unserem Fall der bereits aus dem Titel bekannte „Bürger“), es bleibt aber auch eingedenk der Marxschen Differenzierung ein problematischer Rest zurück, welcher in Balibars Texten zu einem zentralen Problem wird: *Citoyen* und *bourgeois* sind im Kapitalismus so notwendig voneinander getrennt, wie sie notwendig beides zugleich sein müssen. Balibar hingegen bedient sich rücksichtslos beim Ersteren alleine. Die neu zu entwerfende StaatsbürgerInnenschaft verläßt somit nicht den - obgleich spannungsgeladenen - Raum der Menschenrechte, auf welche sich Balibar auch ungebrochen affirmativ bezieht.



Der radikale Gehalt der Marxschen Kritik geht somit weitgehend verloren und wir finden uns schnurstracks auf den eigentlich zu dekonstruierenden Terrain von Repräsentation, Souveränität, Grenze, Recht, Staat und natürlich Kapital wieder. Nur halt nicht ganz so undurchlässig und mit mehr MIT-sprache der Betroffenen. Es geht Balibar um *„die Demokratisierung der Grenzen* - nicht zu verwechseln mit ihrer vollständigen Öffnung oder Überwindung, die nur zur Ausweitung eines Raubtierkapitalismus führen würde [...]" (S. 285 f., Hervorhebung im Original). Selbst die Hypostasierung der Zivilgesellschaft vom Terrain sozialer Auseinandersetzungen zum selbstbewußten Subjekt bleibt der Leserin nicht erspart, wenn Balibar an die „Errichtung einer neuen geschichtlichen Hegemonie" „glaubt" (S. 280). Diese wird noch dazu fälschlicher Weise mit Gramscis Begriff des *Bewegungskrieges* in Verbindung gebracht, wo es sich doch um den *Stellungskrieg* handeln sollte (ebd.).

Trotz mehrfachem Bezug auf die Methode der Dekonstruktion findet diese nur auf einer oberflächlichen Ebene statt. Dass das theoretisch, aber auch praktisch zu dekonstruierende nicht der Kapitalismus als Verhältnis von Verhältnissen ist, stellt Balibar klar, wenn er in einer Art Etappentheorie seine Entwürfe einer demokratischen Staatsbürgerschaft (wo sind bloß die Bürgerinnen hingekommen?) als erst zu leistende Voraussetzung für erfolgreiche Klassenkämpfe konstruiert. Als ob soziale Auseinandersetzungen nicht quer und in Bezug zu den verschiedensten Herrschaftsformen existieren würden. Gerade die globale Protestbewegung bemerkt den kaum vorhandenen Spielraum reformerischer Interventionen und brachte damit die Kritik am Kapitalismus „als solchen" wieder zurück auf die Agenda. Die Vorschläge Balibars hingegen verbleiben im kapitalistischen Rahmen, und selbst die interessantesten Ansätze - wie die Konstitution transnationaler politischer Subjekte - bleiben stets eingebettet in Formen avancierter Politikberatung. Wenn so zum Beispiel eine neue „Politik der Zivilität" sowohl den Staat als auch „Revolte und Aufstand [...] zivilisieren" (S. 186) soll, ist dies neuer Wein in alten, porösen Schläuchen. Bereits Bruno Kreisky beschwor in den 70er Jahren die „Durchflutung aller gesellschaftlichen Bereiche mit Demokratie". „Zivilisiert" wurden tatsächlich lediglich „Revolte und Aufstand", welche in populistische Stimmen transferiert den zivilisierenden liberalen DemokratInnen alsbald die Sorgenfalten auf die Stirnen treiben sollten.

„Ethik des Bruchs" (Gramsci) statt europäischer Verfassung

Heute begeben sich die zunehmend wirkungslosen Versuche progressiver reformerischer Artikulationsstrategien auf das dünne Eis der „Europäischen Verfassung". Auch Balibars Texte sind als derartige Beiträge zu lesen; und wieder wird er die Geister, die er rief, nicht los: eine wie auch immer demokratische und offene Europäische Union braucht ihr Anderes, ihr Nicht-Europa. Anstatt aus der Perspektive der Widerstände (die ja wie am Beispiel der „sans papiers" ersichtlich, in Balibars Theorien nicht abwesend sind) gegen Herrschaft und Ausgrenzung zur Diskussion politischer Strategien zu gelangen, kann die auf dem Klappentext versprochene Verlagerung der europäischen Verfassungsdiskussion „von der juristischen Ebene auf das Terrain der Politik" nur innerhalb eines verrechtlichten Raumes gedacht werden. Dagegen müsste eine Theoretisierung von Recht UND Politik, will sie nicht hinter Marx zurückfallen, ihre *relative* Eigengesetzlichkeit im Kapitalismus ernst nehmen und vor deren unhintergehbaren Hintergrund (aber auch vor dem der real existierenden sozialen Kämpfe) versuchen, Perspektiven im Sinne Walter Benjamins zu entwickeln: „Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der „Ausnahmezustand", in den wir leben, die Regel ist. Wir müssen zu einem Begriff der Geschichte kommen, der dem entspricht. Dann wird uns als unsere Aufgabe die Herbeiführung des *wirklichen* Ausnahmezustands vor Augen stehen [...]"1

Von diesem ausgehend können und werden künftige Regeln und Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens entspringen, jenseits von europäischen Verfassungen, Menschenrechten, Staat und Kapital.

Martin Birkner

1 Benjamin, Walter: Geschichtsphilosophische Thesen, in: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Mit einem Nachwort von Herbert Marcuse, Frankfurt a.M. 1965, S. 78-94, hier S. 84.

Clemens Berger
Der Hase im Pfeffer: Ein fahrender Ritterkäfer aus dem Lakandonischen Urwald ~ Anmerkungen zu den Fabeln des Subcomandante Marcos

Nein, sagt Subcomandante Marcos, *die Wahrheit ist, daß sich die Sprache in eine Obsession verwandelt, besonders wenn du explizite, funktionelle Botschaften vermitteln möchtest und suchst, wie du sie am besten formulieren kannst. Manchmal hast du Glück, manchmal Pech. Du kommst immer wieder auf den gleichen Gedanken zurück. Da ist die Fabel die geeignete Form, um uns verständlich zu machen. Das wichtigste Ziel, das wir mit den Erzählungen, mit den politischen Botschaften, die sie übermitteln, verfolgen, besteht jedoch darin, zum Nachdenken anzuregen: Da liegt der Hase im Pfeffer* .[1]

Our Word Is Our Weapon: nicht von ungefähr ist das der Titel eines voluminösen Bandes mit Texten von Subcomandante Marcos. Das Wort und die Sprache haben sich bei den Zapatistas geändert. Diese haben erfahren müssen, daß eine Kritik der Waffen nicht erfolgreich wäre; und selbst wenn sie es wäre, daß damit wenig gewonnen wäre. Revolution in Mexiko, dann Sozialismus: eine obskure Vorstellung. Aber selbst die schwache Waffe des Wortes wurde im zapatistischen Diskurs verändert. Verändert wurde jene Sprache, die bloßes Transportmittel des zu Sagenden ist, die sich weder um die vielfältigen Bedeutungen der Worte noch um deren Zeitindex kümmert. Die zapatistische Sprache ist blumiger, bildreicher, oft pathetischer, sicher aber ironischer - und allen voran spielerischer.

Der Prozeß dieser sprachlichen Transformation aber wurde weniger von dem festen Entschluß, nun endlich anders zu sprechen, damit man auffalle, als von der schieren Notwendigkeit einer anderen Sprache eingeleitet. 1983 hatte sich eine sechsköpfige Guerillagruppe in den Lakandonischen Urwald zurückgezogen. Brav marxistisch-leninistisch sollte dort mit dem kleinen Einmaleins der Revolution ein bewaffneter Aufstand, ja letztlich die Revolution vorbereitet werden. Noch die *Erste Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald* vom Tag der Erhebung - dem 1. Januar 1994, als Mexiko mit dem Beitritt zur NAFTA formal den Beitritt zur Ersten Welt vollziehen sollte -, noch die Proklamation der Revolutionären Gesetze und spätere *Erklärungen* ballten ihre Faust in klassischer Diktion. Allein bis dahin hatte der Vermittlungsprozeß zwischen zwei einander unbekannten Welten: der Welt der urbanen Guerilla und jener der Indígenas bereits begonnen.

Diesen Prozeß hat Subcomandante Marcos in den *Geschichten vom Alten Antonio* literarisiert.[2] Antonio, der melancholische Weise, ist die Verkörperung jahrhundertealten Kulturwissens. In ihm ist die Tradition der Maya lebendig, er spricht in Fabeln und ist in seiner Lebenswelt zuhause. Genau in diese Lebenswelt aber sind Fremde eingedrungen, die sich dort, woher sie kamen, nicht zuhause fühlten. Nun streifen sie mit Gewehren durch den Urwald und verstecken sich, jedesmal sie auf Indigene treffen. Ihre Vorbereitung denken sie als den Beginn der Errichtung von Heimat dort, wo sie sich nie zuhause fühlen konnten. Der Alte Antonio wird zum Übersetzer zwischen diesen beiden Welten. Den Indígenas übersetzt er die Sprache der Guerilla, der Guerilla jene der Indígenas. So beginnt die Interaktion, aus der beide Seiten verändert hervorgehen werden. Die jahrhundertelang unterdrückten Indígenas werden Ya Basta! rufen und den bewaffneten Aufstand unterstützen, der Aufstand aber muß anders sein, als ihn die Guerilla geplant hatte. Marcos erzählt uns all das als Initiationsgeschichte. Auf einem Baumstrunk im Urwald oder am Boden einer Holzhütte: Antonio steckt sich eine selbstgedrehte Zigarette an, der Subcomandante seine Pfeife. Dann spricht Antonio leise und eindringlich, und Marcos lauscht. Nachdem und indem Marcos Antonio im Text sterben läßt, schlüpft er selbst in dessen Rolle. Dergestalt wird der Subcomandante zum Vermittler und Übersetzer nicht nur zweier, sondern vielfältiger Welten. Er übersetzt das Verhältnis Guerilla - Indígenas - Staatsmacht für die Globalisierungskritiken. Und so lernen wir nebenbei, in Marcos' Fabeln, den kleinen Heriberto kennen, ungebrochen, aufmüpfig und schlitzohrig, der noch wenig nach links oder rechts blickt; so lernen wir auch Eva kennen, süchtig nach Süßigkeiten, trotzig und stets das auf den Lippen, was ist: keine

Widerrede, was will denn der mit seiner Maske! Marcos lauscht und erzählt von den Göttern, die die Welt erschufen, von Maismenschen und dem Kampf des Wassers gegen das Schwert, das letztlich in ihm verrostet.

Anders funktionieren die *Geschichten von Don Durito* , die in den grundrissen in Fortsetzung[3] erscheinen werden.[4] Don Durito ist ein altkluger Käfer, besser: ein fahrender Ritterkäfer, frech, geradlinig und respektlos gegenüber vermeintlichen Autoritäten, und der Subcomandante ist dessen Knappe Sancho Pansa. Am Grabstein des Ritters von der traurigen Gestalt, Cervantes' Don Quijotte, stand, er sei gekommen: „Durch seinen Arm die ganze Welt/ Vom Unrecht zu befrein". Und zu seinem Knappen hatte er gesagt: „Denn wisse, Freund Sancho, daß der Himmel mich geboren werden ließ, in unserer eisernen Zeit das Goldene Zeitalter wieder zu erwecken." Genau das macht Don Quijotte zu einer lächerlichen, erbarmenswürdigen Figur, wie schon Marx erkannte: daß er in bürgerlicher Zeit die anachronistischen Rittertugenden, die keine materielle Basis mehr haben, wiederbeleben will, um das Goldene Zeitalter, die befreite Gesellschaft zu etablieren. Überdies ist sein diesbezügliches Wissen textual vermittelt: es entstammt Ritterromanen. Daher ist Don Quijotte für Ernst Bloch der Inbegriff abstrakter, unvermittelter wie unabgegoltener Utopie, der scheitern muß.[5]

Um die konkrete Utopie, den Kampf und das mögliche Scheitern kreisen die *Geschichten von Don Durito*. In ihnen und mit Hilfe des Käfers hält Marcos den vielen Bedeutungen des Signifikanten „Subcomandante Marcos" den Spiegel vor. Er befragt sich selbst, besser: er befragt die Figuren, die Marcos genannt werden. Und er befragt die Rebellion in Chiapas, die mit einer recht pragmatischen Position ihr Autonomiegebiet aufrechterhalten und innerhalb desselben einen emphatischen Begriff von Demokratie entwickeln und durchsetzen will. Noch vor der Erhebung wurden Revolutionäre Gesetze erlassen; das erste war ein Revolutionäres Frauengesetz[6], das den sexistischen Usus der indigenen Lebensform nicht tolerierte.[7] Nun, da sich neue Lebensformen herausbilden und die Forderungen der Indígenas bekannt werden sollen, ruht die zapatistische Strategie auf zwei Prinzipien: dem „gehorchenden Befehlen" der Delegierten, die stets abwählbar sind und ihr Mandat von den Dorfgemeinschaften erhalten; und dem „fragenden Voranschreiten" in Form von Plebisziten und Befragungen, die den Rückhalt in der mexikanischen Bevölkerung für die Anliegen der EZLN ausloten sollen. Basisdemokratisch das eine, linkspopulistisch das andere Prinzip, beide als Absage an Avantgardevorstellungen vereint.

Für diesen unabsehbar langen Marsch hat sich Marcos eine Kunstfigur erschaffen, einen Begleiter, einen unangenehmen Befrager, einen Possenreißer, und das ist ein kleiner Käfer, der auch Pfeife raucht, ebenfalls intelligent und ähnlich eitel ist. Es sind melancholische, witzige und wißbegierige Geschichten. Die Frage ist nicht so sehr, wie gelungen oder ansprechend sie von einem ästhetischen Blickwinkel aus sind (das sind sie nicht wirklich): sie sind eine selbstreflexive, ironische Chronologie eines Kampfes, dessen Ausgang ungewiß ist. Marcos schreibt sich gewissermaßen vom Rand, aus der Marginalie ins potentiell weltweite Netz, in die Metapher des postindustriellen Fortschritts. Indem er in seinen Fabeln vom Konkreten in Chiapas abstrahiert, will er eine global verständliche Geschichte schreiben, die in jedem Anderswo lesbar bleibt. So sind Durito und Marcos zwei Köpfe auf einem Körper, die, wie sie sagen, eine neue Welt wollen, in der viele Welten Platz finden. Sie wissen: Das wollten schon viele. Sie wissen auch: Ein fahrender Ritter wie der Mann aus La Mancha macht sich in der bürgerlichen (und um wieviel mehr noch in der nachbürgerlichen) Gesellschaft lächerlich und hält Windmühlen für Riesen. Diese aber, sagt der Käfer, auf Marcos' Stiefel sitzend, verkleiden sich im Neoliberalismus als Windmühlen, und die wiederum als Artilleriehelikopter. So reflektieren Duritos Geschichten den Aufstand, die Angriffe der Regierungstruppen und auch die Einsamkeit des urbanen Intellektuellen, der zum Guerillero wurde.

Sie sind auch Vertröstung, diese Fabeln: In der Erinnerung läßt Marcos seinen Käfer nach Mexiko City gehen, um sentimental alles nocheinmal zu betrachten. Nachdem er alles gesehen hat, sieht er, daß es schlecht ist - und das Leben im Urwald gut.

Anmerkungen:

1 Manuel Vázquez Montalbán: Marcos. Herr der Spiegel. Berlin: Wagenbach 2000, S. 126

2 Subcomandante Marcos: Geschichten vom Alten Antonio. Hamburg: Verlag Libertäre Assoziationen 1997

3 Die ersten drei, in diesem Heft abgedruckten Geschichten, stellen so etwas wie eine Einführung in die Figur des Don Duritos dar.

4 Die Anordnung der Fabeln folgt jener in: Subcomandante Marcos: Our Word Is Our Weapon. Selected Writings. New York/London-/Sydney/Toronto: Seven Stories Press 2000, p. 289-337

5 Ernst Bloch, Leittafeln abstrakter und vermittelter Grenzüberschreitung, angezeigt an Don Quichotte und Faust. In: Das Prinzip Hoffnung, Dritter Band, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1985, S. 1214-1242

6 Revolutionäres Frauengesetz, S. 75f. In: Hanna Mittelstädt/Lutz Schulenburg (Hg.): Der Wind der Veränderung, Hamburg: Edition Nautilus 1997

7 vgl. Guiomar Rovira: Indigene Frauen und die EZLN - Die Revolution der Sitten und Gebräuche. In: Mittelstädt/Schulenburg, Der Wind der Veränderung, a. a. O., S. 40-50

Subcomandante Insurgente Marcos
Drei Fabeln von Don Durito[1]

Zehn Jahre später: Durito hat uns wieder gefunden

In der atemlosen Einsamkeit der ersten Jahre der zapatistischen Erhebung erschien ein merkwürdiger Gefährte in unserem Lager; ein kleiner rauchender Käfer, sehr belesen und ein noch besserer Redner, der sich selbst die Aufgabe stellte, einem Soldaten, el Sup, Gesellschaft zu leisten.

Zwar lautet sein bürgerlicher Name Nebukadnezer; allein inknognito reist dieser Käfer, seiner harten Schale wegen, unter dem Kriegernamen Durito. Wie alle Kinder hat Durito eine dicke Haut, und gerade deswegen wählte er das Kind, das wir, weil es uns beschämt, völlig vergessen haben, als seinen ersten Gesprächspartner.

Frühmorgens, zehn Jahre später, kurz vor dem Ende unseres Februarrückzugs nach dem militärischen Hinterhalt[2], fand uns Durito wieder und berührte erneut das Beste in uns: unsere erstaunliche Fähigkeit zu menschlicher Zärtlichkeit und unsere Hoffnung, gemeinsam besser zu werden.

Zuweilen als Detektiv, zuweilen als politischer Analytiker, zuweilen als fahrender Ritter wie als Autor von Episteln, spricht uns Durito an, indem er uns einen Zukunftsspiegel vorhält, der uns zeigt, was sein könnte.

Im stillen Dunkel wird jener Brust Hilfe, die sich aus Angst vorm Unbekannten zusammengezogen hat. Durito öffnet die Wunde in unsrer Brust - eine schmerzende Wunde -, die uns atmen läßt.

Der selbsternannte fahrende Ritter ist unter einem neuen Titel zurückgekehrt: Don Durito aus Lakandonien. Dieser kleine Käfer hat die Weltstraßen bereist, Unrecht gerechtet, Maiden in Not gerettet, die Kranken geheilt, den Schwachen geholfen, die Ignoranten unterrichtet, die Mächtigen gedemütigt und die Geringen erhöht. Der größte fahrende Ritter, den die Welt je gesehen hat: so lebt Don Durito aus Lakandonien, und noch immer bezaubert er die Sterne, die ihn tief im nächtlichen Dschungel finden. Berichte seiner Taten haben die Welt umkreist. Seinetwegen seufzen Millionen von Frauen, sprachen Tausende von Männern seinen Namen mit Ehrfurcht aus, und Hunderttausende Kinder verehren ihn.

Manche seiner Gedanken teilt Don Durito mit uns, wenn er seine Abenteuer erzählt - Tauseindundeine Nacht erschütternder Fabeln -, die uns lehren und jene endlosen, atemlosen Nächte des mexikanischen Südostens erhellen.

Diesen Monat, im Dezember 1995, wird Durito zehn Jahre alt. Er ist auf den Ausgang des Intergalaktischen Treffens gespannt, das entscheiden wird, ob er uns weiterhin mit seinen Wundern verblüffen wird, oder ob er verloren sein wird inmitten zahlloser Fußspuren in den Bergen des mexikanischen Südostens.[3]

Heute, am 25. Dezember 1995, begrüßen wir den besten und größten Praktiker des fahrenden Rittertums: Don Durito.

An Mariana Moguel (zehn Jahre alt)

Sehr geehrte Subcomandanta Mariana Moguel! Ich grüße Dich mit Ehrfurcht und gratuliere für den neuen Rang, den Du mit Deiner Zeichnung erworben hast. Erlaube mir, Dir eine Geschichte zu erzählen, die Du eines Tages vielleicht verstehen wirst. Er ist die Geschichte von... Durito...

Ich werde Dir eine Geschichte erzählen, die sich mir vor einiger Zeit zutrug. Es ist die Geschichte eines kleinen Käfers, der Brillen trägt und eine Pfeife raucht. Ich traf ihn eines Tages, als ich meinen Tabak suchte und nicht finden konnte. Auf einmal sah ich, daß auf einer Seite meiner Hängematte ein Stück Tabak auf den Boden gefallen war und eine kleine Spur geformt hatte. Ich folgte dem Tabakfaden, um zu sehen, wer

zum Teufel jenes Stück genommen und verstreut hatte. Wenige Meter weiter, hinter einem Felsen, fand ich einen Käfer an einem kleinen Tisch sitzen, zeitunglesend und eine winzige Pfeife schmauchend.

„Ahem, ahem“, sagte ich, damit der Käfer meine Anwesenheit bemerkte. Er aber würdigte mich keiner Aufmerksamkeit. Da sagte ich: „Hör zu, das ist mein Tabak.“

Der Käfer sah mich an, musterte mich eingehend und sagte verärgert: „Bitte, Kapitän, ich beflehe Sie. Unterbrechen Sie mich nicht. Merken Sie nicht, daß ich studiere?“

Ich war etwas überrascht und wollte ihm einen gehörigen Tritt verpassen, aber ich kühlte ab und setzte mich ihm gegenüber, um zu warten, bis er mit dem Studieren fertig sei. Nach einer Weile raffte er alle seine Papiere zusammen, verstaute sie in den Tischladen, sog an seiner Pfeife und sagte zu mir: „Gut, also was kann ich für Sie tun, Kapitän?“

„Mein Tabak“, antwortete ich.

„Ihr Tabak?“ fragte er. „Sie wollen, daß ich Ihnen ein wenig gebe?“

Allmählich wurde ich wütend, aber mit seinem kleinen Fuß schob mir der kleine Käfer einen Beutel zu und merkte an: „Seien Sie nicht böse, Kapitän. Bitte verstehen Sie, hier bekommt man nirgendwo Tabak, daher mußte ich Ihren nehmen.“

Ich beruhigte mich. Der Käfer begann mir zu gefallen, und ich sagte ihm: „Mach dir keine Sorgen deswegen. Irgendwo muß ich noch mehr davon haben.“

„Hmm“, antwortete er.

„Und du, wie heißt du?“ fragte ich ihn.

„Nebukadnezer“, sagte er und fuhr fort, „meine Freundinnen und Freunde aber nennen mich Durito. Sie dürfen mich Durito nennen, Kapitän.“

Ich dankte ihm ob dieser Ehre und fragte, was er denn eigentlich studiere.

„Ich studiere den Neoliberalismus und die Strategie, mit der er Lateinamerika unterwerfen will.“

„Und was nützt das einem Käfer?“ fragte ich ihn.

Beinahe angewidert sagte er: „Was es nützt? Ich muß wissen, wie lange euer Kampf dauern wird, und ob ihr ihn gewinnen werdet oder nicht. Außerdem sollte ein Käfer durchaus die Welt studieren, in der er lebt, meinen Sie nicht, Kapitän?“

„Ich weiß nicht“, sagte ich. „Bloß weshalb willst du wissen, wie lange unser Kampf dauern wird, und ob wir ihn gewinnen oder nicht?“

„Gut, Sie haben also nichts verstanden“, sagte er und zündete sich eine Pfeife an. Nachdem er ein Rauchwölkchen ausgeblasen hatte, setzte er fort: „Wir Käfer müssen wissen, wie lange wir uns vorsehen müssen, nicht von euren Stiefeln zerquetscht zu werden.“

„Ah“, sagte ich.

„Hmm“, sagte er.

„Und zu welchen Schlüssen haben dich deine Studien geführt?“ fragte ich ihn.

Er allerlei Texte und Zeitungen aus den Laden und begann sie durchzublättern. „Hmm... hmm...“, meinte er, jedesmal er las. Als er fertig war, blickte er mir in die Augen und sagte: „Ihr werdet gewinnen.“

„Das wußte ich schon“, sagte ich, „wie lange aber wird es dauern?“

„Eine lange Zeit“, sagte er und seufzte resigniert.

„Das wußte ich auch schon... Weißt du nicht, wie lange genau?“ fragte ich.

„Das ist ungewiß. Vieles ist zu berücksichtigen: die objektiven Bedingungen, die Reife der subjektiven Bedingungen, das Zusammenfließen von Kräften, die Krise des Imperialismus, die Krise des Sozialismus, etcetera, etcetera.“

„Hmm“, sagte ich.

„Woran denken Sie, Kapitän?“

„Nichts, nichts“, antwortete ich. „Gut, Herr Durito, ich muß gehen. Es war mir eine Freude, Sie getroffen zu haben. Und nehmen Sie soviel Tabak Sie wollen, wann immer Sie wollen.“

„Danke, Kapitän. Sie können mich duzen, wenn Sie wollen.“

„Danke, Durito. Ich werde meinen Leuten Anweisung geben, daß es verboten ist, auf Käfer zu treten. Ich hoffe, das ist hilfreich.“

„Danke, Kapitän. Ihre Anweisung wird uns sehr hilfreich sein.“

„Wie dem auch sei, paß gut auf, meine Jungs sind sehr abgelenkt, und sie geben nicht immer Acht, wohin sie gehen.“

„Ich werde darauf achten, Kapitän.“

„Bis später.“

„Bis später. Kommen Sie, wann immer Sie wollen, und wir können uns unterhalten.“

„Das werde ich tun“, sagte ich ihm und ging zum Kommando zurück.

Das, Mariana, ist alles. Ich hoffe, Dich einmal persönlich zu treffen, um Schimützen und Zeichnungen zu tauschen.

Mach’s gut. Gesundheit wünsche ich Dir und mehr Filzstifte; denn aus denen, die Du verwendet hast, ist bestimmt längst alle Tinte geronnen.

Das Glas zur anderen Seite

Umgekehrt geschnitten, hört ein Spiegel auf, ein Spiegel zu sein und wird zu Glas. Spiegel sind da, um auf diese Seite zu blicken, Glas ist gemacht, um auf die andere Seite zu blicken. Spiegel sind dazu da, geätzt zu werden. Ein Glas ist da, um gebrochen zu werden... um auf die andere Seite zu gelangen...

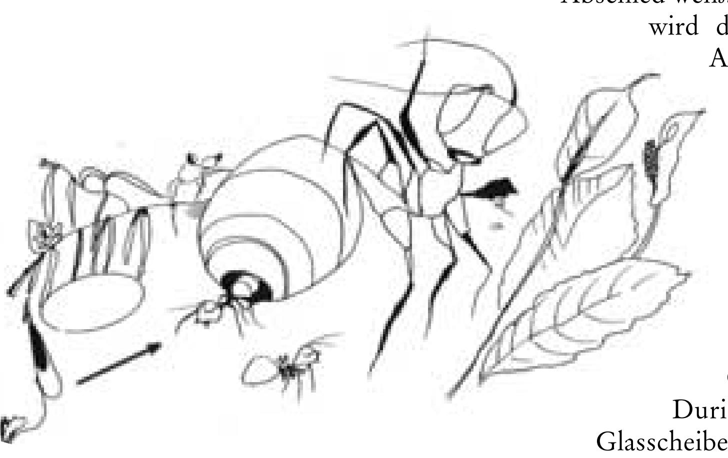
P.S. ... Jenes Bild des Realen oder Irrealen, das auf so vielen Spiegeln ein Glas sucht, um es zu brechen.

Durito

Dämmerung. Mexiko City. Durito durchstreift die an den Zocalo angrenzenden Straßen. Mit einem kleinen trench coat und einem schiefen Hut wie Humphrey Bogard in *Casablanca* gibt Durito vor, sich unbemerkt zu bewegen. Seine Aufmachung und sein langsamer Gang sind unnötig, insofern er die von riesigen Schaufenstern geworfenen Schatten entlangwandert. Schatten des Schattens, leiser Gang, schiefer Hut, den trench coat nachschleppend: so geht Durito in der Dämmerung durch Mexiko City. Niemand bemerkt ihn. Sie sehen ihn nicht; nicht, weil er gut verkleidet ist, oder wegen seines winzigen, don-quijottesken Fünfzigerjahre-Detektivoutfits, oder weil er kaum von den Müllhügeln zu unterscheiden wäre. Durito geht inmitten von Papieren, die von jenen die Dämmerung Mexiko Citys bevölkernden Windstößen hin und hergetragen werden. Aus dem einfachen Grund, daß in dieser Stadt niemand jemanden sieht, sieht niemand Durito.

„Diese Stadt ist krank“, schreibt mir Durito. „Sie ist an Einsamkeit und Angst erkrankt. Sie ist ein großes Kollektiv von Einsamkeiten. Sie ist eine Sammlung von Städten, eine für jeden Bewohner, eine für jede Bewohnerin. Dies ist sie nicht einer Summe von Kummer wegen (kennst du eine Einsamkeit ohne Kummer?), sondern wegen einer Potenz; jede Einsamkeit wird mit der Anzahl einsamer Menschen ringsum vervielfacht. Es ist, als ob die Einsamkeit jedes und jeder Einzelnen ein Spiegelkabinett beträte, wie sie am Jahrmarkt in der Provinz zu finden sind. Jede Einsamkeit ist ein Spiegel, der eine andere Einsamkeit reflektiert und, wie ein Spiegel, mehr Einsamkeiten weiterwirft.“

Daß er in fremdem Gebiet ist, entdeckt Durito allmählich, daß die Stadt nicht sein Platz ist. In seinem Herzen und in dieser Dämmerung packt Durito seine Taschen. Als ob er alles inventarisierte, geht er diese Straßen entlang, eine letzte Zärtlichkeit, dem Liebenden ähnelnd, der um den Abschied weiß. Bisweilen werden die Schritte leiser, und lauter wird das Sirenengeheul, das Außenseiterinnen und Außenseitern so unheimlich ist. Und Durito ist einer dieser Außenseiterinnen und Außenseiter, und daher hält er an der Ecke, jedesmal das rotblaue Blinklicht die Straßen überquert. Durito nützt die Komplizität eines Eingangs, um guerillamäßig eine Pfeife anzuzünden: ein winziger Funke, ein tiefer Zug, und Rauch verschlingt sein Gesicht. Durito bleibt stehen. Er schaut und sieht. Geradeaus fängt eine Auslage seinen Blick. Durito tritt näher und sieht durch die große Glasscheibe hindurch, was jenseits von ihr ist. Spiegel in



allen Formen und Größen, Porzellan und Glasfiguren, geschliffene Kristalle, kleine Spieluhren. „Hier sind keine sprechenden Boxen“, sagt sich Durito, ohne die langen Jahre im Dschungel des mexikanischen Südostens zu vergessen.

Durito ist gekommen, um Abschied von Mexiko City zu nehmen, und er hat beschlossen, dieser Stadt ein Geschenk zu machen, über das sich alle beschweren und das doch niemand preisgibt. Ein Geschenk. Das ist Durito, ein kleiner Käfer aus dem Lakandonischen Urwald im Herzen von Mexiko City.

Mit einem Geschenk sagt Durito Lebewohl.

Eine elegante Magiergeste. Alles bleibt stehen. Die Lichter gehen aus, wie eine Kerze, deren Docht von der Spucke auf einer Fingerkuppe gelöscht wird. Eine weitere Geste, und ein Scheinwerfer beleuchtet eine Spieluhr in der Auslage. Eine Ballerina in feinem lila Kostüm, zum endlosen Standbild gefroren, die Hände überm Kopf verschränkt, die Beine nebeneinander, auf Zehenspitzen balancierend. Durito versucht die Position nachzuahmen, allein seine vielen Ärmchen verheddern sich. Noch eine magische Geste, und ein Klavier so groß wie eine Zigarettenschachtel erscheint. Durito sitzt am Klavier und stellt eine Bierdose darauf - wer weiß, woher er sie hat, aber sie ist bereits halbleer. Er knackt und biegt seine Finger: digitale Gymnastik, wie die Pianisten im Film. Dann dreht er sich zur Ballerina und nickt. Die Ballerina rührt und verbeugt sich. Durito summt eine unbekannte Melodie, trommelt einen Rhythmus mit seinen Beinchen und beginnt sich zu wiegen.

Die ersten Noten. Durito spielt vierhändig. Auf der anderen Seite der Scheibe beginnt die Ballerina zu wirbeln, und sanft hebt sie ihren rechten Schenkel. Durito lehnt sich über die Klaviatur und spielt wild drauflos. Die Ballerina vollführt ihre besten Schritte im Gefängnis einer kleinen Spieluhr. Die Stadt verschwindet. Nichts mehr, nur noch Durito an seinem Klavier und die Ballerina in ihrer Spieluhr. Durito spielt, und die Ballerina tanzt. Die Stadt ist überrascht; ihre Wangen erröten, wie wenn jemand ein unerwartetes Geschenk erhält, eine angenehme Überraschung, gute Nachricht. Durito gibt sein schönstes Geschenk: ein unzerstörbarer und ewiger Spiegel, ein Lebewohl, das harmlos ist, das heilt, das reinigt. Das Spektakel dauert nur wenige Augenblicke. Die letzten Noten verklingen, während die Städte, die diese Stadt bevölkern, wieder Kontur annehmen. Die Ballerina kehrt zu ihrer unangenehmen Bewegungslosigkeit zurück; Durito schlägt den Kragen seines trench coats auf und verbeugt sich leicht gegen die Auslage.

„Wirst du immer hinter der Glasscheibe sein?“ fragt Durito sie und sich. „Wirst du immer auf der anderen Seite von mir, werde ich immer auf der anderen Seite von dir sein?“

Gesundheit und bis immer, meine geliebte Unzufriedene. Glück ist wie ein Geschenk; es dauert einen Augenblick, und den ist es wert.

Durito überquert die Straße, richtet seinen Mantel und geht weiter. Bevor er um die Ecke biegt, dreht er sich nach der Glasscheibe. Ein gezackter Stern ziert das Glas. Sinnlos schrillt die Alarmanlage. Hinter dem Fenster ist die Ballerina nicht mehr in der Spieluhr...

„Diese Stadt ist krank. Wenn ihre Krankheit zur Krise wird, wird sie geheilt werden. Diese kollektive Einsamkeit, vervielfacht und bevollmächtigt von Millionen, wird ein Ende haben, wenn sie sich selbst und den Grund ihrer Ohnmacht findet. Dann, und nur dann, wird diese Stadt ihr graues Kleid abwerfen und sich mit jenen hellbunten Bändern schmücken, deren es soviele in den Provinzen gibt.

Diese Stadt lebt ein grausames Spiegelspiel, aber das Spiegelspiel ist unnütz und steril, solange das Ziel nicht heißt, durchsichtiges Glas zu finden. Es genügt, dies zu verstehen und, wie wer-weiß-wer sagte, zu kämpfen und mit dem Glücklichsein zu beginnen...

Ich komme wieder. Bereite den Tabak und die Schlaflosigkeit vor. Ich habe Dir viel zu erzählen, Sancho.“ So schließt Durito.

Es ist Morgen. Einige Klavierklänge begleiten den Tag, der kommt, und Durito, der geht. Im Westen ist die Sonne wie ein Felsen, die morgendliche Glasscheiben erschüttert...

Macht es wieder gut. Gesundheit für Euch, und überlaßt leeren Spiegeln das Aufgeben...

El Sup, vom Klavier aufstehend und, verwirrt von so vielen Spiegeln, nach der nächsten Tür Ausschau haltend... Oder ist das der Eingang?

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens - Subcomandante Insurgente Marcos

---

Anmerkungen:

1 Übersetzt von Clemens Berger

2 Am 13.2.1995 starteten Regierungsgruppen eine Militäroffensive in Chiapas. Dörfer wurden zerstört, das Agualiscentes (indigener Versammlungs- und Entscheidungsfindungsort) bei Guadalupe Tepeyac durch einen Militärstutzpunkt ersetzt, worauf eine Massenflucht kleinbäuerlicher Familien einsetzte.

3 Vom 29.7. - 3.8.1996 fand in fünf Agualiscentes im Lakandonischen Urwald das Erste Internationale Treffen für Humanität und gegen den Neoliberalismus statt, an dem 3000 Menschen aus 54 Ländern teilnahmen. Dergestalt sollten Diskurse vernetzt und Anliegen wie Ängste der Zapatistas verbreitet werden.

work@flex +Was sind unsere politischen Forderungen und Ziele?

Gleiches (Arbeits- und Sozial-)Recht für alle: Urlaubsanspruch, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitslosengeld, 13. und 14. Monatsgehalt, Abfertigungsanspruch, Pensionsanspruch, volle Geltung des Arbeits- und Mutterschutzgesetzes;

Ausweitung der geltenden Kollektivverträge auf atypisch Beschäftigte: Branchenähnliche Kollektivverträge und Ist-Lohnerhöhungen sollen auch für freie DienstnehmerInnen, WerkvertragsnehmerInnen und neue Selbständige (Gewerbescheininhaber mit nur einem Auftraggeber) gelten.

Grundsicherung für alle: Teilweise Entkoppelung von Einkommen und Arbeit.

Vertretung durch den Betriebsrat: Dienst- und WerksvertragsnehmerInnen sollen ebenso wir Angestellte die Vertretung durch den Betriebrat in Anspruch nehmen können.

Nationale und Internationale Vernetzung: mit internationalen Gewerkschaften und nationalen/internationalen NGOs

work@flex +Was wir euch auf dem Weg dorthin anbieten:

Rechtsberatung: Umfangreiche Information über Steuer- und Sozialversicherungsrecht, aber auch bei der Vertragsgestaltung stehen wir zur Seite, und prüfen gerne jeden "atypischen" Vertrag auf seine Tücken!

Verdienstentgangsversicherung: Eine kombinierte Kranken- und Unfallversicherung, damit die soziale Kälte nicht allzu hart zuschlagen kann.

Rechtsvertretung: Wir klagen für unsere Mitglieder versteckte Dienstverhältnisse ein. Aber auch bei der Vertretung gegenüber dem Arbeitgeber in Rechtsstreitigkeiten zum Arbeits- und Sozialrecht helfen wir weiter. Ein spezieller Rechtsschutz für privatrechtliche Angelegenheiten steht zur Verfügung.

work@flex +flexforum - physische Treffen der Interessengemeinschaft:

Flexforum: jeden zweiten Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

10. September - Arbeiten ohne Schutz! Wo bleibt die Arbeitslosenversicherung für »Atypische«

8. Oktober - Vollrecht auf die Unis - kein Recht für LektorInnen und TutorInnen

12. November

Ort: Cafe Max oder Seminarzentrum Strudelhof

work@flex +Informationen und Kontakt:



Wie abonniere ich die „grundrisse"?

In **Österreich** einfach 18,- Euro mit Zahlschein auf das BAWAG Konto Nr. 03010324172, Bankleitzahl 14000, lautend auf K. Reitter einzahlen und in der Rubrik „Verwendungszweck" angeben, ab welcher Ausgabe das Abo zulaufen beginnen soll. Mehr ist nicht notwendig, da wir deinen Namen und Adresse - so sie leserlich geschrieben sind - dem Bankauszug entnehmen können.

Seit 1.7.03 ist es ganz einfach, aus **allen Länder mit Euro-Währung** spesenfrei auf das grundrisse-Konto zu überweisen. Der Abopreis von 18 Euro gilt weltweit! Anzugeben sind nur:

1) Betrag in Euro
2) „Bank Identifier Code", kurz BIC genannt: BAWAATWW
3) „International Bank Account Number" kurz IBAN: AT641400003010324172
4) Empfänger = K. Reitter
5) Verwendungszweck, z.B. Abo für ... ab Nr...

Jedes Abo gilt für 4 Nummern, inklusive Porto! Gleichzeitig mit der letzten Nummer des Abos bekommt ihr ein Brieflein, in dem wir euch ersuchen, das Abo zu verlängern. Extra abbestellen ist nicht notwendig, wer nicht verlängert, bekommt, wenn wir Zeit und Muße haben, noch die eine oder andere freundliche Aufforderung, das wars dann.

Bestellungen an: K.Reitter, Antonigasse 100/8, A-1180 Wien, oder: grundrisse@gmx.net

Inhalt der bisher erschienen Nummer der grundrisse:

Nr. 1 Der Begriff der abstrakten Arbeit [Karl Reitter] ~ Die marxschen Schemata [Marcus Gassner] ~ Der schmale Grat [Martin Birkner] ~ Frantz Fanon wiederlesen? [Robert Foltin] ~ Apologie der Erstarrung [Klaus Neundlinger]
Nr. 2 Immaterielle Arbeit, Empire, Multitude. Neue Begrifflichkeiten in der linken Diskussion. Zu Hardt / Negris „Empire". [Robert Foltin] ~ Ursprüngliche Akkumulation im Postfordismus [Beat Weber/Petra Karlhuber] ~ Repräsentation und Multitude [Karl Reitter] Emanzipation als Maßstab jeglicher Organisation [Marcus Gassner] ~ Ehekrise. Zur Geschichte feministischer Marxkritik [Käthe Knittler/Martin Birkner] ~ "Gilt" das "Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate"? [Karl Reitter]
Nr. 3 Die 68er Bewegung - Versuch einer Darstellung ~ Teil 1 [Karl Reitter] ~ „Die Schlächter der Erinnerung" Eine Einleitung zum gleichnamigen Buch von Pierre Vidal-Naquet [Alice Pechriggl] ~ Weltanschauungsmarxismus oder Kritik der politischen Ökonomie? Replik auf Martin Birkner,"Der schmale Grat" [Michael Heinrich] ~ Die Grundstruktur des Marxismus und die Entwicklung der Umweltphilosophie in Japan [Takashi Shimazaki] ~ Humanismus und Terror [Haimo Pergmann] ~ Wie die EDV Konzerne ihre Mehrwertproduktion zu kontrollieren versuchen - ein sehr persönlicher Bericht [Franz Naetar]
Nr. 4 Staat, Kapital und Geschlecht. Eine Bestandsaufnahme feministischer Staatskritik [Evi Genetti] ~ Zum Verhältnis von Kommunikation und Gebrauchswert in der mexikanischen Marxismus-Diskussion [Stefan Gandler] ~ Die Symbolik der Neuen Ökonomie oder wie staatliche Politik neoliberalisiert wird [Johanna Klages] ~ Multitude - Subjektivität gegen das Empire [Robert Foltin] ~ Die 68er Bewegung - Versuch einer Darstellung ~ Teil 2 [Karl Reitter] ~ Wie macht man eine Arbeiterpartei? [Roland Atzmüller]
Nr. 5 Verdopplung und Entgegensetzung - die Staatsthematik in der Marxschen Frühschrift „Zur Judenfrage" [Karl Reitter] ~ Der Staat als Verhältnis? [Roland Atzmüller] ~ Der fünfte Band des Kapitals [Franz Naetar] ~ Wie es uns geht ... Kommentar zu Anne und Marine Rambach - Les intellos précaires. [Günter Hefler] ~ Skizzen zum Staat oder ein als Bericht etwas verunglückter Aufsatz zum „grundrisse"-Staatsseminar nebst einigen kritischen Anmerkungen zu Lenins „Staat und Revolution" [Bernhard Dorfer]
Nr. 6 Asymmetrie der Kriege im Empire (Zu Münkler: Die neuen Kriege) [Robert Foltin] ~ Wo wir stehen Überlegungen zu John Holloways Buch „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen" [Karl Reitter] ~ Staatstheorien oder „BeckenrandschwimmerInnen der Welt vereinigt euch!" [Ingo Stützle] ~ Unser kleines Jenseits. Das Wir und der Antirassismus, ein Beitrag zur antirassistischen Arbeitspraxis [BUM - Büro für ungewöhnliche Maßnahmen] ~ Knietief im Antira-Dispo oder Do you remember Capitalism? [Serhat Karakayali, Vassilis Tsianos] ~ Gespräch mit einem Aktivisten des NoGlobal-Netzwerks in Neapel.

man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn m
ht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieh
kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kä
n kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man
rstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht vers
e Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die
e ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse
man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn m
ht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieh
kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kä
n kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man
rstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht vers
e Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die
e ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse
man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn m
ht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieh
kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kä
n kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man
rstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht vers
e Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die
e ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse
man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn m
ht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieh
kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kä
n kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man
rstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht vers
e Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die
e ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse
man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn m
ht, wie sie kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieh
kämpft. ...man kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kä
n kann nicht verstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man
rstehen, was die Arbeiterklasse ist, wenn man nicht sieht, wie sie kämpft. ...man kann nicht vers